

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 14.

Freitag, den 15. Februar 1895.

Jahrgang IV.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.
" " mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. |
Einzelnegemplare à 10 kr. im Redactionölocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzung des Gemeinderathes.

Dienstag, den 19. Februar 1895, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **12. Februar 1895** unter dem Voritze des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl und der Vice-Bürgermeister Dr. Albert Richter und Josef Mahenauer.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Schneiderhan ist neuerdings an einem gichtischen Leiden erkrankt, es wird daher sein Ausbleiben von den Sitzungen des Gemeinderathes für die Dauer der Erkrankung entschuldigt. Herr Gem.-Rath Dehm entschuldigt sein Ausbleiben wegen einer Ausschusssitzung im Landtage. Herr Gem.-Rath v. Stummer entschuldigt sein Ausbleiben wegen Unwohlseins.

2. Von einem ungenanntseinwollenden Wohlthäter wurde mir ein Betrag von 5000 fl. zur Vertheilung nach meinem Ermessen übergeben. (Beifall.)

3. Der Realitätenbesitzer Herr Adolf Schluck spendete dem historischen Museum der Stadt Wien ein Porträt des Kronprinzen Ferdinand, nachmaligen Kaisers Ferdinand I., gemalt von Waldmüller.

4. Herr Hans Bodensteiner, Eislaufplatzbesitzer, spendete für die Armen des XV. Bezirkes 100 fl. v. B.

Den Spendern wird der Dank ausgesprochen.

5. Herr Gem.-Rath Willicus theilt mir mit, dass er aus Gesundheitsrücksichten sich genöthigt sehe, aus dem Verbande des Wiener Gemeinderathes auszutreten. Herr Gem.-Rath Willicus hat jederzeit den Verhandlungen dieser Versammlung, insbesondere den Verhandlungen, welche sich auf Schulangelegenheiten bezogen, das wärmste Interesse entgegengebracht. Wir werden ihm ein freundliches Andenken bewahren.

6. Herr Gem.-Rath Eigner hat in der letzten Sitzung eine Interpellation eingebracht wegen der Verwendung von Bleiröhren bei den Wasser-Einleitungen in die Häuser.

Diesfalls habe ich die Ehre, folgendes zu bemerken:

Hinsichtlich des Thatsächlichen der Interpellation wird bemerkt, dass das Stadtbauamt die Vornahme der Druckprobe im Hause Nr. 20 Langegasse in Ottakring nicht nur wegen der Verwendung von 3/8" statt 1/2" Bleiröhren, sondern insbesondere deswegen verweigerte, weil entgegen der Vorschrift die ganze Leitung bereits verschüttet und vermauert und nur die Ausläufe sichtbar waren, und weil die Leitung nicht nur im Hause Nr. 20 Langegasse hergestellt, sondern auch in das demselben Eigenthümer gehörige Haus Nr. 19 Akelegasse eingeführt war, ohne dass für dieses Haus ein Wasserbezug angemeldet und die Bewilligung zur Abgabe des Wassers mittels einer Leitung an beide Häuser verlangt worden war. Der Installateur Fraßl hat nun an das Stadtbauamt eine als Recurs bezeichnete Eingabe gerichtet, worin er ausführte, dass die Verwendung 3/8" Bleiröhren in dem Regulativ nicht ausdrücklich untersagt sei. Das Stadtbauamt hat diese Eingabe dem Magistrate vorgelegt, von welchem dieselbe am 12. Jänner 1895 dem magistratischen Bezirksamte für den XVI. Bezirk zur competenten Amtshandlung abgetreten wurde, welches dann den Act am 1. Februar 1895 zur B. 545 dem löbl. Stadtrathe mit dem Antrage auf Abweisung vorlegte.

Der Vorgang des Stadtbauamtes ist ein ganz ordnungsgemäßer. Nach § 15 des Regulativs ist die Prüfung bei offenen Rohrgraben und offener Mauerzüge vorzunehmen, nach der Kundmachung über die Abgabe von Wasser aus der Hochquellenleitung

aber nur die directe Abzweigung vom Straßenrohre in die einzelnen Häuser gestattet. Es wurde daher auch nur ausnahmsweise vom Stadtrathe die Abgabe von Wasser an zwei einem Eigenthümer gehörige Häuser mittels einer Abzweigsleitung über specielles Ansuchen der Parteien bewilligt.

Was nun die einzelnen Fragen der Interpellation anbelangt, so erliegt ad 1, wie bereits erwähnt, der Act bei dem löblichen Stadtrathe.

Ad 2. Nach § 8 der Rundmachung über die Abgabe von Wasser aus der Hochquellenleitung hat das Stadtbauamt den Durchmesser und die Wandstärke des Zuleitungsrohres zu bestimmen und enthält sowohl dieser Paragraph als der § 11 des Regulativs jene Dimensionen und Durchmesser, welche zur Verwendung zu gelangen haben, da diese Aufzählung keine beispielsweise, sondern eine bestimmte und ausschließende ist, entfällt selbstverständlich die Nothwendigkeit, das Verbot der übrigen Dimensionen ausdrücklich auszusprechen.

Es ist aber hiebei noch zu berücksichtigen, daß infolge der langjährigen Verwendung der im § 8 der Rundmachung angeführten Dimension die Production sich diesen Bestimmungen angepaßt hat und anderscalibrige Röhren für Wasserleitungszwecke nur sehr selten erzeugt werden.

Es entfällt somit auch eine Abänderung der bezüglichen Bestimmungen des Regulativs.

Ad 3. Die Beantwortung entfällt mit Rücksicht auf das ad 2 Gesagte.

Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen.

7. Herr Gem.-Rath Tagleicht hat in der letzten Sitzung eine Interpellation eingebracht, betreffend die Befreiung der Sicherheitswachmänner von der allgemeinen militärischen Waffenübung auf die Dauer ihrer Dienstzeit bei der Sicherheitswache.

Ich habe die Ehre, hierauf folgendes mitzutheilen:

Der § 54 des Wehrgesetzes bestimmt im Punkte 1, daß die Angehörigen der Reserve und der Ersatzreserve des Heeres während ihrer Reserve-, beziehungsweise Ersatzreserve-Dienstpflicht zu drei Waffenübungen in der jedesmaligen Dauer von längstens vier Wochen verpflichtet sind.

Die Befreiung der Sicherheitswachmänner in Wien von dieser gesetzlich bestimmten Verpflichtung auf die Dauer ihrer Dienstpflicht könnte nur durch Abänderung des obigen § 54 im Wege der Reichsgesetzgebung erfolgen, wozu jedoch gar keine Aussicht vorhanden ist, weil die Bestimmungen des Wehrgesetzes, die fast durchaus für beide Reichshälften gleich sind, nicht einseitig abgeändert werden können, und weil es nicht nur in Wien, sondern in allen Städten und größeren Orten Sicherheitswachmänner gibt, welche die gleiche Befreiung beanspruchen könnten.

Auf die Befreiung einer so großen Anzahl von Reservisten wird das Reichs-Kriegsministerium nicht eingehen, und zwar umso weniger, als der § 68 der Wehrvorschriften, II. Theil, die Bestimmung enthält, daß, wenn bei einer Civilstaats- oder Landesbehörde (Anstalt) kurz vor Beginn der Waffenübung besondere, durch ganz unvorhergesehene Zwischenfälle hervorgerufene Dienstverhältnisse eintreten, welche die Substituierung eines zu einer Waffenübung einberufenen Bediensteten selbst auf die kurze Zeit der Waffenübung nicht zulässig machen, um die Enthebung des Betreffenden von der Waffenübung angefragt werden kann.

Die Entscheidung über derlei Ansuchen steht dem Corps-Commando zu.

Nach dieser Bestimmung kann die k. k. Polizei-Direction fallweise um die Enthebung der für den Dienst unentbehrlichen Sicherheitswachleute von der Waffenübung nach ihrem Ermessen ansuchen.

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Ich ersuche um Mittheilung der Einläufe.

8. Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann: Herr Gem.-Rath Bärkl überreicht eine Petition von 15 Pächtern der Bürgerhospitalfondsgründe im XI. Bezirke um Abänderung des Gemeinderaths-Beschlusses bezüglich der Errichtung einer städtischen Baumschule auf ihren Pachtgründen mit der Bitte, diese Petition dem Stadtrathe vorzulegen.

Die Petition hat nachstehenden Wortlaut (liest):

Löblicher Gemeinderath!

Pant Amtsblatt der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 29. Jänner 1895, Nr. 9, hat der löbliche Gemeinderath in der Sitzung vom 25. Jänner d. J. den Beschluß gefaßt, „daß der dem Wiener Bürgerhospitalfonds gehörige Grundcomplex in Kaiser-Ebersdorf im XI. Gemeindebezirke von Wien, genannt „Himmelreich“, umfassend die Cat.-Parc. 673/1 bis 18 im Ausmaße von 27 Joch, 1342 \square^0 = 160.202 m², zum Zwecke der Errichtung einer städtischen Baumschule vom 1. November d. J. an, auf unbestimmte Zeit, von der Gemeinde Wien in Bestand genommen werde“. Diese Vorkehrung bringt aber die ergebnis gefertigten Gemüsegärtner, welche diese Grundstücke in Pacht haben, mit ihren Familien um ihre Existenz und kann dieselbe auch nicht durch die Anweisung anderer Plätze ersetzt werden; — denn diese Grundstücke sind schon im Jahre 1869 zum Zwecke des Gemüsebaues an die Pächter in Bestand gegeben worden; und wenn man bedenkt, daß dieselben ursprünglich nur Sutweiden waren, so ist es erklärlich, daß die Bearbeitung dieser Grundstücke zum Zwecke des Gartenbaues eine vieljährige Mühe und großen Kostenaufwand erfordert hat, daß daher auf anderen Grundstücken, welche ihnen etwa angewiesen werden, von neuem dieselbe Mühe und Kosten durch viele Jahre aufgewendet werden müßten, bevor die Zeit kommt, um denselben Ertrag, wie jetzt, zu erzielen.

Allein nicht bloß der Verlust der durch vieljährige Plage und Kosten gewonnenen Culturen bildet diesen Schaden, den die ergebnis gefertigten erleiden; denn, nachdem diese Grundstücke zum Zwecke des Gemüsebaues in Bestand genommen worden sind, so waren die Pächter bemüht, auf diesen Grundstücken ihre Wohnhütten und sonstige zur Bewirtschaftung nothwendigen Gebäude aufzuführen, Mistbeete anzulegen, Brunnen herzustellen und Gießungen vorzunehmen; und diejenigen von den ergebnis gefertigten, welche nicht vom Anfange an sich in diesem Bestande befinden, waren bemüht, diese Objecte ihren Vorbesitzern theuer abzulösen!

Dieses Alles soll nun bis 1. November d. J. beseitigt werden — was ohne großen Schaden gar nicht möglich ist!

Insbesondere hat die Demolirung der Gebäude eine gänzliche Entwertung des Baumaterials zur Folge, so daß dieselben auf anderen Plätzen vom Grunde aus, aus neuem Materiale und mit Aufwand neuerlicher Baukosten, neu erbaut werden müssen. Hiebei ist aber auch noch zu berücksichtigen, daß die Anweisung anderer Pachtgründe in der Nähe der geplanten Baumschule auch den Nachtheil zur Folge hat, daß das Ungeziefer, welches in den Baumschulen vorzukommen pflegt, insbesondere Mäuse, verschiedene Würmer, Käfer etc. die Gartencultur sehr empfindlich schädigt.

Schließlich würde auch diese Deslogierung der ergebnis gefertigten und ihrer Familien von den in Frage stehenden Bürgerhospitalfondsgründen, welche an der Kaiser-Ebersdorfer Straße gelegen sind, einen großen Nachtheil für alle jene Geschäftsleute zur Folge haben, welche sich in Anbetracht ihrer Lebensbedürfnisse in der Nähe angesiedelt haben, und würden die den ergebnis gefertigten in Ober-Meuriesen anzuweisenden Grundstücke aus Verkehrsrücksichten für dieselben sehr ungünstig gelegen sein.

Zur Vermeidung dieser vielen großen Schäden und Nachtheile, welche die Existenz der ergebnis gefertigten geradezu vernichten und welche, wenn sie — wie es die Billigkeit verlangt — denselben ersetzt werden, der löblichen Großcommune große Auslagen bereiten, dürfte es sich empfehlen — zum Zwecke der Errichtung der städtischen Baumschule statt der in Frage stehenden, dem Wiener Bürgerhospitalfonds gehörigen Grundstücke „am Himmelreich“ — einen anderen Grundcomplex nächst dem Central-Friedhofe in Bestand zu nehmen, wozu insbesondere die dem Brauereibesitzer Herrn Anton Dreher in Schwedat gehörigen Grundstücke geeignet erscheinen, welche bisher bloß als Acker benützt werden und auf welchen sich keine Baulichkeiten und sonstigen kostspieligen Einrichtungen befinden.

Die ergebnis gefertigten sehen sich deshalb durch die gegründete Besorgnis um ihren ohnehin nothdürftigen Lebensunterhalt für sich und ihre Familien zu der ehrfurchtsvollen Bitte veranlaßt:

1. Der löbliche Gemeinderath geruhe nach allenfalls vorhergehenden neuen Erhebungen über den wahrheitsgetreu dargestellten Sachverhalt — in Abänderung des Beschlusses vom 25. Jänner 1895 — statt der dem Wiener Bürgerhospitalfonds gehörigen Grundstücke

in Kaiser-Ebersdorf im XI. Gemeindebezirke, genannt „Himmelreich“, einen anderen Grundcomplex in Bestand zu nehmen;

oder aber, wenn dieses — ungeachtet der für die löbliche Großcommune zu gewärtigenden Ersparnisse — nicht thunlich wäre,

2. eine gründliche Erhebung des Wertes der den ergebenst Gefertigten gehörigen Culturen auf den in Frage stehenden Pachtgründen des Wiener Bürgerspitalsfondes, mit Rücksicht auf die langjährige Bearbeitung des Grundes und Bodens zum Zwecke des Gartenbaues, sowie auch des Wertes der auf denselben bestehenden Wohnhütten und sonstigen Gebäude, Mistbeete, Brunnen, Einfriedungen etc., mit Rücksicht auf die Kosten der Neuherstellung solcher Objecte auf anderen Plätzen anzuordnen und sohin den auf diese Weise erhobenen Wert den ergebenst Gefertigten zu vergüten.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

9. Anfrage des Gem.-Rathes Sawranek:

Bei Erbauung und Errichtung von Detailmarkthallen ist es den Markthallen-Geschäftsleuten streng aufgetragen worden, ihre Firmen nach den gegebenen Vorschriften ausführen zu lassen, das heißt nur im Innern, und von außen durften dieselben keine Firmen und noch viel weniger Placate anbringen lassen, was aber auch sehr billig und recht ist, weil dadurch der Mühe sich abläßt und frühzeitig herunterfällt, und zur Zierde dienen solche Placate durchaus nicht.

Es ist den dortigen Geschäftsleuten auf wiederholtes Ansuchen nie gestattet worden, Placate anzubringen.

Nun ist in der Detailmarkthalle in der Stabiongasse ein jüdischer Fischhändler eingezogen, und der hat, wahrscheinlich ohne jemanden zu fragen, von außen die ganze Halle mit meterhohen Placaten überpflastert: es sieht so aus, wie bei den jüdischen Ausverkäufen. Der Fischhändler heißt Braun.

Nun frage ich den Herrn Bürgermeister,

gedenkt er die gleichen Rechte sämmtlicher Steuerträger zu wahren und diese abhässliche Placatierung durch die städtischen Organe auf Kosten des Juden Braun entfernen zu lassen?

Bürgermeister: Es ist selbstverständlich, daß bei der communalen Verwaltung alle Staatsbürger ganz gleich behandelt werden, daß alle gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben. (Rufe links: So soll es sein!) So ist es auch.

Ich werde mich für diesen Fall interessieren, und da derselbe der Executive zugehört, das erforderliche veranlassen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

10. Anfrage des Gem.-Rathes Sauerborn:

Der Fuhrwerksbesitzer Herr Johann Schramm, X., Leibnitzgasse Nr. 24, kaufte am Freitag den 8. d. M. am Heumarkt von dem Händler Herrn Wimmer aus Wilfersdorf eine Fuhrre Heu und ließ dieselbe auf der dortigen städtischen Wage abwägen. Herr Schramm, welcher bei dem Heuwagen blieb, um sich zu überzeugen, daß dieselbe ordnungsgemäß auf die Wagbrücke gestellt werde, war, als er nun ins Waghaus eintrat, der etwas sonderbare Verkehr des Wagmeisters Schandale mit dem Händler aufgefallen. Als man ihm das Gewicht mit 2040 kg bekanntgab, bezweifelte er die Richtigkeit, da es ja eine kleine Fuhrre Heu sei, welche unmöglich so schwer sein könne und verlangte eine neuerliche Abwage. Der Wagmeister soll nun sehr grob geworden sein, bei ihm gebe es keinen Irrthum u. s. f. Während nun Herr Schramm sich mit dem Wagmeister auseinandersetzte, war der Händler mit dem Heuwagen fluchtartig davongefahren, so daß Herr Schramm mit seinem Steirerwagel nachfahren und suchen mußte. Erst bei der Staatsbahn-Überlegung am Geiselberg in der Simmeringerstraße holte er ihn ein und nöthigte ihn, zurückzufahren. Nun fuhr Herr Schramm zur städtischen Wage am Eugenplatz, X. Bezirk, wo in Gegenwart des Herrn Markt-Accessisten Josef Kneißl der Heuwagen gewogen wurde, und mit 1640 kg bestätigt (Hört! Hört! links) wurde. Nun nöthigte Herr Schramm den Händler, noch einmal zur städtischen Wage am Heumarkt zu fahren, um den Wagmeister daselbst zu überweisen. Jetzt war aber ein anderer Wagmeister bei der Wage und der Heuwagen wog 1630 kg. Über sämmtliche drei Abwägen liegen die Wagscheine vor.

Herr Schramm hätte also nach der ersten Abwage 4 Meter-Centner Heu mehr zahlen müssen, den Meter-Centner zu 3 fl. 20 kr., also einen Schaden von 12 fl. 80 kr. Die Heuladung war nicht ganz 10 Meter-Centner, er wäre also mehr als um ein Drittel betrogen gewesen.

Da nun Wimmer ein Händler ist, welcher wöchentlich zu Markte kommt, ferner das Benehmen des Wagmeisters, wie auch das fluchtartige Davongefahren des Wimmer mit dem Heuwagen, jedenfalls um denselben einer Nachwage

zu entziehen, gewiß Thatsachen sind, welche auf ein Einverständnis hinweisen, und vielleicht schon mancher Käufer, welcher weniger praktisch ist wie Herr Schramm, empfindlich zuschaden gekommen ist;

da ferner das Vertrauen in die Amtshandlung bei den städtischen Wagen durch derlei Vorkommnisse gewiß erschüttert wird, so erlaube ich mir an den geehrten Herrn Bürgermeister die ergebenste Anfrage:

Ist der geehrte Herr Bürgermeister geneigt, diesen Fall einer strengen Untersuchung zu unterziehen und gegen die etwa Schuldigen entsprechend vorzugehen?

Bürgermeister: Ich werde über diesen Gegenstand Erhebungen pflegen.

Schriftführer Gem.-Rath Dr. Zimmermann (liest):

11. Interpellation des Gem.-Rathes Marešch:

Anlässlich des von dem Herrn St.-R. Boschan erstatteten Referates über den Jahresvoranschlag der Gemeinde Wien pro 1895 entwickelte sich ein Kompetenzconflict zwischen Bezirkschulrath und Stadtrath über das Recht, an beurlaubte Lehrer, Lehrerwitwen und Lehrerwaisen Aushilfen und Unterstützungen zu ertheilen. Infolgedessen können die einlaufenden Gesuche um Gewährung solcher Aushilfen und Unterstützungen nicht erledigt werden und die unterstützungsbedürftigen Bittsteller, welche wohl in der Regel ihre letzte Hoffnung auf eine rasche und günstige Erledigung ihrer Gesuche gesetzt haben, sind jetzt, in der schwierigsten Jahreszeit, wegen der Fortdauer dieses Kompetenzstreites ohne eigene Schuld oft der härtesten Noth angesetzt, obwohl ihnen niemand den Anspruch auf Erfüllung begründeter Bitten abschneiden wird.

Da es sich hier um das Wohl und Wehe zahlreicher berücksichtigungswürdiger Personen handelt, erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister als Vorsitzenden des Stadtrathes und Bezirkschulrathes die höfliche Anfrage zu richten:

In welchem Stadium befindet sich der erwähnte Kompetenzstreit?

Ist dessen Entscheidung in kürzester Zeit zu gewärtigen?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, bei längerer Dauer desselben provisorische Verfügungen zu treffen, damit die vorliegenden Unterstützungsgehalte ohne Verzug erledigt werden können?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

12. Wir kommen zur Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den Hauptrechnungsabschluss der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1893.

(Referent Gem.-Rath Boschan tritt an den Referententisch.)

Haben Herr Berichterstatter eine Bemerkung zu machen?

Referent Gem.-Rath Boschan: Nein!

Bürgermeister: Dann eröffne ich die Debatte im allgemeinen. Das Wort hat Herr Gem.-Rath Steiner.

Gem.-Rath Steiner: Meine sehr geehrten Herren! Ich habe mich mit Rücksicht auf die schnelle Erledigung, welche der Rechnungsabschluss für das Jahr 1893 durch die zur Überprüfung vom Gemeinderathe eingesetzte Commission gefunden hat, zum Worte gemeldet, um einiges, welches im Laufe der Jahre in den Debatten hervorgehoben worden ist, heute ziffernmäßig nachweisen zu können, andererseits aber auch, um auf die gesetzwidrige Ausgabe von Geldern, wie sie von Seite des Stadtrathes stattgefunden hat, hinzuweisen.

Meine Herren! Die Rechnungsabschluss-Commission hat zur Prüfung dieses enormen Elaborates im ganzen vier Sitzungen abgehalten: sie hat sich am 22. Jänner constituirt, ohne daß sie nach dem Gemeinderaths-Beschlusse vollzählig gewesen wäre, denn es wurden nach dem Gemeinderaths-Beschlusse 21 Mitglieder des Plenums nominiert. Es ist der Herr Bürgermeister rechtzeitig von der Nichtannahme des Mandates seitens sieben Mitgliedern verständigt worden, und trotzdem hat es Herr Bürgermeister für gut befunden, am 22. Jänner der Constituierung dieser Commission beizuwohnen und dieselbe ihre Thätigkeit beginnen zu lassen. Diese Commission hat weiters am 24. und am 28. Jänner je eine

Sitzung abgehalten, am 29. Jänner wurde die Nachwahl der sieben Mitglieder vorgenommen, am 1. Februar ist die Bekanntgabe der Wahl der sieben Mitglieder von Seite des geehrten Herrn Bürgermeister im Plenum des Gemeinderathes erfolgt, und am 30. Jänner hatte die Commission ihre Thätigkeit bereits geschlossen. Wie sich die sieben Herren, die am 29. Jänner gewählt worden sind, über dieses umfangreiche Elaborat in einigen Stunden Gewissheit verschaffen konnten, ist mir unbegreiflich. Ich gestehe offen, da würde ich nicht so geschickt sein, dies so rasch zu erledigen.

Wenn man aber die Anträge liest, welche die Commission uns vorgelegt hat, so ist kein Zweifel darüber möglich, in welcher oberflächlichen Weise diese Prüfung vorgenommen worden ist. Ich war der Meinung, daß der erste Beschluß der Commission derjenige sein wird, daß dem geehrten Präsidium wegen der Verletzung des Gesetzes nach § 52 des Landesgesetzes vom 19. December 1890 das Bedauern ausgesprochen wird. Ich finde aber ganz nebensächliche Beschlüsse, und nachdem der geehrte Herr Bürgermeister ja selbst Referent über das Wiener Gemeindestatut im Gemeinderathe und der erste Herr Vice-Bürgermeister der Referent über das Statut im n.-ö. Landtage war, so muß man wohl der festen Überzeugung sein, daß beide Herren genaue Kenner des Gesetzes sind. Aber bei der Abfassung des Statutes im Gemeinderathe und ebenso im Landtage war man eben nur bestrebt, die Opposition zu knebeln, die freie Meinungsäußerung einzuschränken und hat dabei ganz vergessen, ein den localen und wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung der Stadt Wien entsprechendes Statut zu schaffen.

Ich erlaube mir nun, damit der Herr Bürgermeister den § 52 nicht vergißt, ihm denselben ins Gedächtnis zu rufen. Ich bin vollkommen überzeugt, daß Se. Excellenz der Herr Statthalter, welcher ja die Pathenschaft bei diesem Gesetze hat, nicht intervenieren kann. Aus diesem Grunde will ich auch heute Se. Excellenz den Herrn Statthalter nicht daran erinnern, daß er die Pflicht hätte, darauf zu sehen, daß der geehrte Herr Bürgermeister eidlich verpflichtet ist, auch die Gesetze zu halten, die er beschworen hat.

Ich erlaube mir also auf den § 52 des Gesetzes hinzuweisen, worin es heißt, daß zwei Monate vor Ablauf eines jeden Verwaltungsjahres der Rechnungsabschluß dem Plenum des Gemeinderathes vorzulegen ist.

Ich erlaube mir aber auch zu bemerken, daß diese Gesetzesverletzung sich alljährlich wiederholt und nach diesem stümperhaften Statut nie rechtzeitig die Vorlage des Rechnungsabschlusses erfolgen kann, und zwar aus dem Grunde, weil die Verlagsrechnungen der einzelnen Bezirke erst Ende März an die städtische Buchhaltung gelangen, mithin die Vorlage nie zur rechten Zeit dem Plenum des Gemeinderathes übermittelt werden kann.

Meine Herren! Als ersten Punkt der Anträge, wie sie uns von Seite der geehrten Commission vorgelegt worden sind, finden Sie (liest):

„Die Commission zur Prüfung des Hauptrechnungsabschlusses der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1893 hat diesen vom Stadtrathe dem Gemeinderathe vorgelegten Rechnungsabschluß geprüft und hat sich den Anträgen des Stadtrathes Punkt 1 und 2 vollinhaltlich angeschlossen.“

Meine Herren! Dann wird als Punkt 1 zu Gruppe I gesagt (liest):

„Der Magistrat wird beauftragt, sich mit der Genossenschaft der Wiener Gastwirte und jener der Wiener Kaffeesieder, sowie

mit dem Verbande der österreichischen Gastwirte zu dem Zwecke in das Einvernehmen zu setzen, damit das Amtsblatt der Stadt Wien möglichst Verbreitung in den Gasthaus- und Kaffeehaus-localitäten finde.“

Meine Herren! Ich bin schon zu wiederholtenmalen hier zur Ordnung gerufen und ausgeschlossen worden und so manches andere; aber ob dies der Würde der Stadt Wien entspricht, erlaube ich mir zu bezweifeln.

Ich begrüße diesen Antrag mit Freuden, das gestehe ich als Mitglied der Opposition, weil mir wiederholt von Leuten, selbst Ihrer Partei, mitgetheilt worden ist, daß man, wenn man das Amtsblatt der Stadt Wien liest, eine ganz andere Anschauung von der Thätigkeit der Opposition gewinnt, als wenn man sich auf die Berichte der liberalen Journale verläßt. Wir werden also sehen, welchen Erfolg das haben wird.

Zu Punkt 2 ad Gruppe III „Gemeindevermögen“ heißt es (liest):

„Der Magistrat wird beauftragt, eine Regulierung der seit dem Jahre 1885 nicht mehr revidierten Pachtzinse für Holz- und Lagerstätten vorzunehmen.“

Ich erlaube mir nun diesen Antrag dahin zu ergänzen, daß es zu heißen hat: „die nicht mehr revidierten Pachtzinse für Holz- und Lagerstätten, Pachtgründe und städtische Gebäude“.

Insbesondere rücksichtlich meines Zusatz-Antrages auf die Revidierung der Pachtverhältnisse der städtischen Gebäude erlaube ich mir folgendes zu bemerken:

In einer der kürzlich stattgefundenen Wählerversammlungen im XIII. Bezirke hat ein Stadtrath der Majorität gesagt, wir machen hier im Gemeinderathe Scandal und wir hemmen jede erspriessliche Thätigkeit. (Ruf links: G ö k !)

Ich erlaube mir dem geehrten Herrn Stadtrathe zu sagen, daß wir einer Thätigkeit, wie er sie als Finanzminister der ehemaligen Gemeinde Baumgarten im Vereine mit dem seinerzeitigen Bürgermeister und dem gegenwärtigen Bezirksvorstand-Stellvertreter des XIII. Bezirkes entwickelt hat, jederzeit entgegenzutreten werden; denn leichtsinniger das Geld zum Fenster hinauszuerwerfen, als man es für die Erbauung des Casinos von Baumgarten gethan hat, das ist bei uns noch nicht geschehen und auch bei keiner zweiten Vorortgemeinde.

Das Casino in Baumgarten ist hier nach dem Rechnungsabschlusse mit 75.000 fl. geschätzt; hiefür wird nun ein Pachtzins von 800 fl. eingehoben. Von diesem Pachtzinse müssen wir die Erhaltung des Gebäudes, die Brandschaden-Versicherungen und die Steuer bezahlen. Dagegen ist in Heiligenstadt, in der Herrngasse Nr. 14, ein der Gemeinde Wien gehöriges Object, welches mit 8500 fl. geschätzt ist und wofür der betreffende Wirt 950 fl. Pacht zahlt.

Meine Herren! Das ist jedenfalls kein Verhältniß, und es muß endlich einmal die Zeit kommen, wo man mit dem Projecte des Baumgartener Casinos tabula rasa machen muß, denn das kann nicht mehr so fortgehen, wie es jetzt der Fall ist.

Vier Jahre warten wir auf die Besserung der Verhältnisse, vier Jahre warten wir auf das Versprechen, welches Herr G ö k seinerzeit bei der im Jahre 1891 bewilligten Summe von 20 000 fl. gegeben hat, daß es in einigen Jahren besser sein wird. Wie die Verhältnisse heute liegen, ist an eine größere Frequenz in Baumgarten gar nicht zu denken. Darum bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Zu Gruppe IX hat die Commission den Antrag gestellt (liest): „Die Commission zur Prüfung des Zustandes der städtischen Waisenhäuser habe der Höhe der Verpflegungsgebühr für die städtischen Waisenhaus-Böglinge, speciell jener des V. städtischen Waisenhauses, ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.“ Nun, Meine Herren! Bei den Waisenkinderen wollen Sie wieder zu sparen beginnen und auch bei der letzten Post, bei den Lehrmitteln für die armen Kinder. Meine Herren! Nachdem keine Motivierung beigelegt ist, so weiß ich nicht, welche Gründe maßgebend waren, daß sich die geehrte Commission bereit gefunden hat, diese Anträge dem Plenum vorzulegen. Ich bedauere dieselben sehr, meine Herren. Ich werde im Laufe meiner späteren Ausführungen darauf zurückkommen, daß Ihre Sparsamkeit bei den Waisen- und armen Kindern schlecht angebracht zu sein scheint. Zu diesem Punkte „Armenwesen“ erlaube ich mir auch einen Ergänzungs-Antrag zu stellen; es ist mir nämlich mitgetheilt worden, daß die Verpflegung und Bequartierung einschließlich der Verwaltungsausgaben der städtischen Pfründner per Mann eine ziemlich hohe sein soll, so daß, wenn sie wirklich so hoch ist, wie mir mitgetheilt wurde, es vielleicht besser wäre, den Pfründnern dies auf die Hand zu zahlen; denn es ist gewiß traurig, daß Mann und Weib, die Jahrzehnte lang mitammen gelebt haben, wenn sie im Alter der Versorgung übergeben werden, getrennt werden und der Mann z. B. nach Hbbs oder Mauerbach, das Weib nach Liesing kommt. Da sind beide im Alter gewiß schwer getroffen.

Ich erlaube mir daher zu Gruppe IX den Antrag zu stellen: „Der Magistrat wird beauftragt, dem Gemeinderathe zu berichten, wie hoch sich die Kosten für Verpflegung und Bequartierung (einschließlich der Verwaltungsauslagen) per Kopf in den städtischen Versorgungshäusern in Wien, Liesing, Mauerbach und Hbbs, ferner in den Armenhäusern der ehemaligen Vororte belaufen.“

Nun erlauben Sie mir, auf einige Ziffern hinzuweisen; ich werde nur einzelne Ziffern aus den Gruppen herausheben, weil es zu lange dauern würde, wenn ich auf jede Post eingehen wollte.

Ich beginne bei Gruppe I „Verwaltung im allgemeinen“, Post-Nr. 1, „Gemeindevertretung“. Hier ist ein Mindererfordernis von 2533 fl. 33 kr. Als ich die Posten 1 und 2 durchgegangen habe, bin ich zur Erkenntnis gelangt, daß dasjenige, was wir der liberalen Partei immer vorwerfen, daß die Herren zuerst gedacht haben, sich selbst fette Pfründen zu verschaffen und zuerst auf die eigene Tasche zu sehen und dann erst für das allgemeine Wohl sorgen, vollinhaltlich bestätigt wird.

Meine Herren! Als der Stadtrath gewählt und Groß-Wien inaugurirt wurde, hat der Bürgermeister Dr. Priz, vielleicht mit Genehmigung des Stadtrathes — nachdem die Sitzungen geheim sind, ist es mir nicht bekannt — veranlaßt, daß die Bezüge des Herrn Bürgermeisters, der Vice-Bürgermeister und der Stadträthe im vorhinein gezahlt werden, wogegen sämtliche Diäten im Stadtrathe und im Landtage im nachhinein gezahlt werden. Ich glaube denn doch, daß die gewählten Herren, welche Ehrenstellen einnehmen, Subsistenzmittel genug besitzen werden, um einen Monat leben zu können. Jetzt ist der Fall da, daß hier ein Mindererfordernis von 2533 fl. 33 kr. ausgewiesen ist, wo ein Betrag von 466 fl. 67 kr. fehlt. Und wie ist das gekommen? Ich erkläre, daß ich diese Post — bei späteren Posten werde ich mich an die Lebenden halten, und ich bedauere, dies constatieren zu müssen, der Betreffende ist nicht mehr unter uns — nicht wegen des hohen Betrages — da wird das Gleichgewicht des städtischen Haushaltes wohl nicht

aus dem Leim gehen, das ist selbstverständlich — aber wegen der Tendenz der Partei, wie sie so recht gegen Fortschritt und Freiheit ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellt, berühre.

Am 24. October 1893 hat bekanntlich der Bürgermeister der Stadt Wien sein Mandat zurückgelegt, am 10. November wurde der betreffende Herr wiedergewählt, am 9. December wurde der Bürgermeister beeidigt, und mit Gemeinderaths-Beschluß vom 15. December sind ihm vom Tage der Vereidigung seine alten Functionsgebühren bewilligt worden. Das sind netto 45 Tage, mithin anderthalb Monate, so wäre ein Mindererfordernis von 3000 fl. auszuweisen. (Sehr richtig! links.) Das ist zweifellos. Weil aber der Herr Bürgermeister die Gebühr für den Monat October schon gehabt hat, hat er sie einfach nicht mehr zurückgegeben, und es fehlen diese 466 fl. 67 kr.

Nun, meine Herren, komme ich zu Post 2. Hier ist ein Mindererfordernis von 24 fl. 80 kr., und hier wäre es Pflicht der Commission gewesen, genau zu prüfen, und es wäre auch — der geehrte Herr Referent möge mir entschuldigen — seine Pflicht gewesen, uns in seinem Exposé bekanntzugeben, daß dieser Betrag einstweilen zurückgestattet worden ist. Als dieser Rechnungsabchluß in die Hände des Gemeinderathes gelangt war, dachte man sich, es könnte zu einem großen Krawall führen; nämlich ein Stadtrath der geehrten Majorität wurde am 29. Mai v. J. nicht mehr in den Stadtrath entsendet, hatte aber schon die Gebühren; zweimal konnten dieselben nicht verrechnet werden, jetzt wurde er aufgefordert, den Betrag zurückzugeben, was er auch gethan hat. Wenn man sich nicht hinter den Coulissen genau erkundigen würde, so würde ich darüber sprechen und wüßte gar nicht, daß der Betrag zurückgegeben ist — wann, sagt weder die Commission noch der geehrte Herr Referent.

„Functionsgebühren der Bezirksvorsteher.“ Hier ist ein Mindererfordernis von 692 fl. 84 kr. Meine Herren! Das ist kein Mindererfordernis, sondern der Herr St.-R. Dr. Lederer, der Gedankenreiche — weil er uns die Gedankenlosen nennt — hat solange mit der Erstattung des Referates betreffs der ungeseglichen Gratification an den Ehrenmann Kallisch in Währing und an den Bezirksvertreter in Simmering gewartet, bis die Opposition in einer Sitzung abwesend war. Diesen wurden im Jahre 1894 Gratificationen bewilligt, obwohl nach dem Gesetze vom 19. December 1890, von dem nicht die Rede sein kann und nichts darin steht, sondern es steht nur von den Functionsgebühren der Bezirksvorsteher etwas darinnen.

Nun, meine Herren, gehen wir weiter! Ich war der Meinung, daß die geehrte Commission auf die Anträge zurückgreifen wird, welche die Budgetcommission im Jahre 1892 gestellt hat, nämlich betreffend die kolossale Überschreitung der Diäten und Commissionsgebühren. Im Jahre 1892 wurde von Seiten der Commission folgender Antrag gestellt: „Diäten, Commissionsgebühren, Kostgelder, Wagen- und Reisegelder in eigenen Angelegenheiten. Nachdem bedauerlicherweise auch im Jahre 1892 eine namhafte Überschreitung dieser präliminirten Posten eingetreten ist, werde der Bürgermeister ersucht, zu veranlassen, daß das Referat, betreffend die Regulierung der Diäten und Commissionsgebühren, dem Gemeinderathe baldigst vorgelegt werde.“

Meine Herren! Das war ein Gemeinderaths-Beschluß. Es hat sich um diesen Beschluß gar niemand gekümmert und die Verhältnisse sind dieselben geblieben. Es ist eine kolossale Überschreitung und ich habe mir im Laufe des Jahres wiederholt darauf

hinzuwiesen erlaubt, daß man Commissionen abhält, die absolut nicht notwendig sind. Ich habe einmal erklärt, daß das wasserrechtliche Verfahren bei den kleinen Einmündungen in Bachgerinnen unnötig ist. Der Herr Bürgermeister ist aufgestanden und hat erklärt, daß das abgeschafft ist. Und es war geradezu eine Ironie, daß ich am nächsten Tage morgens von einer derartigen Commission verständigt worden bin. In Sievering sollen wir jetzt die Nutzwasserleitung bauen und jetzt hält der Magistrat das Bauamt auf, weil das wasserrechtliche Verfahren eingeleitet wird. Zu welchem Zwecke? Die Quellen gehören uns, der Berg, die Straßen, das Bachgerinne gehören uns, und zum größten Theile wird die Nutzwasserleitung in die Straßen gelegt.

Zu welchem Zwecke also solche Commissionen, welche für die Gemeinde Auslagen verursachen und die Arbeiten hemmen? So ließe sich noch vieles vorführen. (Rufe rechts: Der kennt halt das Gesetz nicht!)

„Neuanschaffungen von Möbeln und Einrichtungsgegenständen für die magistratischen Bezirksämter, Möbel und sonstige Herstellungen im neuen Rathhause im I. Bezirke.“

Meine Herren, das sind Summen, die geradezu kolossal sind. Es ist aber auch zu entschuldigen, denn so oft man ins Rathhaus kommt, sieht man die Herren Magistratsräthe ausziehen wie Austerparteien. Kommt man nach drei bis vier Wochen wieder herein, so ist das eine Departement, das dort war, hier und umgekehrt.

Jetzt errichtet man wieder zum Beispiel eine Unmasse von Scheidemauern im zweiten Stocke u. Da ist bei Rubrik IV 2 b „Reparaturen, Nachschaffungen, Neuanschaffungen von Möbeln für die auswärtigen Ämter“ ein Betrag von 11.024 fl. eingestellt und eine Überschreitung von 6454 fl. 52 1/2 fr. Gleich weiter unten bei Rubrik IV 23 finden Sie wieder Neuanschaffungen von Einrichtungsgegenständen für die magistratischen Bezirksämter.

Nun bitte ich, Rubrik IV und II a b nachzusehen. Hier heißt es für auswärtige Ämter, dort heißt es für die magistratischen Bezirksämter, darunter versteht man doch die magistratischen Bezirksämter. Man wollte offenbar die eine Post nicht zu groß machen und hat sie deshalb getheilt. Daß aber bei den Herstellungen im neuen Rathhause eine so kolossale Überschreitung von 24.032 fl. 10 fr. ist, ist geradezu unglaublich. Im Budget pro 1895 sind noch weitere 50.000 fl. eingesetzt, und dann sind für Nachschaffungen von Möbeln im neuen Rathhause schon wieder 6000 fl. eingesetzt! Ja, meine Herren, was kaufen Sie da eigentlich für das neue Rathhaus? Ich bin unlängst durch die Säle im zweiten Stocke gegangen, ganze Säle sind leer und stehen voll Schreibtische, 20 bis 30 Tische sind darin. Ich möchte also wissen, was mit diesen alten Tischen geschieht. Will man vielleicht mit der Mode gehen und jedes Jahr neue Schreibtische nach Zeichnungen von Architekten anschaffen? In den alten Depots sollen auch noch viele alte Möbeln sein, die soll man einfach für die Ämter heranziehen, so aber wundert es mich gar nicht, daß eine derartige kolossale Überschreitung stattfindet!

Gehen wir weiter zu einer anderen Post: „Vertretung der Gemeinde in Rechtsachen“ 18.105 fl. 29 fr. Hier ist eine Überschreitung von 6082 fl. 65 fr. Für Stempel- und sonstige Gebühren sind 7272 fl. 77 1/2 fr. eingesetzt. Das sind auch ganz kolossale Spejen. Wenn da noch der berühmte Rothberger-Proceß dabei wäre und wir hätten ihn gewonnen, so hätte ich nichts dagegen, wenn auch noch um 10.000 fl. mehr wäre. Aber von diesem Rothberger-Proceß hört man nichts mehr, der ist ganz ein-

geschlafen und ich werde mir in kurzer Zeit erlauben, beim Herrn Bürgermeister eine Interpellation einzubringen, ob dieser Proceß erledigt ist oder nicht.

Es ist aber auch unglaublich, der Stadtrath hat heuer, ich glaube auch der Gemeinderath, in öffentlicher Sitzung die Expensnote für den Stadthanwalt mit einem bedeutenden Betrage beschlossen, und kurze Zeit darauf bekommen wir eine Tagesordnung, wo in vertraulicher Sitzung ein weiterer Betrag von 6000 fl. für den Stadthanwalt bewilligt werden soll! Nun, meine Herren, Heimlichkeiten kann kein Anwalt der Stadt Wien haben, Alimentskosten wird jeder Gemeinderath selbst bezahlen müssen, wenn er sie zu bezahlen hat und ich weiß also nicht, warum das in geheimer Sitzung erledigt werden soll.

Meine Herren! Ich komme weiter zur Verwaltungsgruppe „Sicherheitswesen“.

Hier, meine Herren, ist die Verwaltung der städtischen Feuerwehr mit dem Betrage von 475.000 fl. eingesetzt. Wenn die Herren diesen Rechnungsabluß genau geprüft hätten, hätten sie auch die Post finden müssen, wo es heißt, daß die siebenzehn in Wien anässigen Brandschadenversicherungs-Gesellschaften eine Brutto-Einnahme von 1.254.422 fl. 11 fr. haben. Die Erhaltung unserer städtischen Feuerwehr beträgt 475.185 fl. 17 fr.

Meine Herren! Nach dem Landesgesetze vom 16. December 1882, L.-G.-Bl. Nr. 69, bekommen wir zu den Kosten des Feuerlöschwesens einen 2percentigen Beitrag, den selbstverständlich auch die Parteien bezahlen, nicht die Versicherungsanstalten, welcher nicht mehr ausmacht als 25.088 fl. 46 fr. Da wäre ich der Meinung gewesen, daß einer der geehrten Herren der Commission den Antrag gestellt hätte: Die Commission spricht ihr Bedauern darüber aus, daß das geehrte Präsidium sich nicht mit mehr Ernst der Errichtung einer communalen Brandschaden-Versicherungsanstalt annimmt. Von dem hört man aber nichts. Nachdem die geehrte Commission es sich nicht mit den Verwaltungsräthen der Versicherungs-Gesellschaften verberben kann und ich nicht weiß, welche Summe sie zu den Wahlkosten von den Gesellschaften bekommt, so werde ich mir als Mitglied der Opposition einen Antrag zu stellen erlauben (liest): „Die auf Grund des Landesgesetzes vom 16. December 1882, L.-G.-Bl. Nr. 69, von siebenzehn Versicherungs-Gesellschaften zu den Kosten des Wiener Feuerlöschwesens entrichteten 2percentigen Beiträge beliefen sich im Jahre 1893 auf 25.088 fl. 46 fr. Nachdem die Auslagen für das Feuerlöschwesen im Gegenstandsjahre 475.185 fl. 17 fr., somit nahezu eine halbe Million betragen, die Brutto-Prämien-Einnahmen der Versicherungs-Gesellschaften aber sich auf 1.254.422 fl. 11 fr. beliefen, stelle ich den Antrag: Der Gemeinderath wolle beschließen: Es sei an den hohen n.-ö. Landtag, beziehungsweise an den Landesauschuß das Ersuchen zu richten, das Landesgesetz in Betreff der Beiträge der Versicherungs-Anstalten zu den Kosten des Wiener Feuerlöschwesens dahin abzuändern, daß diese Beiträge in ein richtigeres Verhältnis zu den tatsächlichen Ausgaben der Gemeinde gebracht werden.“

Diesen Antrag erlaube ich mir Ihnen zur Annahme zu empfehlen.

Auch bei der städtischen Feuerwehr wird es heuer notwendig sein, bei dem Budget diese Gruppe ernstlich in Berathung zu ziehen. Es sind so kolossale Ausgaben darin, daß man sie meiner Überzeugung nach, wie ich mich in den verschiedenen Bezirken

umgesehen habe, nicht verantworten kann und die auch nicht nötig find. Schauen Sie sich die große Leiter an, welche auf dem Hof vor dem Unterkammeramte steht; die ist gar nicht zu verwenden. Als man sie bei dem großen Feuer auf dem Bauernmarkt verwenden wollte, konnte man sie nicht aufstellen, weil sie zu groß ist. Das sind also Ausgaben, mit denen etwas vorsichtiger gewirtschaftet werden muß.

Was die Decentralisation der Feuerwehr, um einen Schritt nach vorwärts zu machen, und den Fortschritt, den die Opposition in wirtschaftlicher Hinsicht anstrebt, betrifft, so hört man wieder gar nichts mehr. Es ist im Jahre 1893 von Seite der Opposition ein Antrag gestellt worden, es wurde dem Magistrate eine Frist von drei Monaten zur Berichterstattung gestellt; aber es sind jetzt schon nahezu drei Jahre und wir hören noch immer nichts. Es wäre an der Zeit, wenn hier mehr wirtschaftlicher Fortschritt auf reeller Basis platzgreifen würde.

Nun komme ich aber zu einer Gruppe, zur Gruppe XIII, wo ich abermals Gesetzesverletzungen constatieren muß. (Hört!)

Der Stadtrath hat in seiner Sitzung vom 22. März 1893 einen Ehrenpreis an den Wiener Geflügelzucht-Verein Rudolfsheim bewilligt.

Meine Herren, erinnern Sie sich, als ein Antrag dem Plenum des Gemeinderathes vorgelegen ist, wonach diesem Geflügelzucht-Vereine eine Subvention bewilligt werden sollte, ist man über diesen Antrag zur Tagesordnung übergegangen, und hinter geschlossenen Thüren bewilligt der Stadtrath einen Ehrenpreis. Weiters, meine Herren, finden Sie darin einen Ehrenpreis für den Trabrenn-Verein. Meine Herren, ich appelliere an Sie, wer von Ihnen den Muth hätte, dem Trabrenn-Vereine auch nur einen Kreuzer zu bewilligen? Ich appelliere an diejenigen Herren, welche die Verhältnisse im Trabrenn-Vereine kennen, und es sind einige hier, welche geradezu erklärt haben: Wir spielen da unten nicht mehr mit. Wir kennen die bekannten Ausdrücke der Sportsmen, des Mauermachens, des Mumpitz u. s. w. Nun frage ich, Herr Bürgermeister, mit welchem Rechte wurde diesem Vereine diese Subvention bewilligt?

Im § 52, lit. d des Landesgesetzes vom 19. December 1890 heißt es: „Die alljährliche Bewilligung der Geldmittel für Remunerationen, Gnadengaben, Aushilfen und Gehaltsvorschuße gehören in die Competenz des Gemeinderathes“ und weiter: „b) Die Bewilligung von Aushilfsbeiträgen an Wohlthätigkeits- und sonstige gemeinnützige Anstalten und Vereine.“

Da würde ich mir zu fragen erlauben, ob der Trabrenn-Verein eine gemeinnützige Anstalt ist oder ein gemeinnütziger Verein. (Rufe rechts: Ja!) Meine Herren, einem Geschäftsmanne, dem Wiener und dem Bauer ist es ganz gleichgiltig, ob der englische Traber die englische Meile in 2·22 Minuten oder ob er sie in 4 Minuten läuft; zum Geschäfte und zum landwirtschaftlichen Betriebe sind solche Vollblutpferde absolut nicht zu brauchen. Es ist Sache des Staates, solche Zuchtstationen zu errichten und zu fördern und nicht Sache der Gemeinde, um einigen Herren schöne Clublocalitäten und ein Vergnügen auf dem Rennplatz zu schaffen. Diese Ausgabe, meine sehr geehrten Herren, ist also eine gesetzwidrige!

Nun komme ich aber zu einer Post: „500 fl. Beitrag zur Errichtung eines Andreas Hofer-Denkmales in Innsbruck.“

Meine Herren! Dafs diese Ausgabe eine gesetzwidrige ist, beweist schon der Umstand, dafs in derselben Post für die Errich-

tung anderer Monumente, Erhaltung der öffentlichen Denkmäler sämtliche Ausgaben vom Gemeinderathe bewilligt worden sind. Ich bitte nur nachzusehen, sie sind vom Gemeinderathe bewilligt; nur diese eine Post nicht, und in dieser Post finden Sie: „Am 23. Juni 1893, Zahl 4093, bewilligt mit Stadtraths-Beschluß 500 fl.“ Und nun frage ich, wer hat das Recht gehabt, diese 500 fl., ohne den Gemeinderath zu fragen, zu bewilligen?

Aber eine interessante Post ist: „Kosten der Fahrt, Verköstigung zc. der Deputation der Gemeinde Wien zur Enthüllungsfest per 797 fl. 47 kr.“ (Rufe links: Hört! St.-R. Klotzberg, der Bürgermeister und der Huber!) Ich habe mir die Rechnung verschafft. (Gem.-Rath Herald: Das ist kleinlich! Widerspruch und Unruhe links.) Meine Herren! Hier habe ich das Vergnügen, mich an die lebenden Herren zu halten. Es muß doch auf jeden einen eigenthümlichen Eindruck machen, wenn der mit 24.000 fl. besoldete Bürgermeister, wenn die mit 3000 fl. besoldeten Stadträthe und der mit Landtagsdiäten ausgerüstete Landtags-Abgeordnete Dehm zu einer Feier nach Innsbruck fahren und sich dort auf Kosten der Gemeinde Wien verköstigen lassen. Wie haben sie das gemacht? Sie haben sich einen Pauschalbetrag von 800 fl. anweisen lassen. (Hört! links.) Ich habe die Rechnung eingesehen, und die ist so kurz gehalten, wie es hier im Rechnungsabschlusse steht. Zurückgegeben haben sie 2 fl. und einige Kreuzer. (Gelächter links.) Sonst steht nichts darinnen, als: „Logis, Verköstigung zc.“ Sagen Sie, meine Herren, sind die „Etcetera“ in Innsbruck so theuer? (Heiterkeit links.) Denn so viel können sie nicht gebraucht haben, das ist doch nicht möglich, abgesehen davon, dafs die Anweisung von Pauschalbeträgen, geehrter Herr Bürgermeister, nach § 23 unseres Statutes eine Gesetzwidrigkeit ist. Der § 23 lautet folgendermaßen: „Die Mitglieder des Gemeinderathes verwalten ihr Amt unentgeltlich. Bei Besorgung von Gemeinde-Angelegenheiten außerhalb des Gemeindegebietes, in welchem sie wohnen, haben die dazu abgeordneten Mitglieder Anspruch auf den Ersatz der Barauslagen, bei Besorgung von Gemeinde-Angelegenheiten außerhalb der Stadt Wien auf Vergütung der Reise- und Fahrtkosten und auf die Diäten eines Staatsbeamten der VI. Rangklasse.“ Wo steht hier etwas von der Anweisung von Pauschalbeträgen? Die Reisekosten und Diäten eines Staatsbeamten der VI. Rangklasse, meine Herren, können nie und nimmer 797 fl. ausmachen. Ja, meine Herren, es ist sehr angenehm, in Innsbruck nobel zu thun, es wäre auch sehr angenehm, meine Herren, Pauschalbeträge zu nehmen. Ich habe aber auch nachgewiesen, dafs Herr St.-R. Schneiderhan nur anderthalb Tage in Mauthausen war und 72 fl. verrechnet hat. Das Gesetz schreibt genau vor, die Vorschrift muß eingehalten werden, und wenn einem Herrn die Reisebiäten zu gering sind, dann soll er gefälligst in Wien bleiben und nicht auf Kosten der Bevölkerung der Stadt Wien und der ohnehin belasteten Steuerträger noble Trinkgelber geben. (Gem.-Rath Herald: Pfui! Widerspruch links.) Ja, Herr College Herald, das „Pfui!“ ist am richtigen Plage.

Bezüglich der Commissionsgebühren und der Diäten ist auch eine interessante Post zu erwähnen: „Bau des linksseitigen Sammelcanals“. Da ist der Gehalt der betreffenden Beamten mit 13.000 fl. angesetzt, Schreibrequisten, Zeichenrequisten und Reiseauslagen vom Rathhause bis zum kleinen Wasser (Heiterkeit links), dem Donaucanal, mit nahezu 5000 fl. Überdies bemerkte ich, dafs nahezu in jeder Verwaltungsgruppe derartige Posten vorkommen, über Diäten und Commissionsgebühren, über Schreib- und Druck-

sorten etc. Es ist unglaublich, wie hierin gewirtschaftet wird. Da ist doch eine strenge Controle nothwendig, und es wäre sehr an der Zeit, wenn die Geheimthuerei im Stadtrathe ein Ende erreichen würde; es wäre richtiger, daß man darüber informiert ist, was für Beschlüsse gefaßt werden.

Hier, meine Herren, ist weiters ein Ausweis über die Straßentagelöhner und die Schneeverführung in den Bezirken und es freut mich, heute ziffermäßig nachweisen zu können, was ich durch Jahre angestrebt habe, indem ich immer gebeten habe, man möge endlich einmal bei den Straßenarbeitern Ersparungen eintreten lassen. (Gem.-Rath Klotzberg: Bei den armen Leuten!) — Ja, und Sie fahren dann auf Kosten der Gemeinde nach Innsbruck. — Das ist etwas löblicher, nicht wahr? — Es sind übrigens nicht durchwegs arme Leute darunter, sondern auch Leute, die auf andere Weise ihr Brot verdienen können. Ich habe sehr darauf hingewiesen, wie es in meinem Bezirke zugeht, und hier ist es nachgewiesen, daß der XIX. Bezirk 39.271 fl. 38 kr kostet. Ich habe mich auch in den anderen Bezirken umgesehen, und es ist auch in den anderen Bezirken eine Verschwendung von Arbeitskräften vorhanden, und es wäre gut, wenn da endlich Einhalt gethan würde. Ich habe mir im Laufe verschiedener Debatten und auch privat beim Herrn Bürgermeister diesbezüglich zu ersuchen erlaubt, aber ohne Erfolg. Da sind auf einer Straße im XIX. Bezirke, die ganz zum Gebirge führt und wo niemand fährt als der Hofsteinmegmeister Hausner mit seinen Steinwägen, durch vier Jahre sieben Tagelöhner in Verwendung gewesen; da die Leute den ganzen Sommer hindurch nichts zu thun hatten, haben sie auf der ungepflasterten Gebirgsstraße mit dem Besen gekehrt. Der Herr Bürgermeister — ich betone das — hat die Angelegenheit jedesmal urgirt und es ist nichts geschehen. Man hat gesagt: bis zum neuen Jahre müssen sie bleiben und sie sind geblieben. Ich behaupte kühn, daß sich bei der Straßen säuberung bei dem Personale jährlich spielend ein Betrag von 100.000 fl. ersparen läßt. (Hört! Hört! links.) In meinem Bezirke allein lassen sich spielend 10.000 fl. ersparen. Wo früher einer, zwei Arbeiter thätig waren, sind jetzt fünf, sechs thätig. Am Samstag waren um 3 Uhr alle fertig und sind nach Hause gegangen und so geht es nahezu täglich, daß sie um 4 Uhr nach Hause gehen. Der Bezirksvorsteher kümmert sich darum nicht. Geht man zum Magistrat, heißt es, es liegt nicht in seiner Competenz, geht man zum Bauamt, so heißt es wieder so; der Bezirksvorsteher ist nicht zu finden, daß derartigem „Geld-zum-Fenster-hinauswerfen“ ein Ende bereitet würde. Die Herren werden sich erinnern, daß ich bei der Gelegenheit, wo der liberale Bezirks-Ausschuß Wilhelmi mit zwei Büffeln 120 Fuhren gemacht haben wollte, darauf hingewiesen habe, daß man um Gotteswillen einen Schneeabfuhrplan schaffen und insbesondere in den Bezirken an der Peripherie darauf sehen soll, daß in den Straßen, wo den ganzen Tag nur 1 bis 2 Wagen verkehren, wo überhaupt keine große Frequenz herrscht, der Schnee ganz gut liegen bleiben kann.

Es ist aber nichts geschehen. Auf eine von mir seinerzeit in der Debatte gestellte Interpellation hat es geheißen, der Magistrat mache die Schneeabfuhrpläne. Meine Herren! Gar nichts ist geschehen. Bei uns herrscht heuer draußen eine kolossale Mißwirtschaft. Ich bin durch die Bezirke von Penzing bis zum XIX. Bezirke gefahren und habe mir das angesehen. Im XIII. ist es so wie im XIX.; in breiten und isolierten Straßen wird der Schnee zum Gaudium der Bevölkerung weggeführt. Bei uns wird er mit

Schlitten weggeführt, fast noch beim Krapfenwaldl. Hat das einen Sinn? Wenn die Straßen eng sind, wenn dort Fabriks- oder Geschäfts-Etablissements sind, so hat man nichts einzuwenden.

Bezüglich der Schneeabfuhr muß eine strenge Controle eingeführt und gewissenhafte Aufträge gegeben werden, wo der Schnee weggeführt werden soll. Das gilt auch vom I. Bezirke. Auf der Ringstraße, vor dem Rathhause kann der Schnee ganz gut liegen bleiben.

Im Jahre 1892 wurden für Roth und Rehrich im XIX. Bezirke 7270 fl. ausgegeben, für Schnee 2361 fl., zusammen 9631 fl. Und nun erlaube ich mir, die Ziffern von 1893 vorzuführen.

Für das Jahr 1893 wurden schon 10.831 fl. 31 kr. und für Schneeabfuhr 17.650 fl. (Rufe: Hört!) verausgabt. Also ein Betrag von 28.481 fl., mithin ein Mehrbetrag von 19.000 fl in einem Jahre. Und das wird von Jahr zu Jahr schlechter. Heuer wird es noch schlechter werden. Ich bin neugierig, welche Summe für's Jahr 1895 herauskommt. Man glaube nicht, daß ich als Vertreter der Vororte die Interessen derselben schädige. Durchaus nicht. Aber ich stehe auf dem Standpunkte, wo kein Geld ausgegeben zu werden braucht, braucht man auch keines auszugeben. Dies habe ich nur angeführt, um, wenn die Specialdebatte beginnt, mich dann in die einzelnen Posten mehr zu vertiefen.

Die Rechnungsabschluß-Commission pro 1892 hat bei den „Fonds und Stiftungen“ einen Antrag gestellt bezüglich der Verwendung eines Fonds, mit dem in der ehemaligen Gemeinde Nußdorf eine Kinderbewahranstalt erbaut werden soll. Die geschätzte Commission hat sich mit ihren vorigen Anträgen gar nicht mehr beschäftigt. Es wurde mit Gemeinderaths-Beschluß der Magistrat beauftragt, bezüglich der Errichtung dieser Kinderbewahranstalt dem Gemeinderathe Vorschläge zu machen. Es hat auch vor nicht langer Zeit der geehrte Herr College Bachofen den Bürgermeister interpelliert, aber Sie wissen ja, wie man Interpellationen beantwortet, die macht man sich mundgerecht und angenehm, wie man es wünscht. Nachdem nun nichts geschehen ist, erlaube ich mir den Antrag zu stellen, damit der Wille der Stifter — Herr Gem.-Rath Bachofen ist auch einer davon — durchgeführt werde und die Angelegenheit in Fluß komme: „Der in dem Ausweise über die Stiftungen und Fonds der ehemaligen Gemeinde Nußdorf (Seite 445, sub Post 4) angeführte Fond zur Errichtung einer neuen Kinderbewahranstalt mit Kindergarten ist seinem Zwecke zuzuführen und hat der Magistrat diesfalls Anträge zu stellen.“

Nachdem bisher ein solcher Antrag nicht gestellt wurde, beziehungsweise die Errichtung der Kinderbewahranstalt in Nußdorf nicht erfolgt ist, erlaube ich mir, neuerdings zu beantragen: „Es sei der Beschluß der Commission, welcher auch vom löblichen Gemeinderathe acceptiert wurde, dem Magistrat mit dem Auftrage in Erinnerung zu bringen, die abverlangten Anträge binnen vier Wochen vorzulegen.“

Das sind Anträge, die ich in der Generaldebatte zu stellen mir erlaube. Nachdem Sie aber ersehen haben, daß die Prüfung oberflächlich war, nachdem Sie ersehen haben, daß der Stadtrath gesegwidrig Geld ausgegeben hat, erlaube ich mir einen Antrag zu stellen: Mit Rücksicht auf die ungeheuerlichen Ausgaben, welche der Stadtrath beschlossen hat, mit Rücksicht auf die völlig ungenügende Prüfung des Rechnungsabchlusses seitens der Commission, bin ich nicht in der Lage, dem Antrage auf Genehmigung des Rechnungsabchlusses pro 1893 zuzustimmen und stelle den Antrag,

die gedachte Genehmigung zu verweigern und den Rechnungsabschluss nochmals zur Prüfung, Richtigstellung und zur Berichterstattung über die gestellten Anträge an die Commission zurückzuweisen.

Es geht nicht an, daß man sich zwei-, dreimal auf zwei Stunden zusammenfindet und über Ersuchen des Herrn Bürgermeisters, es solle die Angelegenheit rasch erledigt werden, weil sie nach dem Statut nicht anders erledigt werden kann als gesetzwidrig, dem Herrn Bürgermeister das zuliebe thut.

Ich bitte, die gestellten Anträge anzunehmen und den Rechnungsabschluss an die Commission zurückzuweisen mit dem Auftrage, neuerliche Anträge zu formulieren, auf Grund deren wir eine Specialdebatte zu führen in der Lage sein werden. (Beifall und Händeklatschen links.)

(Während vorstehender Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Bürgermeister: Es ist wirklich eine schwere Aufgabe (Auf links: Ja wohl!) — nicht auf die soeben gehaltene Rede zu antworten — sondern sich zu entscheiden, ob man darauf antworten soll oder nicht. (Sehr gut! rechts.) Darin liegt die Schwierigkeit. Der Herr Vorredner hätte sich seine Aufgabe viel leichter machen können. (Gem.-Rath Strobach: Wie die Commission!) Ich bitte mich nicht immer zu unterbrechen, ich unterbreche auch niemanden. (Sehr richtig! rechts.) Das ist unschicklich! Wir haben den Herrn Gem.-Rath Steiner mit der größten Ruhe angehört und ich nehme für mich dasselbe Recht in Anspruch, wie jeder Gemeinderath. — Ich sage, der Herr Vorredner hätte sich seine Aufgabe viel leichter machen können, wenn er dem wohlmeinenden Vorschlage des Bürgermeisters in die Rechnungsabschluß-Commission einzutreten, Folge geleistet hätte. Ich habe mir die größte Mühe gegeben, die Herren von der Opposition zu bestimmen, in die Commission einzutreten. Sie sind aber nicht eingetreten. (Gem.-Rath Gregorig: Sehr gecheit!) Ich weiß nicht, ob es so gecheit ist, daß Sie nicht eingetreten sind. Darüber wird man sich später ein Urtheil bilden. Ich finde es nicht gecheit, andere können anderer Ansicht sein. Aber erstens hätten Sie damit Ihre Pflicht erfüllt, und zweitens wären Sie in der Lage gewesen, alle die fürchterlichen Zweifel, an denen der Herr Vorredner leidet, aufzuklären und zu beseitigen, die Details jener Rechnungen zu sehen, welche die angeführten großen Summen ergeben. Also, meine Herren, das hätte sich leicht machen lassen. (Zwischenrufe rechts. — Widerspruch links. — Rufe links: Dort ist unterbrochen worden!) Aber, meine Herren, regen Sie sich nicht auf, es ist vorläufig kein Anlaß dazu. — Wie gesagt, diese Posten wären Ihnen aufgeklärt worden, allerdings in der Commission, und das wäre vielleicht unangenehm gewesen; dann aber hätten Sie Ihre Pflicht erfüllt.

Meine Herren! Erlauben Sie mir, vorerst den Vorwurf der Geheimthuerei zurückzuweisen. Sie hätten ja alles sehen, sich von allem überzeugen können, Sie wollen aber nicht. Sie wollen das Geheimnis beibehalten und es nicht lüften und trotzdem beschweren Sie sich über Geheimthuerei. Sie waren nicht zu bestimmen, in die Commission einzutreten. Die Majorität hat Ihnen ein volles Drittel der Mandate in die Commissionen eingeräumt und der Opposition der Nominierung der Mitglieder überlassen. (Gem.-Rath Gregorig: Im Stadtrathe auch!) Auch für den Stadtrath hat man Ihnen Stellen angeboten. Sie hätten schon eine Masse Stellen. Sie haben sie nicht angenommen. Die Gründe,

warum Sie sie nicht angenommen, sind uns bekannt, ich werde kein Wort darüber verlieren.

Meine Herren, Sie sind zweimal in der Lage gewesen, in die Commission einzutreten; Sie haben es nicht gethan; Sie haben schände jedes Anerbieten zurückgewiesen und jetzt kommt der — fast möchte ich sagen — kindische Antrag, der Act solle nochmals an die Commission zurückgewiesen werden. Wir wissen ja gar nicht, ob Sie jetzt die Gnade hätten, in die Commission einzutreten und nachzuholen, was Sie versäumt haben. Wenn wir also den gestellten Antrag nicht ernst nehmen werden, so dürfen Sie sich darüber nicht wundern. Die Commission war Ihnen ein Dorn im Auge. Jetzt kränkt es Sie wieder, daß die Commission sich constituirt und so schnell die Arbeit fertig gebracht hat. Es wäre Ihnen lieber, wenn das Referat erst im März vorgelegt worden wäre. Die Commission hat sich aber constituirt, weil die Majorität der Mitglieder in der Sitzung erschien, weil die Commission beschlußfähig und daher in der Lage war, sich zu constituiren, also ein vollkommen legales Vorgehen. Nun hat der Herr Vorredner mich der Ungefügigkeit beschuldigt an allen Ecken und Enden. Ja, meine Herren, wenn man den Herrn Vorredner hört, so muß man annehmen, daß ich den ganzen Tag gar nichts anderes zu thun habe, als Ungefügigkeiten zu begehen. Meine Herren, das ist nicht so. Sie werden mir keine Ungefügigkeit nachweisen können. Richtig ist es, der Rechnungsabschluss ist nicht rechtzeitig vorgelegt worden. Ich bedauere das außerordentlich. Ich bin ein Freund davon, daß jeder Einzelne und die communale Verwaltung insgesammt ihre Pflicht thut, und daß das rechtzeitig und gründlich geschieht. Ich schenke mir selbst nichts und auch anderen nichts. Ich habe darauf bestanden, daß diese gesetzliche Vorschrift genau befolgt werde und es ist auch unterm 28. März 1894 der Ober-Buchhalter aufgefordert und auf seine Pflicht aufmerksam gemacht worden, den Rechnungsabschluss rechtzeitig vorzulegen. Aber, meine Herren, ad impossibilia nemo tenetur! (Gem.-Rath Jedlička: Was heißt das auf böhmisch?) Auf böhmisch? Das weiß ich nicht. Auf deutsch heißt es: zu unmöglichem kann niemand verhalten werden.

Die Buchhaltung war überbürdet und konnte meinem Auftrage nicht nachkommen, so blieb eben nichts übrig, als nochmals ein Auge zuzudrücken. Wenn wir das Leben haben und in einem Jahre noch so schön beisammen sind wie jetzt (Heiterkeit), so hoffe ich, daß es besser wird. (Zurufe links: Sie werden nicht wieder gewählt werden!) Wir haben das schon öfter gehört und es war doch nicht wahr, das macht also keinen Eindruck mehr.

Ich werde aber dann in die Lage kommen, dafür zu sorgen, daß der Rechnungsabschluss rechtzeitig vorgelegt wird, und ich werde hoffentlich in der Lage sein, mit der Thatfache zu rechnen, daß die Buchhaltung nicht mehr so belastet und überbürdet ist wie bisher, nachdem sie eine bedeutende Anzahl neuer Kräfte erhalten, welche bis dahin geschult sein werden, so daß ich hoffe, daß dann die Buchhaltung die Vorlage rechtzeitig machen wird, damit sie auch rechtzeitig an den Gemeinderath gelangen kann.

Ich habe hier einen Bericht der Buchhaltung am 22. August 1894, in welchem auseinandergesetzt wird, daß es beim besten Willen nicht möglich gewesen sei, die Vorlage rechtzeitig zu erstatten.

Meine Herren, es war mir nach diesem Berichte nicht möglich, der Buchhaltung einen Vorwurf zu machen.

Nun kommt aber das furchtbare Verbrechen, daß der Bürgermeister und die Stadträthe ihre Bezüge im vorhinein erhalten.

Es sind nur zwei Fälle möglich, im vorhinein oder im nachhinein. Nun, meine Herren, wie bekommen die Beamten, wie Diurnisten ihre Bezüge? Im vorhinein. (Gem.-Rath Steiner: Sind Sie ein Beamter, Herr Bürgermeister?) Meine Herren, auf derlei Zwischenrufe werde ich nicht antworten. (Gem.-Rath Steiner: Sehr angenehm!) Wenn Sie etwas von mir wünschen, so melden Sie sich zum Worte und fragen Sie mich und ich werde antworten. Auf Unterbrechungen und Zwischenrufe werde ich aber nicht antworten. (Richtig! rechts.) Denn das ist nicht die Art, wie sie unter gebildeten Menschen vorzukommen pflegt. Warum soll der Bürgermeister und warum sollen die Stadträthe nicht dasselbe Recht haben, wie die Beamten und Diurnisten? Sie widmen ihre ganze Zeit den städtischen Angelegenheiten. Sie setzen ihre Stellung aufs Spiel, ihr Schicksal und ihre Zukunft. Meine Herren! Warum sollen die schlechter bestellt sein, als alle anderen?

Ich sehe das nicht ein; dieser Modus besteht seit dem neuen Statute und jedesmal waren Sie in der Lage, das zu erfahren und zu sehen. Warum haben Sie sich nicht um die Sache gekümmert und dieselbe früher bemängelt? Der Herr Vorredner hat erst gewartet, bis er in die Lage kommt, eine große Candidatenrede zu halten. (Lebhafte Heiterkeit rechts.) Ich gehe nun weiter und behaupte, ein Tag der Fälligkeit und damit der Anspruch auf die Bezüge muß bestehen; wenn die Bezüge behoben sind, gehören sie dem Betreffenden. Wenn er im Laufe des Monats stirbt oder resigniert, so ist er nicht verpflichtet, die Bezüge zurückzustellen. Wenn das in einem Falle doch geschehen ist, auf den der Herr Gem.-Rath Steiner hingewiesen hat, so ist es eine weitgehende Nobleffe. Es liegt darin die Absicht, jeder Nörgelei aus dem Wege zu gehen, aber eine rechtliche Verpflichtung hiezu ist nicht vorhanden.

Alles das, was der Herr Vorredner über den verstorbenen Bürgermeister Dr. Prix angeführt hat, bedauere ich lebhaft, erstens, weil es rechtlich nicht begründet ist, und zweitens, weil es einen Todten betrifft (So ist es! rechts) und ich gedacht hätte, daß man einen Mann, der solche Verdienste sich erworben hat (Rufe links: Um was denn? — Beifall rechts), einen Mann, der über 20 Jahre seines Lebens der Gemeinde geopfert hat (Erneuerter Widerspruch und Unruhe links. — Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts), in Ruhe lassen wird.

Der Herr Vorredner hat das Referat, betreffend die Commissionsgebühren und Diäten, urgiert. Das Referat ist bekanntlich einer Commission zugewiesen worden, die Wahl der Commission ist lange auf der Tagesordnung gestanden. Wir haben in der lebenswürdigsten Weise die Opposition jedesmal ersucht: „Machen Sie uns doch ein paar Mitglieder für die Commission namhaft. Wir wollen die Sache doch einmal gemeinsam berathen und zu Ende bringen.“

Wer nicht zu bestimmen war, in diese Commission einzutreten, war die Opposition. Wer ist also schuld daran, wenn der Gegenstand noch nicht erledigt ist? Die Opposition. (Gem.-Rath Strobach: Die Verantwortung hat die Majorität!) Es ist leicht, die Verantwortung anderen zu überlassen.

Der Herr Vorredner hat bemängelt, daß man jetzt beim Krottenbache das wasserrechtliche Verfahren eingeleitet hat. (Gem.-Rath Steiner: Die Abwasserleitung in Sievering!) Herr Collega, Sie sind ein sehr verständiger Mann, aber alles verstehen Sie nicht. (Heiterkeit rechts.) Die Juristerei zum Beispiel verstehen Sie doch sicher nicht. Wenn Sie sie aber nicht verstehen, warum

mischen Sie sich da hinein? (Lebhafte Heiterkeit rechts.) Warum machen Sie der politischen Behörde, die doch wissen muß, was sie zu thun hat, einen Vorwurf? Es ist unrecht, wenn man auf der einen Seite so überaus liebenswürdig und entgegenkommend ist gegenüber der Beamtenschaft, aber gleich in einem Athem gegen die Beamtenschaft den Vorwurf erhebt, das wasserrechtliche Verfahren sei gar nicht nothwendig. Die Beamten haben es nur eingeleitet, um sich dabei Commissionsgebühren auf die Seite zu schaffen. Diesen Vorwurf muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen; es ist eine Herabwürdigung der Behörde, wenn in der Weise von ihnen gesprochen wird, und ich muß das entschieden ablehnen. Das wasserrechtliche Verfahren wird deswegen eingeleitet, weil es nach dem Gesetze nothwendig ist; das ist der einzige Grund.

Was die Anschaffung von Mobilien für die Bezirksämter u. s. w. betrifft, so möchte ich bemerken, daß die Rechnungen vorliegen, sie sind ja kein Geheimnis. Sie haben ja schon so viele Auskünfte von mir verlangt und ich habe sie auf das bereitwilligste ertheilt, unter dem Hinweis darauf, daß wir keine Geheimnisse haben und uns nicht zu genieren brauchen. (Ruf links: Außer dem Stadtrathe!) Auch da nicht. Und wenn Sie das interessiert, und wenn Sie etwas sonderbar finden, warum kommen Sie nicht? Die Rechnungen können Sie ja einsehen.

Meine Herren! Es wurde bemängelt, daß der Stadtrath beschlossen hat, einen Ehrenpreis für Geflügelzucht und für das Trabrennen u. s. w. zu bewilligen, und daß dies dem Plenum nicht vorgelegt wurde. Der Herr Vorredner hat zwei Alinea des § 52 citiert und während er sie vorgelesen hat, hat er schon selbst gefunden, daß sie nicht passen. Ich schließe mich seiner Ansicht vollkommen an und habe nichts weiter zu bemerken. (Heiterkeit rechts.)

Was die Reise nach Innsbruck betrifft, so bedauere ich gleichfalls, daß dieser Gegenstand hier zur Sprache gebracht worden ist. Es heißt wirklich die Repräsentanz der Gemeinde Wien nach außen geradezu bloßstellen (Bravo! rechts), wenn hinterher bemängelt und gemäkelt wird. Die Deputation ist mit Zustimmung des Gemeinderathes über Einladung des Andreas Hofer-Denkmal-Comités in Innsbruck erschienen und das Erscheinen dieser Deputation hat allgemein, in allen Kreisen — ich betone das, da ich ins Detail nicht eingehen kann und darf — lebhafteste Anerkennung und Sympathie gefunden. (Bravo! rechts.)

Meine Herren! Sechs Personen sind entsendet worden und das Unternehmen hat 797 fl. gekostet! Die Eisenbahnfahrt allein kostet 350 fl. Nun rechnen Sie alle die anderen Spejen, die da auslaufen; wenn Ihnen dann die Sache noch nicht klar ist, und wenn Sie dann noch eine Aufklärung über die „Etcetera“ verlangen, so kann ich Ihnen nur sagen, dann müssen Sie fragen, was die Bündhölzel und die Stiefelwichse gekostet hat. (Lebhafte Heiterkeit und sehr gut! rechts.) Andere Etcetera gibt es nicht.

Es gibt gewisse Grenzen, die man nicht überschreiten darf. Der Geschmack muß auch von Seite der Opposition berücksichtigt werden (Sehr gut! rechts), und wenn man über gewisse Grenzen, die das menschliche Gefühl unverrückbar festsetzt, hinausgeht, dann verlegt man den guten Geschmack. (Beifall rechts.)

Der Wunsch, eine Aufklärung dieser Etcetera hier zu verlangen und überhaupt die Sache hier zum Gegenstande der Erörterung zu machen, war gegen den guten Geschmack, das hätte ein instinctives Bewußtsein dem Herrn Vorredner jagen sollen. Sein Versuch, der

Majorität und dem verstorbenen Bürgermeister wieder einen Klaps hinaufzugeben, war ein höchst unglücklicher und verfehlter.

Meine Herren! Ich lasse mir jede Kritik dann gerne gefallen, wenn ich sehe, daß bei Ausübung derselben das Bestreben zutage getreten ist, zu bessern, Vorschläge zu machen und der Verwaltung zu nützen.

Was aber haben wir gehört? Nicht einen Satz, der überhaupt in die General-Debatte über den Rechnungsabchluß gehört, sondern es sind mit der Absicht, herabzusetzen und — sagen wir — zu beschimpfen, einige Ziffern herausgerissen worden, von denen einige so correct sind, wie sie es nur sein können, die anderen aber dem Herrn Redner unklar aus seinem Verschulden, weil er seinen Pflichten nicht nachgekommen und nicht in die Commission für den Rechnungsabchluß eingetreten ist.

Wenn der Herr Vorredner sich die Sache ordentlich überlegt hätte, wäre ihm das ganze Material unter den Händen entschwunden, denn er hätte sich sagen müssen, eine Aufklärung für das eine kann ich jede Stunde haben, die brauche ich nicht in pompöser Weise in der öffentlichen Versammlung zu verlangen, und das andere ist klar, das darf ich nicht bemängeln, weil dies den guten Geschmack verlegt.

Also, meine Herren, diese Candidatenrede war etwas vergriffen. (Heiterkeit und Bravo-Rufe rechts. — Lebhafter Widerspruch links.) Ja, meine Herren, Sie lärmten (Andauernder Widerspruch), Sie nehmen mir das übel, daß ich auf dieses Moment hingewiesen habe, wenn aber von Ihnen ungeniert mit dem Vorwurfe der Ungeheuerlichkeit, des Leichtsinnes u. s. w. herungeworfen wird, das nehmen Sie so leicht, wie wenn das Erbsen wären. Meine Herren! Das sollte nur eine ironische Bemerkung sein und ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen, daß ich in dieser Rede des Herrn Vorredners vergebens die Absicht gesucht habe, wirklich objectiv zu kritisieren, Vorschläge zum Besseren zu machen, sondern vielmehr die Absicht gefunden habe, die communale Verwaltung zu tadeln und herabzusetzen; und da müssen Sie mir es schon zugute halten, wenn ich mich dagegen wehre, und das thue ich nur mit denjenigen Waffen, welche mir zur Verfügung stehen. Diese sind ja ohnehin höchst bescheiden, weil ich mir als Bürgermeister die größte Reserve auferlegen muß und thatsächlich auch auferlege. Ich kann Sie schließlich nur dringend bitten, den Antrag, den Herr Gem.-Rath Steiner gestellt hat, nämlich auf Rückweisung des Rechnungsabchlusses pro 1893 an die Commission, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Kaspar: Ich werde nur über zwei Ausgabsposten in ganz objectiver Weise mir zu sprechen erlauben. Bei diesen zwei Posten sind nämlich Überschreitungen vorgekommen, welche nicht leicht zu rechtfertigen sind. Ich muß wohl darauf hinweisen, daß mein Herr Vorredner diese Posten bereits kritisiert hat, aber er hat es nicht in ausreichender Weise gethan; das muß ergänzt werden.

Auch der Herr Bürgermeister hat über die Post gesprochen, aber auch er ist nicht auf das Richtige eingegangen, nämlich auf die Frage, was mit dieser Vorlage eigentlich geschehen ist. Meine sehr geehrten Herren! Der Gemeinderath hat es oftmals in Anregung gebracht, daß endlich einmal diese Angelegenheit gründlich geregelt werde, und das muß auch geschehen, weil die Willkürlichkeiten, welche bisher hier vorgekommen sind, unleidlich sind. Der Stadtrath hat vor zwei Jahren eine Vorlage eingebracht, die auch in Verhandlung genommen worden ist. Ein Herr Vertreter des

VII. Bezirkes hat sich aber darin gefallen, gegen diese Vorlage zu sprechen. Er hat eine Jeremiade angestimmt, als wenn das größte Unglück über die Beamten hereingebrochen wäre, wenn diese Vorlage zur Annahme gelangt wäre. Nun, meine Herren, ich muß wirklich staunen, diese Fortsetzung der Debatte, welche wochenlang auf der Tagesordnung in Aussicht gestellt war, ist nicht erfolgt — und plötzlich ist die Vorlage verschwunden, nämlich zurückgezogen worden. Da muß ich mir denn doch erlauben, zu fragen, was denn eigentlich die Ursache gewesen ist, die Berathung über diese Vorlage nicht ganz durchzuführen. Weil ein Herr Redner sich dagegen ausgesprochen hat?

Ich glaube, der Gemeinderath hätte damals diese Vorlage, vielleicht mit einigen Modificationen, sicherlich angenommen. Ich muß mir denken, daß entweder der Referent fahnenflüchtig geworden ist, er hat sich nicht getraut, die Vorlage zu vertreten, oder es wurde präsidialiter diese Vorlage zurückgezogen. Beides müßte ich bedauern, weil es thatsächlich richtig ist, was der Herr Vorredner gesagt hat: Auf Grund dieser Vorlage wurden 50.000 fl. präliminirt, und ausgegeben wurden über 81.000 fl., folgerichtig um über 30.000 fl. mehr.

Meine Herren! Sie werden mir gestatten, daß ich meinen Standpunkt hier in dieser Frage genau präcisire. Der Gemeinderath hat in munificenter Weise die Regulierung der Gehalte unserer städtischen Beamten durchgeführt. Ich beglückwünsche den Gemeinderath, daß dies geschehen ist. Wir haben jetzt ein zufriedengestelltes Personal. Nun, meine Herren, wenn die Interessen der Beamten in dieser Richtung wirklich in der wohlwollendsten Weise erfüllt worden sind, so haben wir die Interessen der Beamten gewahrt, und damit, glaube ich, kann ich mich selbst als Standesgenosse ganz einverstanden erklären und freue mich darüber. Aber, meine Herren, wir haben auch andere Interessen zu vertreten, jene der Steuerträger, die Interessen des Stadtfäckels.

Es könnte mir vielleicht der Vorwurf gemacht werden, wie kommt es, daß ein Standesgenosse gewisse Begünstigungen der Beamten nicht gelten lassen sollte. Meine Herren! Eben, weil diese Commissionen nur von gewissen Persönlichkeiten, und zwar meistens vom Stadtbauamte ausgenützt werden und selbst von den Oberbeamten, haben die anderen Beamten recht, wenn sie unzufrieden sind über diese Bevorzugungen, aus denen sie keinen Nutzen ziehen. Denn, meine Herren, eine Mehreinnahme eines Beamten ist schwerwiegend; wenn der Beamte sich etwas mehr verdienen kann, ist das eine wahre Wohlthat. Deswegen habe ich neulich — es dürfte vielleicht vor 14 Tagen gewesen sein — die Vorlage urgirt. Und was hat mir der Herr Referent, welcher diese Vorlage wieder zu vertreten hat, geantwortet? Er sagte: Der Herr Sprecher scheint nicht in der Sitzung gewesen zu sein, da er nicht weiß, daß diese Vorlage einer gemeinderäthlichen Commission zugewiesen ist. Das habe ich gewußt, aber die Wahl dieser Commission hat mir zu lange gedauert, und dann bin ich auch nicht Mitglied derselben und konnte nicht wissen, ob und was von dieser Vorlage in der Commission schon berathen wurde. Selbstverständlich bin ich, obwohl ich schon vier Jahre als Gemeinderath wirke, noch in keine Commission gewählt worden. (Heiterkeit links. — Gem.-Rath Stehlik: Gerechtigkeitsfönn!) Die Herren drüben brauchen sich nicht zu grämen, es geht uns hier auch so! (Heiterkeit links.) Ich komme in keine Commission, warum, weiß ich nicht. Wer zum Mitgliede einer Commission gewählt wird, das ist ein Geheimnis, das wir ja alle kennen. (Rufe links: Richtig!)

Ich glaube, es wäre diese Vorlage mit Beschleunigung dem Gemeinderathe vorzulegen. Es muß in dieser Sache Klarheit geschaffen werden. Es muß präcis ausgesprochen werden, wann, wo und in welcher Höhe diese Commissionsgebühren zu bezahlen sind, und dann muß darauf gesehen werden, daß die Commissionen in eigenen wie in privaten Angelegenheiten nur dann stattfinden haben, wenn wirklich die Nothwendigkeit vorliegt. Aber, meine Herren, dem ist leider nicht so, und ich werde Ihnen an der Hand eines Beispiels beweisen, daß thatsächlich jetzt noch Commissionen gemacht werden, deren Nothwendigkeit nicht zu begreifen ist.

Es handelt sich zum Beispiel um eine Commission für die Bestimmung des Ablösungsbetrages bei einem Umbau. Vor einem Umbau wird dem Bauherrn genau und präcise vom Stadtbauamte bekanntgegeben, wieviel Flächenraum er zu Straßenzwecken abzutreten hat. Da ist es gar nicht nothwendig, daß eine Commission abgehalten wird. Was geschieht? Es kommt doch eine Commission. Bei mir zum Beispiel — ich kann es offen sagen und bestätigen — ist die Commission nach 1 Uhr gekommen, bestehend aus einem Magistratsrath, zwei Ingenieuren, einem Baumeister, zwei Schächtleuten, einem Bezirksausschuß und selbstverständlich einem Schriftführer.

Meine Herren! Was haben denn die eigentlich gethan? Ich habe mir gedacht: Was wird denn da für eine Commission abgehalten werden? Da hat man gesagt: Der Flächeninhalt ist bekannt, und der Schächtleute zieht das Notizbuch aus dem Sack und sagt, in dieser Gegend würde für den Meter soandsoviel bezahlt. Commission geschlossen, Protokoll aufgenommen — das war die ganze Aufgabe. Der Pferdefuß ist aber nach drei Tagen gekommen: Ich habe einen Zahlungsauftrag bekommen, binnen acht Tagen bei der städtischen Hauptcassa soandsoviel zu erlegen.

Meine Herren! Ich bitte, mir zu sagen: Ist diese Commission nothwendig gewesen? (Rufe: Nein!) Ich muß wirklich sagen, diese Nothwendigkeit erkenne ich nicht. Also, das steht einmal fest. Ganz objectiv muß ich sagen, daß Herr Gem.-Rath Steiner in dieser Beziehung das Richtige getroffen hat, daß diese Commissionsgebühren endlich einmal wirklich zur Regelung gelangen sollen.

Meine Herren, ich habe noch eine zweite Ausgabepost zu erwähnen, die wohl nicht besonders wichtiger Natur ist, aber ich möchte, um die Würde der Großcommune nicht so geschädigt zu sehen, diese Frage doch hier besprechen.

Ich habe anlässlich der vorjährigen Budgetdebatte auf den mißlichen Umstand aufmerksam gemacht, daß die Verköstigung der Assent-Commission in eine andere Form gekleidet und nicht in der gegenwärtigen belassen werde. Meine Herren! Der Gemeinderath hat beschlossen, es soll darüber berathen und dem Gemeinderathe Bericht erstattet werden. Bis heute habe ich noch gar nichts gehört; aber, meine Herren, gehört habe ich folgendes: Der Stadtrath hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt — richtig, aber im negativen Sinne, und ein negativer Beschluß wird dem Gemeinderathe nicht bekanntgegeben. Mich hat aber die Neugierde geplagt, was für einen Grund mag der Stadtrath gehabt haben, daß er das abgelehnt hat. Die Sache ist ganz einfach die: Der Magistrat hat es, daß es sein Verbleiben bei der früheren Übung hat, folgendermaßen begründet. Er sagt nämlich: „Soll man dem Restaurateur mehr bezahlen, als er verlangt?“ Ja, das glaube ich schon, wenn man etwas ersparen kann, soll man es thun, ich bin gewiß dafür, daß im allgemeinen Ersparungen gemacht werden.

Aber ich spreche hier die Überzeugung aus, daß jener Restaurateur dieses Couvert mit 1 fl. nicht liefern kann. Er hat einen Schaden dabei. Weiters kommt in dieser Begründung vor, daß ja der Restaurateur auch Getränke liefert. Nun, meine Herren, ich habe auch einigemal die Ehre gehabt, bei dieser Commission zu fungieren. Das Getränk ist minimal. Was können die paar Herren in der halben Stunde eigentlich consumieren? Gar nichts. Ob aber der Magistrat gesagt hat, daß es den Mitgliedern gestattet sei, zum Kaffee eine Cigarre zu nehmen, dem Gemeinderathe sogar zwei, das müssen die Herren mir bestätigen. Das ist etwas, was mir die Sache denn doch etwas bedenklich macht und mich veranlaßt, zu beantragen, daß man da etwas anderes vorkehrt. Ich will ja diese Begünstigung den Beamten nicht absprechen. Es wäre einfach durchzuführen, daß diese Verköstigung ganz aufgehoben werde, und zwar deshalb, weil die Beamten ihre normalmäßigen Diäten beziehen. Die Subalternen bekommen 3 fl. Ich will nicht sagen, daß ihnen dies nicht gebührt. Aber während der Zeit, wo der Beamte amtiert, sind seine Amtsstunden, nur muß bedacht werden, daß er nachmittags wieder für den nächsten Tag vorarbeiten muß. Die Diäten also kann ihm niemand bestreiten. Das ist absolut ausgeschlossen. Aber ich glaube, daß man auch Rücksicht zu nehmen hat, nachdem schon das System besteht, daß zu Functionen, die den ganzen Tag dauern, Herren aus auswärtigen Bezirken bis zur Dreher'schen Restauration bestellt werden, wobei sie die Fahrkosten aus eigenem zu tragen haben, und daß es also auch recht und billig wäre, den Gemeinderäthen ihre normalmäßigen Diäten auszubezahlen. (Rufe links: Das ist ohnehin gesetzlich!) Aber es muß ausgesprochen werden, weil ich bemerkt habe, daß die Theilnahme der Gemeinderäthe an diesen Commissionen eine sehr schwache ist, und das liegt darin, weil der Vorgang, wie er jetzt beliebt wird, den Herren nicht angenehm sein kann. Es entspricht auch nicht der Würde der Commune. Darüber haben selbst die Beamten schon gesprochen. Ich werde mir daher erlauben, den Antrag zu stellen, „daß der Stadtrath diese Angelegenheit nochmals berathe, und daß Vorkehrungen getroffen werden, daß allenfalls mit dem Restaurateur ein Pauschale vereinbart, und daß auch den Gemeinderäthen die Diäten, welche ihnen zukommen, ausbezahlt werden“. Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages. Zum Schlusse muß ich noch erwähnen, daß die Herren mir nicht, wie es schon einmal geschehen ist, den Vorwurf machen können, daß ich als Beamter die Interessen der Beamten wahre. Hier, meine Herren, handelt es sich gar nicht um das Interesse der Beamten, aber es muß einmal in diese Angelegenheit Klarheit und in die Sache Ordnung gebracht werden. Hiemit empfehle ich Ihnen nochmals meinen Antrag. (Beifall.)

Gem.-Rath Wunsch: Sehr geehrte Herren! Ich werde mir zunächst erlauben, auf einige Einwürfe, welche der erste Herr Redner gegen die Prüfungs-Commission erhoben hat, zu antworten. Was die angeblich gesetzwidrige Constituirung dieser Commission anbelangt, so hat schon der Herr Bürgermeister das nöthige erwidert, und ich möchte nur noch eines beifügen, daß nämlich allerdings einige Herren bei der Constituirung nicht anwesend waren, obgleich sie so wie alle Mitglieder richtig eingeladen wurden und einer Ihrer Gefinnungsgeossen (links) sogar seine Abwesenheit durch eine pneumatische Karte entschuldigt hat. (Rufe links: Wer war der?) Es war Herr Gem.-Rath Strobach. Wir mußten also selbstverständlich annehmen, daß in dieser Richtung eine gewisse gleichmäßige Anschauung unter den Herren

nicht stattfinden, und die Commission hat sich in Abwesenheit der Herren constituirt. Nun ist hier der Vorwurf gemacht worden, daß die Commission ihre Arbeit in leichtfertiger Weise erledigt habe.

Nun, ich habe durch drei Jahre bereits die Ehre, dieser Commission als Vorsigender anzugehören; wir haben in der Regel drei bis vier Sitzungen zur Erledigung dieses Rechnungsabschlusses gebraucht. Es wird in der Weise vorgegangen, daß die Referate der einzelnen Gruppen einzelnen Referenten zugewiesen werden. Die Herren bekommen eine Zeit von ungefähr 8 bis 10 Tagen, um ihre Studien zu machen. Es werden ihnen die Belege von Seiten der Ämter zur Verfügung gestellt und dann wird referiert. Das allerdings gebe ich zu, daß man sich in überflüssige, weit-schweifige Debatten bei einer kleinen Commission nicht ergeht, man beschränkt sich darauf, das wichtige zu erwähnen und Beschlüsse zu fassen, welche im Geiste und Sinne des Fortschrittes liegen. Nun, meine Herren, diese Anträge, welche hier von Seite der Commission gestellt worden sind, sind auch von Seite des Herrn Gem.-Rathes Steiner einer Kritik unterzogen worden. Ich muß denn doch hier darauf zurückkommen und mir erlauben, auf die Bemerkung des Herrn Kollegen Steiner einzugehen. Bezüglich des Antrages in Betreff des Amtsblattes glaube ich, daß es wohl im Interesse unser aller, und zwar gleichmäßig im Interesse beider Parteien liegt, daß ganz unparteiische Schilderungen über unsere hiesigen Verhandlungen möglichst in der Öffentlichkeit verbreitet werden. Das war die Tendenz, welche uns geleitet hat. Es hat auch die vorjährige Commission einen ähnlichen Beschluß gefaßt und auch schon empfohlen, Maßregeln zu ergreifen, um die Verbreitung des Amtsblattes möglichst zu fördern.

In dieser Richtung befinde ich mich ja übrigens in Übereinstimmung mit dem Herrn Kollegen Steiner, der ja das auch nicht beanstandet. Ebenso ist es mit dem ad Punkt 2 gestellten Antrage bezüglich der Pachtzinse, wo Herr College Steiner einen Zusatz-Antrag stellt. Was nun die Verwaltung der Waisenhäuser anbelangt, so muß ich es entschieden zurückweisen, daß hier die Tendenz der Commission etwa dahin geht, Ersparungen zu erzielen. Aber ich muß hervorheben, was uns veranlaßt hat, auf diese Sache hier einzugehen. Wenn der Herr Gem.-Rath Steiner sich die Mühe genommen hätte, die erläuternden Bemerkungen zum Rechnungsabschlusse einem genauen Studium zu unterziehen, so würde er auf Seite 416 den genauen Ausweis über die Kosten in den einzelnen Waisenhäusern und über die Verpflegungskosten pro Tag und Kopf inclusive und exclusive der Regie gefunden haben, und da würde er weiter gefunden haben, daß bei der Verköstigung Differenzen vorkommen, welche uns veranlaßt haben, die Aufmerksamkeit der eben gewählten Commission auf diesen Gegenstand zu lenken.

Im ersten Waisenhaus beträgt die Ausgabe für die Verköstigung per Kopf und Tag beispielsweise 29.47 fr., im fünften Waisenhaus 42.39 fr. Diese Differenz von 13 fr. per Kopf und Tag erschien uns, nachdem die Approvisionierungsverhältnisse so ziemlich die gleichen und in den einzelnen Bezirken doch nicht so verschieden sind, als eine derartige, daß man der Sache Aufmerksamkeit schenkte. Es ist aber eine entschiedene Verdrehung der Thatfachen, wenn der Herr College Steiner behauptet, daß hier eine Ersparung bei den ärmsten Classen und bei unseren Waisenkindern in der Absicht der Commission gelegen ist.

Der letzte Antrag, welchen wir gestellt haben, ist der bezüglich der kolossalen Überschreitung, welche sich von Jahr zu Jahr bei

der Ausgabe der Lehrmittel zeigt. Meine Herren! Sehen Sie das Budget an und Sie werden finden, daß ein Betrag von 40.000 fl. präliminirt war. Die laufenden Gebühren betrugen aber 51.000 fl., die Gesamtgebühren 65.000 fl., und die Überschreitung beträgt 10.900 fl. Nun, meine Herren, diese Überschreitung hat nicht nur heuer stattgefunden, sondern im vorigen Jahre in viel größerem Maße, und es ist die Pflicht der Commission, die Aufmerksamkeit auf eine derartige Post zu lenken. Weit entfernt davon, daß wir etwa die Absicht haben, die Ausgabe der Lehrmittel in einer Weise zu beschränken, daß sie den Unterricht beeinträchtigt — aber wir glauben, es werden Mittel gefunden werden, daß sie nur den wirklich Bedürftigen zugeführt werden sollen; der Bezirkschulrath selbst beschäftigt sich mit dieser Angelegenheit, und ich glaube, daß der Vorwurf, daß wir hier vielleicht eine reactionäre Maßregel ergreifen wollen, durchaus nicht gerechtfertigt ist. Das ist dasjenige, was sich auf die Anträge bezieht, welche die Commission gestellt hat.

Gegenüber einem Rechnungsabschlusse, wie er uns vorliegt, der sich in der Höhe von 41 Millionen bewegt und der ein Verwaltungsgebiet und einen Verwaltungskörper in sich umfaßt, welcher der Größe mehrerer europäischer Mittelstaaten gleichkommt — ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von europäischen Mittelstaaten nennen, deren Jahresausgaben unsere Jahresausgaben nicht erreichen oder nahezu dieselben sind; zum Beispiel Norwegen, Dänemark, Württemberg, Schweiz, Griechenland haben durchwegs Budgets ungefähr wie das unserige — gegenüber einem solchen Verwaltungskörper, habe ich geglaubt, werden die Herren hier das Wort ergreifen, werden Kritik üben an der Verwaltung und werden in großen Zügen in der Generaldebatte die Verwaltung kritisieren, vielleicht Mißstände aufdecken, welche nicht in dem Geiste der Verwaltung einer Großstadt liegen.

Was aber haben wir hier gehört, welche Anstände sind hier erhoben worden? Meist solche so kleinlicher Art, daß man wirklich gegenüber der Bedeutung unseres Jahresabschlusses über die Sache lächeln muß. Ob der Herr Bürgermeister die Beträge vorher oder nachher bezieht, das war Gegenstand einer bedeutenden Kritik, ebenso, daß die Möbel im Rathhause zu theuer sind — den Nachweis hätte der Herr Collega auf Seite 25 der Erläuterungen gefunden, das hätte er dort einsehen können — daß die Leiter am Hof nicht praktisch ist, daß die Kosten bei der Reise nach Innsbruck vielleicht noch um 50 fl. mehr, als nach seiner Schätzung möglich ist, betragen haben, daß man bei der Straßenräuberung bei 100.000 fl. ersparen kann. Das wurde gesagt, ohne dies ziffernmäßig zu beweisen, eine solche Behauptung kann jeder aufstellen, man kann aber ebenjogut sagen, es ist auch ein Ersparnis von 50.000 fl. erzielt worden, das müßte erst ziffernmäßig nachgewiesen werden. Wenn gesagt wird, die Arbeiter gehen zu zeitlich nach Hause, meine Herren, so erscheint das als Gegenstand der Generaldebatte über den Rechnungsabschluß der Stadt Wien doch zu kleinlich. Es ist so ziemlich alles erwähnt, was der Herr Collega gesagt hat; ich habe mir die Sachen genau notiert. Mit der Brandschaden-Versicherungsanstalt, glaube ich, hat der Herr Collega offene Thüren eingerannt, denn die Sache ist ohnehin im Landtage anhängig.

Meine Herren, gestatten Sie mir, Ihnen als Obmann der Commission eine Kritik des vorliegenden Rechnungsabschlusses in kurzem vorzulegen, wie ich sie mir denke, eine Kritik, eine Beur-

theilung vom — gestatten Sie mir, das hervorzuheben — kaufmännischen Standpunkte. Ich möchte zunächst hervorheben, daß der diesjährige Rechnungsabschluss aus diesem Grunde sehr interessant und lehrreich für uns ist, weil er der zweite ist, welcher uns seit der Vereinigung der Vororte mit Wien vorliegt; er gestattet uns daher einen Vergleich mit dem Jahre 1892. Früher war ein solcher Vergleich nicht möglich, weil, wie Sie wissen, im Jahre 1891 die Vororte noch über die Verwaltung separate Rechnungen geführt haben.

Wenn man nun einen solchen Rechnungsabschluss einer Kritik unterzieht, so gibt es mehrere Gesichtspunkte. Der eine Gesichtspunkt ist derjenige, zu beurtheilen, inwiefern sich das Resultat des Rechnungsabschlusses gegenüber dem Voranschlage verhält. Das ist ein Moment, welches sehr interessant ist und uns auch für die Verwaltung ein wichtiges Resultat bietet. Das zweite Moment ist dasjenige, das ich bereits erwähnt habe, der Vergleich mit dem vergangenen Jahre, und der dritte Gesichtspunkt ist die Gebarung der Einnahmen und Ausgaben vom Standpunkte des Vermögens der Gemeinde, gewissermaßen eine kaufmännische Bilanz.

Ich werde mir erlauben, in ganz kurzen Zügen Ihnen von diesen drei Standpunkten aus den Rechnungsabschluss zu erläutern.

Was das Verhältnis gegenüber dem Voranschlage anbelangt, so ergaben sich alljährlich in diesen einzelnen Gruppen erklärlicher Weise große Schwankungen. Es ist auch in diesem Jahre eine sehr bedeutende Differenz gegenüber dem Vorschlage vorhanden. Die Einnahmen überschreiten den Voranschlag um 10,800.000 fl., die Ausgaben sind um 6,000.000 fl. größer.

Es resultiert ein um 4,100.000 fl. — ich bitte, ich spreche nur in runden Ziffern — günstigerer Erfolg, als sich aus dem Voranschlage ergibt. Nun, meine Herren, es ist wohl interessant, den Voranschlag zu vergleichen, aber über die eigentliche Gebarung gibt diese Studie doch nicht den richtigen Aufschluß. Das Resultat, welches wir aus dieser Studie ziehen, ist nur die Frage: Haben wir richtig budgetiert oder haben wir nicht richtig budgetiert? Nun, jedes Budget muß derartig gemacht sein, daß immer gewissermaßen schwarz gesehen wird. Die Ausgaben müssen immer höher gegriffen werden, die Einnahmen sind knapp zu bemessen. In dieser Richtung haben wir also unsere Pflicht bei der Zusammenstellung des Budgets gethan. Wir sehen, die Einnahmen haben sich bedeutend höher gestellt, die Ausgaben sind kleiner ausgefallen.

Ich möchte nun zur zweiten Betrachtung übergehen, d. i. zum Vergleiche mit dem Jahre 1892; das ist ein Vergleich, den wir heuer zum erstenmale anstellen können. Aus dem Rechnungsabschlusse ergibt sich, daß im gesammten die laufenden Einnahmen sowohl des Ordinariums als des Extra-Ordinariums — alle zusammen genommen 41,363.000 fl., die Ausgaben 42,494.000 fl. betragen — also ein Überschuss von 1,130.000 fl. resultiert. Im Jahre 1892 hatten wir einen Überschuss von 913.000 fl. Es würde daher, wenn man nur diese großen Ziffern betrachtet, der Rechnungsabschluss des Jahres 1893 eigentlich als ein günstiger erscheinen, indem der Überschuss der Ausgaben bloß um 200.000 fl. größer ist. Wenn man aber in die Details eingeht, dann, meine Herren, das muß ich gestehen — ist die Sache nicht so günstig. Ich gestehe es ganz offen — es ist durchaus nicht meine Absicht, hier etwa „Schönfärberei“ zu treiben oder Ihnen den Rechnungsabschluss vielleicht in einem rosigten Lichte darstellen zu wollen.

Wie die Sachen sind, wie die Ziffern sprechen, so will ich auch Kritik üben. Wenn Sie das Ordinarium von dem Extra-Ordinarium trennen, so finden Sie im Jahre 1893 einen Überschuss der Einnahmen gegenüber den Ausgaben von 1,014.000 fl. Das ist im allgemeinen eine sehr beruhigende, eine sehr erfreuliche Thatfache und es ist, glaube ich, der Schwerpunkt unseres Budgets, daß im Ordinarium das Auskommen gefunden werde. Bemerkte muß noch werden, daß auch die Schuldentilgung im Betrage von 1,600.000 fl. im Ordinarium mit inbegriffen ist. Im Jahre 1892 haben wir aber einen bedeutend größeren Überschuss gehabt. Im Jahre 1892 betrugen die Einnahmen 29,900.000 fl., die Ausgaben 27,900.000 fl., der Überschuss betrug also 2,000.000 fl. Der Überschuss ist also im Ordinarium in diesem Jahre um 1,000.000 fl. gesunken. Das ist eine Thatfache, die allerdings zum Nachdenken Veranlassung gibt, und der Herr Referent hat ja auch nachgewiesen, daß der Schwerpunkt in der Regulierung unserer Steuergesetze liegt, und daß es uns durch diese Regulierung anheingestellt sein wird, unser Budget auf der Stufe des Gleichgewichtes zu erhalten. Das Extra-Ordinarium weist in beiden Jahren einen Überschuss der Ausgaben nach, und zwar im Jahre 1893 von 2,100.000 fl., im Jahre 1892 von 1,142.000 fl.

Es würde mich zu weit führen, wenn ich Ihnen alle jene Überschreitungen des Extra-Ordinariums hier im Detail anführen würde, ich behalte mir aber vor, eventuell in der Specialdebatte auf diesen Gegenstand weiter einzugehen.

Gestatten Sie mir nur noch, Ihnen auch von dem Gesichtspunkte einer richtigen Bilanz bezüglich des Vermögensstandes der Gemeinde meine Ansichten mitzutheilen. Es müssen meines Erachtens aus dem Rechnungsabschlusse alle jene Posten herausgehoben werden, welche einestheils bei der Einnahme den Vermögensstand der Gemeinde vermindern, andererseits diejenigen, welche bei der Ausgabe als eine Vermehrung des Vermögensstandes zu betrachten sind.

Als solche müssen wir folgende bezeichnen: in den Einnahmen den Erlös für Gründe per 308.000 fl., das ist eine Vermögensverminderung; der Erlös für Wertpapiere im Betrage von 969.000 fl. ist eine Verminderung unseres Vermögens; der Erlös für die Reservoirs per 20.000 fl. ist eine Verminderung; endlich müssen wir als eine Vermögensverminderung betrachten die Verminderung des Cassastandes gegenüber dem Anfange des Jahres. Der Cassastand hat sich nämlich in diesem Jahre ganz ungeheuer vermindert. Wir sind in das Jahr 1893 mit einem Cassastande von 2,240.000 fl. eingegangen und schließen ab mit einem Cassastande von 650.000 fl.; wir haben also unseren Cassabeständen 1,590.000 fl. entnommen. Wenn Sie alle diese Ziffern, welche eine Vermögensverminderung bedeuten, zusammenrechnen, werden sie finden, daß dieselben 2,887.600 fl. betragen.

Nun komme ich zu jenen Ausgaben, welche in dem Rechnungsabschlusse enthalten sind, aber für solche Investitionen verwendet worden sind, daß man füglich sagen kann, daß das Gemeindevermögen durch dieselben nicht vermindert, sondern im Gegentheile vermehrt wurde.

Wenn ich als Privatmann aus meiner Cassa 10.000 fl. herausnehme und kaufe dafür ein Haus, so hat sich mein Vermögen nicht vermindert, es hat sich aber auch nicht vermehrt. Wenn ich aber aus meinen laufenden Einnahmen und Ausgaben mir ein Haus kaufe, dann bin ich effectiv um diese 10.000 fl. reicher geworden. Als solche Ausgaben sind zu betrachten alle jene

Bauten, welche die Gemeinde für Zwecke des öffentlichen Dienstes ausführt, und zwar hat die Gemeinde ausgegeben: 1,032.900 fl. für Schulbauten, 209.000 fl. für Amtshäuser, 39.600 fl. für andere Realitäten, Käufe und Bauten, 1,852.000 fl. für die Wasserleitung. Wenn Sie das summieren, so finden Sie, daß das schon 3,134.000 fl. beträgt. Hiezu kommt noch die Schuldentilgung. Dadurch, daß die Schulden bezahlt sind, ist der Stand des Gemeindevermögens als ein um 1,600.000 fl. günstiger zu betrachten. Ziehen Sie den Saldo, so finden Sie, daß sich das Vermögen der Gemeinde um 598.000 fl. vermehrt hat. Ich komme zu demselben Schlusse, den auch der geehrte Herr Referent in seinen Zusammenstellungen Ihnen vorgelegt hat. Wir können also, trotzdem im ganzen genommen eine Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben vorliegt, den Rechnungsabschluss als einen im ganzen günstigen betrachten.

Vor allem möchte ich aber noch eines hervorheben. Die Arbeit, welche hier vorliegt, ist eine geradezu mustergiltige. Auf 1400 Seiten wird Ihnen hier ein Bild der Gemeindeverwaltung entworfen, welches mit einer Gründlichkeit gearbeitet ist, daß der Rechnungsabschluss als mustergiltige Arbeit für die Verwaltung anderer Städte dienen kann und thatsächlich dient. (Zustimmung rechts. — Ruf links: Das bestrittet niemand!) Wenn eine Verzögerung von ein paar Monaten damit verbunden ist, so ist das mit dieser Arbeit, die hier vorliegt, im vollsten Maße gerechtfertigt.

Ich bitte daher, den Anträgen des Herrn Referenten und der Commission Ihre Billigung zu geben. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Wärtl: Ich stimme meinem Herrn Vorsprecher zu, wenn er sagt, daß der Rechnungsabschluss pro 1893 günstiger ist. Was aber die Vermögensvermehrung anbelangt, was auch der Herr Vorsprecher angezogen hat, so bin ich nicht derselben Anschauung, sondern möchte da die Zukunft abwarten. Es wäre wünschenswert, daß wirklich das Vermögen der Commune sich vermehre und nicht vermindere. Allein, da kommen Auslagen durchs Jahr vor, die enorm sind und die, wenn der Stadtrath halbwegs Zeit hätte, vermindert oder vermieden werden könnten. Sehen Sie es wurde auch darauf hingewiesen bei Posten, die absolut nicht weniger werden, sondern im Gegentheile mehr, und dies sind sehr viele. Jetzt sind 80.000 fl. präliminiert für Lehrmittel für arme Schulkinder. Nun, es wurden auch 48.000 bis 50.000 fl. ausgegeben, als nur zehn Bezirke waren, und als dann neunzehn Bezirke wurden, sind diese Auslagen auch höher geworden. Sie haben sich jetzt von 80.000 fl. auf 100.000 fl. vermehrt. Das ist erklärlich, es sind einige Bezirke dazugekommen, die mehr arme Kinder haben als die vermögenden oder mittelvermögenden. Da braucht man um soviel mehr und da können Sie thun, was Sie wollen, und Strenge einführen, den Armenrath und Bezirksausschuß beauftragen — die Ausgaben werden immer mehr und mehr steigen. Die Armut wird nicht weniger, sondern im Gegentheile mehr. Man hat sich auch gewundert, daß die Commissionsgebühren-Commission nichts gethan hat, sie ist gewählt worden und kommt nicht vom Flecke. Mich wundert das gar nicht. Es werden oft Vorlagen im letzten Augenblicke gemacht. Da ist die Commission für Verkehrsanlagen, heute haben wir Sitzung, morgen oder übermorgen ist die Commission, und der Gemeinderath muß erst diesbezügliche Beschlüsse fassen. Diese Zustände sind ganz erklärlich. Von 120 Mitgliedern des früheren Gemeinderathes haben mindestens 40 bis 50 wirklich in Commissionen und Sectionen gearbeitet. Heute ist der Stadtrath 22 Mitglieder stark. 22 Herren

sollen das bewältigen und rechtzeitig bewältigen. Überdies ist Wien auch größer geworden, es sind neunzehn Bezirke entstanden.

Es ist ganz richtig, oft ist die nöthige Zeit nicht vorhanden und ich spreche das heute nicht zum erstenmale aus. Man kommt zur Sitzung und sieht eine Vorlage, über die beschlossen werden muß, und ob die Commune dann um die Erfahrung reicher sein wird, recht gethan zu haben, das läßt sich in einer Viertelstunde nicht übersehen. Der Herr Sprecher aus dem VIII. Bezirke hat die Regelung der Commissionsgebühren verlangt und gleich darauf stellte er einen Antrag, von dem er doch von vornherein wissen und bei dem jeder der Herren das Gefühl haben mußte, daß die Assentierungs-Commission, wenn es nach dem Herrn gieng, sofort eine riesige Summe verschlingen würde. Er möchte auch für die Gemeinderäthe Gebühren haben, vielleicht 5 oder 10 fl. pro Tag. Nun wird es jedem freigestellt, sich dieser mühevollen Aufgabe zu unterziehen und sich eventuell zwei- bis dreimal in der Woche einschreiben zu lassen. Das wäre wieder etwas neues und davor warne ich Sie. (Rufe rechts: Statutwidrig!) Sogar statutwidrig wäre es. Der Herr ist Beamter und man hat ihm schon von allen Seiten zugerufen, die Sache fallen zu lassen, aber er besteht darauf, daß Gebühren für die Gemeinderäthe bestimmt werden. Die Budget-Commission war so vorsichtig und wollte die Post herabmindern, weil sie von Jahr zu Jahr größer wird. Dieser Herr möchte noch Gebühren dazu haben.

Das Wort habe ich mir hauptsächlich wegen Gruppe I „Verwaltung im allgemeinen“ erbeten, und zwar wegen des Amtsblattes. Es wurde schon im Jahre 1894 und bei der Budgetberathung darauf hingewiesen, daß das Amtsblatt viel besser prosperieren könnte, wenn nicht, wie es wenigstens im Anfange war, nur am 1. oder 15. abonniert werden könnte, während bis dahin jetzt jeder, der zum Beispiel am 3., 10. oder 18. kam, zurückgewiesen wurde. Es wurde auch ein Antrag in der Budget-Commission gestellt, daß Abonnements mit jedem Tage und jedem Datum angenommen werden sollten, und das muß auch sein. Wie ist es denn bei den anderen Zeitungen?

Ich erlaube mir also die Anfrage an den Herrn Referenten, ob das heute anders ist, sonst würde ich mir den Antrag zu stellen erlauben, daß Abonnements mit jedem Tage und jedem Datum angenommen werden. Denn jetzt verscheucht man die Abonnenten. Ich bin im übrigen mit dem Antrage des Herrn Referenten und der Budget-Commission einverstanden, empfehle Ihnen aber, wenn dieser Usus noch nicht bestehen sollte, meinen Antrag zur Annahme.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Meine Herren! Wenn ich gegen den Hauptrechnungsabschluss spreche, so geschieht es darum, weil wir uns unserer Stellung bewußt sind. Es wurde uns vom Herrn Bürgermeister der Vorwurf gemacht, daß wir in die Commission nicht eingetreten sind, aber es wurde wohlweislich verschwiegen, warum wir nicht eingetreten sind. Wir sind nicht eingetreten, weil man uns nicht die Zusicherung gegeben hat, auch künftig ein Drittel von uns (links) in die anderen Commissionen zu wählen, und weil man uns nicht die Zusicherung betreffs der Stadtrathsstellen gegeben hat, die für eine Minorität von 46 gewiß von großem Interesse sind.

Meine Herren, wenn Sie sagen, wir hätten so viel Pflichtgefühl haben sollen, so muß ich Ihnen auch sagen, daß Sie so viel Pflichtgefühl haben sollten, daß Sie eine Minorität von 46 Gemeinderäthen nicht, wie bisher, übergehen soll'en. Es geht

nicht an, daß Sie nur Ihre Parteigenossen im Stadtrathe haben. Mit Hilfe mehrerer Herren von jener Seite wurde nun unser College *E u e g e r* hineingewählt. Ich habe Ihnen kürzlich einen Fall erzählt, wie es oft ausschaut mit den sogenannten Geheimnissen des Stadtrathes, und es werden sich gewiß derlei Geheimnisse vielleicht öfter wiederholen, wenn unser geehrter Herr College Dr. *E u e g e r* nicht darin ist. In dieser Beziehung können Sie uns nicht sagen, Ihr müßt Vertrauen haben. Wir haben leider kein Vertrauen, wir können ein solches nicht entgegenbringen, weil Sie uns das, was unserer Drittel-Minorität gebührt, nicht geben. Es bürgt uns niemand dafür, daß diese Geheimthuerei im Stadtrathe nicht vorhanden ist.

Die betreffenden Commissionen hätten, als sie schließlich fertig geworden sind — ich habe voriges Jahr auch einer solchen angehört — freilich, wie der Herr College *W ü n s c h* sagt, ausgezeichnetes geleistet. Das ist richtig. Es waren aber bedeutend mehr Sitzungen. Es war mehr Klarheit in der ganzen Sache. Aber die Herren waren unter sich, da wird man natürlich schnell fertig; dann kommt die Sache vor das Plenum, wo Ja und Amen gesagt wird. Voriges Jahr sind seitens des Prüfungsausschusses verschiedene Anregungen gemacht worden, von denen bis heute, wie ich sehe, auch nichts durchgeführt ist. So ist es bei den Anträgen bezüglich der Stiftungen und Fonde, wo der Magistrat Erhebungen zu pflegen hatte. Bis heute kam keine Vorlage. So ist es auch bei der Einführung der eigenen Regie in den Versorgungshäusern. Bis heute haben wir nichts davon gehört. Die *Traiteurs* müßten sich, die armen Leute bekommen nichts, und wir zahlen fleißig drauf. So ist die Wirtschaft. Wenn Sie sagen, die Buchhaltung ist überlastet, warum zaudern Sie so lange und bandeln, wenn ich so sagen darf, so lange an dem Statut für die Bezirksausschüsse herum, welches umgearbeitet werden soll? Ebenso nothwendig wäre, daß vielleicht manches andere fertig geworden wäre. Da hört man aber nichts, man hat nicht den Fleiß und auch nicht den Muth dazu. Nur wenn eine Stadtrathswahl ist, so wird selbst der Unzufriedenste wieder zufrieden, wenn er ein Stadtrathsmandat erhaschen kann.

Das sind lauter Dinge, die absolut geändert werden müssen und bei deren Nichtvorhandensein viele hunderttausend Gulden erspart würden. Es wäre bei den Bezirksausschüssen gewiß keine solche Hin- und Herschreiberei, wenn Sie dem Bezirksvorstand einen etwas größeren Wirkungskreis einräumen würden. Wenn derselbe etwas im Werte von 4 bis 5 fl. anschafft, so muß er zuerst an das Bauamt, dann an die Buchhaltung u. s. w. schreiben, und auch der Stadtrath muß sein Ja und Amen dazu sagen. Das sind Verhältnisse, die so rasch als möglich geändert werden müssen. Jetzt sitzen wir schon, ich weiß nicht wie lange, ich glaube, im März werden es vier Jahre, noch immer bequem, und man sieht nicht, daß die Übelstände abgeschafft werden. Ich muß auch auf die Worte des Herrn Bürgermeisters zurückkommen, der sagt, die Herren drüben riskieren ihre Stellung, die Stadträthe und der Bürgermeister. Meine Herren! Von einem Liberalen, der seine Stellung riskiert, habe ich noch nichts gehört; aber von den Antisemiten, als sie sich getraut haben, offen zu sagen, sie sind Antisemiten, hat mancher seine Stellung, sein Geschäft eingebüßt und ist zugrunde gegangen, weil die Juden und die Liberalen, welche miteinander zusammenhängen, darauf hinarbeiten, einen Menschen, der sich äußert, daß er Antisemit ist, herunterzubringen. Es ist also nicht richtig, was der Herr Bürgermeister gesagt hat, daß die Herren auf jener

Seite, wenn sie sich als Liberale bekennen, ihre Stellung riskieren, wohl aber ist dies bei den Antisemiten der Fall. Wenn einer von den Herren drüben sagt, er ist fortschrittlich, riskiert er damit gar nichts, denn alle die Herren von seiner Partei halten ja zusammen und helfen ihm.

Meine Herren! Auch dem Herrn Bürgermeister hat es beliebt, zu sagen: die Opposition ist an allem schuld. Wenn etwas nicht so ausfällt, wie es sein soll, so ist die Opposition daran schuld; wenn mehr ausgegeben wird, als vorgeschrieben ist, ist die Opposition daran schuld, kurz, an allem ist nur die Opposition schuld. Dann betreiben einige auch noch Juristerei. Das ist gar etwas, wenn sich einer unter die Advocaten mischt und will auf ja und nein ein Jurist sein. Ich sage aber, es ist nur ein Unglück für Oesterreich, daß so viele Juristen da sind; das ist ganz richtig, wären weniger Juristen, möchte manches nicht in Oesterreich geschehen.

Nun, meine Herren, will ich auch dem Herrn Kollegen *W ü n s c h* einiges erwidern. Er hat gesagt, das Vermögen der Commune Wien hat sich vermehrt! Ja natürlich, wenn man mit dem Tascherl ausgeht und sammelt ab und nimmt Grundstücke und Besitzthümer der ehemaligen Vororte, die sie langsam und mühselig zusammengepart haben, wenn man das alles zusammennimmt, dann ist es natürlich, daß sich das Vermögen vermehrt; aber durch die Wirtschaft der ehemaligen Commune Wien hat sich das Vermögen nur verringert, aber nicht vermehrt. Vermehrt kann es sich nur durch die Einbeziehung der Vororte haben, wofür wir uns auch jede Minute bestens bedanken. Was das Wasser betrifft, so wissen Sie ja, daß wir es uns auch sehr theuer bezahlen.

Ich will auf das eigentliche übergehen. Der Rechnungsabschluß weist verschiedene Mängel auf, insofern, daß viel gebraucht und das Richtige nicht geleistet wird. So muß ich auf etwas kommen und das ist die Post „Amtsblatt“ mit 20.000 fl. Kosten. Meine Herren, wenn Sie das Amtsblatt in die Hand nehmen, so werden Sie erst 8 bis 14 Tage darauf die Berichte über den Stadtrath sehen. Jeder Offerent, der willens ist, bei der Commune Wien zu offerieren, nimmt sich nicht mehr das Amtsblatt, weil es zu spät kommt, er nimmt sich die „Communale Correspondenz“. Diese erscheint jede Woche zweimal und er kann sich verlassen, daß alles drinnen steht. 20.000 fl. geben wir aus und bekommen die Stadtrathsberichte 8 bis 14 Tage später. Diese informieren den Gemeinderath einerseits schlecht, andererseits können sich die Offerenten auf das Blatt nicht verlassen. Ein Journal, das 20.000 fl. kostet, ist etwas theuer.

Weil ich schon beim Amtsblatte bin, möchte ich das libbische Präsidium ersuchen, wenigstens die Hälfte der Stenographen aus Christen bestehen zu lassen. Wir sind bisher noch ein katholischer Staat und haben daher auch das Recht, daß ein Herr von der Partei drüben und einer von uns, nicht ein Antisemit, sondern ein Christ dort sitzt; dann werden die stenographischen Berichte etwas richtiger werden. (Rufe links: So ist es! — Gem. Rath *E i g n e r*: Die Reden werden verstümmelt!) Dann wird nicht hie und da hinausgegangen werden, daß man, wie man sagt, etwas schleifen kann. Ja, ja so ist es. In der Sache ist es sehr nothwendig, daß etwas geschieht.

Meine Herren! Es ist wiederholt auch die Reise nach Innsbruck besprochen worden. (Gem. Rath *F r a u e n b e r g e r*: Aber fangen Sie die Geschichte nicht wieder an!) Ich sage nur das eine, es sind lauter bedeutende Männer mitgefahren,

Capitalisten — ich möchte mich wirklich schämen, wenn ich als Repräsentant der Commune Wien hinfahre, auf das Conto der Commune Wien zu essen und zu trinken. Das überlasse ich den Herren, ob sie so feinfühlig sind. Wenn es ganz arme Leute sind, dann sage ich noch: gut, eßt und trinkt Euch an auf Kosten der Commune Wien — aber lauter solche Capitalisten, das machen Sie mit sich selbst aus. Übrigens sind Stadträthe und der Bürgermeister dabei gewesen, die haben also doppelten Gehalt gehabt.

Ein sehr wichtiger Punkt ist auch — und das kann man bei der Generaldebatte nicht unberührt lassen — der immense Steuerdruck seit der Einbeziehung, ein Steuerdruck, wie er noch nicht dagewesen ist. Der Bezirksausschuß ist bei den Erhebungen heute die Null, und nur der Marktcommissär hat das Recht, zu dictieren, und wenn der jemanden findet, der auch nur einen oder zwei Gefellen hat, so kommt er ihm unter 31 fl. nicht aus. Meine Herren, das ist auch ein Capital, und wenn er nicht heute am 15. Jänner schon seine Steuer zahlt, so bekommt er 14 Tage darnach die Executionseinlage-Vollette, dann kann er also noch mehr zahlen, und wehe dem, der da säumig ist, dem nimmt man noch den letzten Kasten und letzten Tisch weg. Was ist aber die Ursache, wenn die Steuern besser einlaufen? Weil die Leute so jeffiert werden, daß sie ihr letztes verkaufen, um nur die Steuern zahlen zu können. Da ist ein Fall vorgekommen, daß man einem ganz armen Uhrmacher, der 80 fl. Steuer schuldig war, für Reparaturen solange Abzüge gemacht hat, bis die Steuer gezahlt war, dann hat man ihm die Uhren nicht mehr hingegeben. Wir geben uns immer her als Behörde mit übertragenem Wirkungskreise, um das Volk nur noch mehr zu pressen. Wenn so fortgefahren wird, so kann ich das nur eine echt liberale Wirtschaft nennen.

Es ist zu bedauern, daß Sie für die Unterdrückten kein Wort finden und daß Sie noch sagen, es sind roßige Zustände.

Dadurch, daß Sie so hinausrufen: „Es sind roßige Zustände!“ glaubt die hohe Steuerbehörde, daß sie noch mehr drücken kann und daß noch mehr Erlässe herausgegeben werden dürfen, um die Leute noch fester zu drücken.

Das wissen wir ja, daß ein Recurs, und wenn er auch vom Teufel unterschrieben wird, bei der Steuerbehörde nichts nützt, und wenn man sich auf alles mögliche bezieht, wenn der ganze Bezirksausschuß die Angaben des Gesuchtes bekräftigt, das nützt alles nichts. Wer einmal hinauf ist, der kommt nicht hinunter.

So ein armer Maronibrater zahlt zum Beispiel die geringste Steuer; er muß aber alljährlich bei 3 fl. Commissionsgebühr zahlen, der arme „Kästenbrater“, der drei Monate dort steht. Das sieht wohl kleinlich aus bei einem Millionenbudget, aber das summiert sich zusammen und das bietet den Anlaß, daß man mit einer solchen Wirtschaft gewiß nicht einverstanden sein kann. So ist es ja mit allen Gewerbsleuten. Der Steuerdruck ist immens, und ich erhoffe es auch von der Regierung, die heute am Ruder ist, nicht, daß sie ein wenig nachläßt; sie hat ja allerhand Bedürfnisse und Neuerungen, wie sie aber das Volk sättigen soll, darüber zerbricht sie sich nicht den Kopf.

Ein anderer Übelstand herrscht noch im Bauamte. Da gibt es Leute, die nicht beeidet sind — das sind die Bauaufseher — die zehn bis fünfzehn Jahre im Taglohne sind. Wenn es Ihnen heute nicht paßt, so werden sie morgen entlassen. Denkt man denn noch nicht daran, endlich einen Modus zu finden, daß diese Leute, denen man unsere Häuser anvertraut, die mit den Geschäftsleuten

anzuschaffen haben, zu Beamten werden und nicht gewöhnliche Tagwerker bleiben. Die Bauaufseher müssen auch revidieren u., kurz Arbeiten verrichten, die eigentlich nur beeidete Beamte leisten müssen. Ist das nicht reformbedürftig? Sollte man unter diese Posten nicht auch eine Post mit ganz kleinen Ziffern hineinnehmen, um diese Leute, die ja schon zehn bis fünfzehn Jahre im Dienste der Commune stehen, in eine Kategorie einzuschalten? Kann man sie denn dann nicht besser zur Verantwortung ziehen, wenn man ihnen die Zukunft sichert, als wenn sie nur gewöhnliche Tagelöhner sind? Ich könnte Ihnen noch verschiedenes erzählen. Ebenso ist es auch mit der eigenen Regie in den Versorgungshäusern. Im Versorgungshause in Hbbs sind zwei Herde schadhast. Glauben Sie, daß diese gemacht werden, damit sich doch die armen Leute den Kaffee kochen können? Millionen werden ausgegeben, aber um die Armen in den Versorgungshäusern schaut sich kein Teufel um; wer einmal in Hbbs oder Mauerbach ist, kann Hunger leiden. Ein fernerer Übelstand ist der, daß, wenn einer auf einen Tag auf Urlaub gehen will, er ihn nicht bekommt, sondern er muß fünf Tage nehmen, und dafür wird ihm das Kostgeld abgezogen. (Gem.-Rath Jedlička: Wenn ein Stadtrath auf Urlaub geht, so bekommt er kein Geld!)

In den Versorgungshäusern sitzt mancher, der einst bessere Tage gesehen, der einst seine Zeit in Vertretungskörpern fürs öffentliche Leben hergegeben hat, es gibt nur wenige Leute, welche das Glück haben, reich zu sterben. Was mit diesen Leuten geschieht, darum bekümmert sich der Stadtrath nicht; möglich, daß die neue Commission besser dafür sorgen wird. (Heiterkeit.) Aber die Commission möge unangemeldet hinfahren und uns nicht etwa eine Menge Reisespesen hinaufdividieren, die vielleicht auch noch draußen abgezogen werden.

Ich will Sie nicht lange aufhalten und eile zum Schlusse. Ich habe Ihnen in kurzem gesagt, warum wir nicht in die Commission hineingegangen sind, und warum wir Ihr Anerbieten nicht angenommen haben. Wenn Sie so fortfahren, wenn Sie uns aus dem Bezirksrath, dem Stadtrath und allen jenen Körperschaften, auf welche wir auch Einfluß verlangen, ausschließen, dann können Sie nicht von uns verlangen, daß wir Ihnen mit Vertrauen entgegenkommen.

Übrigens will ich nur zum Schlusse sagen: der Herr Bürgermeister hat nicht schön gehandelt an dem Collegen Steiner (Gem.-Rath Steiner: Ich danke schön, ich werde das schon selber sagen!); er sagte, er habe eine Candidatenrede gehalten. Es soll der Herr Bürgermeister nur wagen und auf die Landstraße hinausgehen und eine Candidatenrede dort halten. Aber ich glaube, er hat genug von der Landtagswahl. (Beifall links.)

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Der Herr Bürgermeister hat sich seine Sache sehr leicht gemacht, er ist sehr jovial und heiter gewesen. Ich glaube, der Herr Bürgermeister ist einer der wenigen, welcher ja die Berechtigung hat, seit der Einverleibung gut aufgelegt zu sein, weil er ja in einer socialen Stellung ist, die seine Lage möglichst angenehm macht.

Der geehrte Herr Bürgermeister hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Stadträthe, welche gewählt sind, ihre Existenz aufs Spiel setzen. Ja, meine Herren, wer zwingt denn die Stadträthe, das zu werden, wenn die Stellung in Bezug auf die Existenz so gefährlich ist? Ich erinnere mich nur, daß, als Dr. Prix bei Constituierung des Stadtrathes die Herren der Majorität eingeladen hat und bei dieser Versammlung 84 anwesend waren, bei

der Probewahl 74 sich gemeldet haben, welche alle Stadträthe werden wollten. Also die Sache muß nicht so gefährlich sein. Ich erinnere mich, daß, wenn mehrere Mandate im Stadtrathe zu vergeben sind, es immer Unzufriedene gibt und immer neue Parteigruppierungen entstehen.

Wenn die Wahlen vorüber sind, sind die Herren der Majorität ganz zufrieden. Also die Gefährlichkeit einer Existenz scheint nicht gar so groß zu sein.

Der Herr Bürgermeister hat auch erklärt, er weise es entschieden zurück, daß der Stadtrath nicht ganz normal, richtig und pflichtgemäß arbeitet. Erlauben Sie mir, Herr Bürgermeister, einen Beschluß des Stadtrathes zu citieren, und ich muß das immer schwarz auf weiß mithaben; ich habe es schwarz auf weiß mitgehabt, und die Herren Advocaten haben gesagt, nein, das ist so. Denn mit dem klaren Rechtsbewußtsein der Herren Advocaten, wenn sie in das praktische Leben hinaustreten, schaut es etwas happerig aus. Erlauben mir Herr Bürgermeister zu fragen, was mit diesem Gelde geschehen ist? Es hat es bereits der Herr Landtagsabgeordnete Gregorig citiert, unter Zahl 4832 in der Sitzung vom 21. Juni 1894 ist folgender Beschluß zu finden: „Über Ansuchen des V. österreichischen Weinbaucongresses im Jahre 1894 in Wien um Gewährung eines Betrages zur Vertheilung von Preisen wird beantragt, die Bewilligung eines Betrages von 50 Ducaten zu diesem Zwecke und die Überweisung dieser Auslage auf den Reservefond.“

Herr Bürgermeister, das ist abermals eine Gesetzesverletzung nach § 52. Nachdem der Herr Bürgermeister erklärt hat, daß keine Gesetzesverletzungen vorkommen, so erkläre ich nochmals, daß durch die Erstattung des Rechenschaftsberichtes das Gesetz vom 19. December 1890 im § 52 verletzt ist. Eine Umgehung, eine andere Auseinanderlegung ist nicht möglich.

Herr Bürgermeister! Diese 50 Ducaten sind nicht verwendet worden. Hier habe ich den stenographischen Bericht des österr. Weinbaucongresses — weil ich den auch zugesendet bekommen habe — kein Kreuzer ist zur Vertheilung von Preisen verwendet worden. Es ist auch richtig, es kann bei einem Congresse nichts verwendet werden, und wenn Herr Graf Gatterburg im n.-ö. Landtage sagt, daß er nicht weiß, wem die Preise gewidmet werden sollen, so bin ich vollkommen überzeugt, er hätte einen Preis nicht bekommen für seine Thätigkeit als Landescultur-Referent. Aber vielleicht ist der Herr Gem.-Rath Herold in der Lage, Aufschluß zu geben, weil er sich heute bezüglich der Innsbrucker Reise so echauffiert hat. Laut Gemeinderaths-Beschluß vom 16. Februar 1894 ist der Bürgermeister ermächtigt worden, einen Delegierten zu diesem Congresse zu nominieren, und der Herr Bürgermeister hat, scheint es, den Vock zum Gärtner gemacht und hat auf den Weinbaucongress einen Wirt hingeschickt. Ich bin der Meinung, daß, wenn von Seite der Gemeinde Wien zu einem sich mit einer rein wirtschaftlichen Frage befassenden Congresse ein Delegierter geschickt wird, so muß derselbe die nöthigen Fachkenntnisse besitzen. Er muß hinausgehen unter die Wählerschaft von Wien und muß bekanntgeben, welche Beschlüsse gefaßt worden sind, in Bezug auf die Phyloxera und Peronospora, in Bezug auf die Erleichterung bei der Erlangung unverzinslicher Darlehen, in Bezug auf Steuererleichterungen und dergleichen. Das, Herr College, verstehe ich unter der Aufgabe eines Delegierten. Wenn ich dort bin, so lege ich meinen Bericht entweder in Form einer Broschüre vor, oder ich gehe hinaus und theile es meinen Mitbürgern mit.

Ich würde in Zukunft bitten, wenn der Herr Bürgermeister einen Delegierten wohin zu schicken hat, jemanden zu schicken, der die Sache versteht. Es ist freilich leichter, als Bürgermeister den Saatenmarkt zu eröffnen und zu begrüßen, als den Weinbaucongress, wo Arbeiter versammelt sind, wogegen auf dem Saatenmarkte Kornwucherer und Ausbeuter versammelt sind. (Zustimmung links.) Der Herr Bürgermeister — er ist Jurist und ich nehme es ihm nicht übel — hat gesagt, ich möge mich nicht so in die Juristerei einlassen. Nein! Ich will kein Jurist sein. Denn die Juristen stehen heute bei der Bevölkerung mit Rücksicht auf ihre Thätigkeit in den parlamentarischen Körperschaften in keinem großen Ansehen.

Wenn Herr College Wünsch bemerkt hat, daß man in der Generaldebatte Kleinigkeiten hervorgehoben hat, so habe ich einerseits erklärt, daß ich mich auf die Specialdebatte verlasse, und andererseits schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Collegen Grünbeck an. Solange Advocaten, Professoren und Aristokraten — das habe ich schon einmal gesagt — in einem Vertretungskörper das große Wort führen, war es für uns schlecht. Jetzt kommen die Gewerbetreibenden und Landwirtschaftstreibenden an die Reihe und, meine Herren, bei der nächsten Wahl werden wir sehen, wer reussiert. Wir werden die Beschlüsse der Gewerbetage, der Beamtentage, der Bauerntage zur Geltung bringen.

Der Herr Bürgermeister hat weiters gemeint, wir hätten in die Commission hineingehen sollen. Ja, Herr Bürgermeister, warum haben Sie denn uns das Mandat nicht übertragen, respective die Mandate im Landeschulrath mit Rücksicht auf unsere numerische Stärke? Warum haben Sie uns die Mandate in den Bezirksschulrath nicht übertragen? Wir sind ganz genau darüber informiert, was im Bezirksschulrath geschieht, und darum dürfen wir nicht hinein. Wir wissen sehr gut, daß Verletzungen von Lehrern ohne Collegial-Behandlung vorgenommen werden. Wir wissen auch sehr gut, daß im Bezirksschulrath Disciplinaruntersuchungen gegen Lehrer jahrelang liegen bleiben, daß Lehrer oft nach einem halben oder drei Vierteljahre erst davon verständigt werden, daß gegen sie eine Disciplinaruntersuchung läuft. Wir wissen aber auch, wie von gewisser Seite heute schon die Schuldirektoren präpariert und zum Beispiel zu Oberlehrer-Conferenzen eingeladen werden. Wir wissen heute das alles und seien Sie überzeugt, wir werden auch die nöthigen Schlüsse bei der Wahl des 2. Wahlkörpers daraus ziehen.

Wenn der Herr Bürgermeister gelegentlich der Debatte über die Systemisierung von Beamten erwähnte, wir sollen nicht immer den alten Schimmel der Einverleibung der Vororte mit Wien reiten, nein, den lendenlahmen Gaul des Liberalismus und der Einverleibung überlassen wir der liberalen Partei. Wir werden uns einen Stepper nehmen, 17 Faust hoch, und im Sturme Ihre Position angreifen, dann werden Sie sehen, Herr Bürgermeister, wie das geht!

Der Herr Bürgermeister hat weiters gesagt, ich hätte eine Candidatenrede gehalten. Nun, ich bin ja gewählt, und wenn Sie, Herr Bürgermeister, mit mir anbinden wollen — in zwei Jahren im XIX. Bezirke — soll es mir ein Vergnügen sein. Wir werden ja sehen, wer den kürzeren zieht. Ich bin ja in der Lage, Candidatenreden zu halten. Wie ist es aber bei Ihnen, Herr Bürgermeister? Wenn Sie eine Candidatenrede halten wollen, müssen vor der Thüre 20 Ordner stehen und genau achtgeben, daß niemand in den Saal kommt, der opponiert: 20 Journalisten und 30 Zuhörer,

so sehen Ihre Versammlungen aus, wo Sie, hochverehrter Herr Bürgermeister, Ihre Candidatenrede halten werden. Wenn ich aber auf der Landstraße candidiere, so ist alles frank und frei. Jeder kann hören, was ich sage, denn ich habe gar keine Angst.

Weiters hat der Herr Bürgermeister bezüglich des wasserrechtlichen Verfahrens, welches ich erwähnte, gesprochen und die Geschichte sofort auf die Krottenbachewölbung hinüberescamotiert.

Es ist zweifellos, daß hier ein wasserrechtliches Verfahren platzgreifen muß (Auf links: Das ist liberal! Das ist advocatisch!), aber ich habe von dem wasserrechtlichen Verfahren bei der Nutzwasserleitung in Sievering gesprochen und nicht vom Krottenbach! (Rufe: Da ist es auch gesetzlich!) Das verstehe ich nicht; die Quelle gehört uns, der Berg, die Straße gehört uns, wir nehmen niemandem das Wasser weg, sondern das Wasser, welches wir nehmen, ist unser Eigentum.

Ich sage nur noch eines; der Herr Bürgermeister kann so lustig sein, wie er will, es wird eine Zeit kommen, wo er vielleicht ernster sein wird. Er war ja von jeher humoristisch, wenn er in die Debatte eingegriffen hat, selbst damals schon, als er noch dort saß, wo jetzt College Eigner sitzt. Wie lange wird das aber dauern?

Das Budget ist jedes Jahr in so oberflächlicher Weise behandelt worden, wie es wahrscheinlich auch heuer behandelt werden wird. Ich erinnere Sie nur, wie drei bis vier Nachsitzen waren, wie draußen das Buffet aufgestellt war, wie man über die wichtigsten Fragen, ohne daß der Gemeinderath beschlußfähig war, beschlossen hat. Ich erinnere Sie, daß dies nicht der Würde des Gemeinderathes entspricht, Herr Bürgermeister! Nach der Ansicht des Herrn Bürgermeisters entspricht es der Würde des Gemeinderathes, wenn man ruhig ist, Ja und Amen sagt; denn es wird jetzt in den Wählerversammlungen und insbesondere von Herrn Dr. Zimmermann auf der Landstraße gesagt, wir machen Scandal, wir hindern jede geschäftliche Thätigkeit. Nun, Herr Dr. Zimmermann hat schon ein paarmal hier geschlafen und ich habe ihn aufgeweckt. (Heiterkeit.) Da macht er freilich keinen Scandal. (Erneuerte Heiterkeit.) Wenn man aber in so rückhaltsloser Weise angegriffen wird — es ist richtig, wenn hinübergeschossen wird, muß man auch das Herüberschießen vertragen — wenn Sie, Herr Bürgermeister, Ihre Macht und die Präsidialgewalt mit Rücksicht auf die bekannte brutale Gewalt der Majorität so ausnützen und in solchem Tone gegenüber einem Manne der Opposition sprechen, dann werde ich es zur Kenntnis nehmen und bei passender Gelegenheit werde ich in analoger Weise antworten. (Lebhafter Beifall links.)

Gem.-Rath Strobach: Ich werde mich sehr kurz fassen; ich möchte darauf zurückkommen, daß wiederholt gesagt wurde, College Steiner habe in sehr leichtfertiger Weise über die Arbeit der Budget-Commission geurtheilt. Nun, meine Herren, ist es eine Thatsache, daß im Vorjahre sechs Sitzungen waren und die ganze Angelegenheit durchgepeitscht wurde und heuer waren nur zwei Sitzungen. Wie flüchtig gearbeitet wurde, mag daraus hervorgehen, daß uns zum Berichte noch ein nachträglicher Bericht am vorigen Freitag zugesandt wurde, der nur um 2 Millionen nicht gestimmt hat. (Heiterkeit links.) Heute ist freilich wieder ein anderer Bericht eingesandt worden. Da sind die Herren doch daraufgekommen und haben den Fehler richtiggestellt. Das muß mir doch jeder zugestehen, daß, wenn es sich um diese Kleinigkeit von 2 Millionen handelt, der Irrthum doch eine gewisse Leichtfertigkeit verräth. Ich

will auf das nähere nicht eingehen, sondern nur noch das eine bemerken, daß, wenn der Rechnungsabchluß günstig aussieht, dies nur daran liegt, daß um 2,306.272 fl. mehr eingenommen wurde wie präliminiert war, und daß um 1,762.231 fl. weniger ausgegeben wurde, als präliminiert war. Und trotzdem ist der Cassabestand um 1,227.703 fl. gesunken, und wenn wir noch zwei derartige Jahre haben, so brauchen wir gar nicht die Steuerreform abzuwarten, und wir stehen vor einem Deficit. Das kann niemand bemängeln. Anträge zu stellen, behalte ich mir für die Specialdebatte vor.

Ich komme nur auf einige Äußerungen des verehrten Herrn Bürgermeisters zurück. Der Herr Bürgermeister hat gesagt, den Herrn Kollegen Steiner habe niemand unterbrochen. Das ist thatsächlich unrichtig. Der ganze Gemeinderath war Zeuge, wie auf der anderen (rechten) Seite Unterbrechungen vorgekommen sind, und besonders hat sich Herr Gem.-Rath Herold in dieser Richtung hervorgethan. Es hat der Herr Bürgermeister heute sehr viel über Anstand und Würde gesprochen. Ich halte das auch nicht der Würde des Herrn Bürgermeisters entsprechend, wenn er eine vor einer Viertelstunde stattgefundene Thatsache im Handumdrehen ändern will. Ich will nur noch bemerken, daß der Ton, den der Herr Bürgermeister uns gegenüber heute angeschlagen hat, geradezu herausfordernd war. Dieser Ton stimmt durchaus nicht mit dem, was er in seiner Antrittsrede gesagt hat, in der er ausdrücklich erklärte, daß er trachten werde, objectiv zu sein. Durch diesen Ton hat er die Opposition, welche ohnehin in einer gereizten Stimmung ist — und zwar mit Recht — nur noch mehr gereizt, und er hat es nur unserer Gutmüthigkeit zu danken, wenn wir das nicht energischer zurückgewiesen haben, als es geschehen ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Generaldebatte ist geschlossen.

Referent (zum Schlußworte): Ein besseres Lob für die Finanzverwaltung, als es die heutige Generaldebatte gezeigt hat, ist wohl kaum möglich. Bei einem Budget von 40 Millionen, bei einem Rechnungsabchluß, welcher bei 15.000 einzelne Posten enthält und 733 Seiten umfaßt, die eng mit Zahlen beschrieben sind, haben die Herren gehört, welche Einwendungen in der Generaldebatte gemacht worden sind. Es hat schon Herr College Wünsch gesagt, daß dieselben höchst unbedeutende, fast nichtige Sachen betreffen. Es hat auch der geehrte Herr Bürgermeister zum großen Theile schon diejenigen Einwendungen widerlegt, welche von Seite des ersten Herrn Redners gemacht worden sind, es bleibt mir also verhältnismäßig wenig übrig.

Zunächst hat der Herr College Steiner den Commissionsmitgliedern die gute Lehre gegeben, was sie in der Commission hätten thun sollen, und daß sie den Rechnungsabchluß eifriger, fleißiger und nicht so oberflächlich hätten studieren sollen. Nun scheint es mir, daß — was immer die Commission gemacht hat — sie noch immer mehr geleistet hat, als die Herren, die gar nicht hingegangen sind (Sehr gut! und Heiterkeit rechts. Gelächter links), die Herren hätten das besser machen können. Ich glaube also, daß eine weniger fleißige Arbeit immer besser ist, als gar keine Arbeit.

Dann hat der erste Herr Redner gesagt, daß die Budget-Commission in vier Sitzungen mit dem Elaborate fertig geworden ist, und er meinte, es sei gar nicht möglich, in vier Sitzungen alle diese Bücher durchzustudieren. Ja, es ist nicht möglich, die ganze Sache in vier Sitzungen zu studieren, aber die einzelnen Mitglieder

dieser Commission haben eben die Bücher schon ein paar Wochen vorher gehabt, und jeder hat gewußt, über welches einzelne Referat (Unterbrechung links) er zu berichten haben wird, und er hat sein Fach und die erläuternden Bemerkungen dazu zu Hause studieren können. Wer in die Commission hineinkommt, ohne von dem Rechnungsabschlusse etwas zu verstehen, wird in der Commission nicht geheimer werden, ebenso wie jener, der ins Plenum des Gemeinderathes hineinkommt und glaubt, aus der Rechnungsabschluß-Debatte etwas über die communalen Verhältnisse zu erfahren, im Irrthume ist. Wer nicht früher die Sache zu Hause studiert hat, wird hier nicht geheimer werden.

Es sind verschiedene Anträge gestellt worden, auf welche ich einstweilen nicht reflectiere, weil sie ja in der Specialdebatte zur Sprache kommen werden.

Was den Antrag bezüglich der Versorgungshäuser betrifft, so hat Herr College Steiner gewünscht, der Magistrat soll beauftragt werden, zu erheben, wie groß die Kosten der Versorgung für den einzelnen Kopf sind. Wenn der Herr College die erläuternden Bemerkungen angesehen hätte, hätte er auf Seite 204 gefunden, daß ganz genau angegeben ist, daß in der Versorgungsanstalt in Wien ein Pfründner 55.39 fr., in Mauerbach 50.10 fr., in St. Andrä 50.98 fr. und so weiter kostet; alles, was er gewünscht hat, daß es der Magistrat erheben soll, liegt hier schon gedruckt seit zwei Monaten vor.

Der Antrag, die Diäten, Commissionsgebühren und dergleichen richtigzustellen, liegt beim Gemeinderathe, und es ist eine dringende Angelegenheit, daß das einmal in Ordnung kommt. Daß für diese Ausgabepost nur ein Betrag von 50.000 fl. präliminirt erscheint, hat darin seinen Grund, weil man im vorigen Jahre bei der Verfassung des Budgets der Meinung sein konnte, daß das neue Regulativ, in welchem diese Gebühren eingeschränkt werden, schon seine Wirksamkeit haben könnte. Nachdem das aber noch nicht geschehen ist, ist es begreiflich, daß die Überschreitung eingetreten ist.

Wenn bemerkt wird, daß bei Stellungs-Commissionen u. dgl. auch den Mitgliedern des Gemeinderathes Diäten gegeben werden sollen, so verweise ich darauf, daß dies gegen das Statut ist, in welchem es ausdrücklich heißt, daß die Gemeinderäthe ihr Amt unentgeltlich auszuüben haben.

Dann ist gesagt worden, daß die Auslagen für unsere Rechtsvertretung größer geworden sind. Nun, wir haben im Jahre 1893 die großen Wasserproceß zu führen gehabt, welche ja eine große Anzahl von Commissionen erfordert haben, wobei es sich auch um sehr bedeutende Beträge gehandelt hat. Es ist natürlich, daß die Auslagen dadurch bedeutend gewachsen sind.

Wenn gesagt wird, daß man bei der Straßensäuberung sehr viel Geld ersparen kann, so wird es sehr gut sein, wenn die geehrten Kollegen Anträge stellen. Ich habe, wie die Überschreitungen in dieser Richtung bekanntgeworden sind, Veranlassung getroffen, daß sämtliche Bezirksvorstände einmal zu einer Sitzung eingeladen worden sind. Das ist geschehen; die Herren haben ihre Erfahrungen in Bezug auf die Straßensäuberung, namentlich die Schneefäuberung gegenseitig ausgetauscht und es ist ein Erfolg zu wünschen, und ich würde auch bitten, daß von Seite der Herren, welche diesbezüglich irgendetwas günstiges oder ungünstiges erfahren haben, eine Mittheilung an das Präsidium komme, damit diese Post, bei welcher ich selbst glaube, daß vielleicht etwas erspart werden kann, möglichst herabgedrückt werde. Aber, meine

Herren, wir dürfen nicht vergessen, daß, wenn einmal zwei Tage Schnee fällt und nicht alle Straßen gereinigt werden, man nicht sagen darf: „Da ist der Schnee noch nicht weg, da ist die communale Wirtschaft daran schuld! Thut man zu viel, ist es nicht recht, thut man zu wenig, ist es auch nicht recht.“

Der Herr College Grünbeck hat sich darüber beklagt, daß den Vorortegemeinden ihr Vermögen weggenommen worden ist, und er erklärt den Zuwachs des Gemeindevermögens daraus, daß wir von den Vororten soviel bekommen haben. Der Herr College scheint vergessen zu haben, daß wir auch 13 Millionen Schulden, welche die Vororte gehabt haben, übernommen haben, daß in den Vororten das Straßens-, Schulwesen u. s. w. weit zurückgeblieben war, und daß sich der größte Theil unserer Investitionsauslagen auf die Vororte bezieht. Sehen Sie unser Pflaster-, unser Schulbudget an, sehen Sie an, welche Canalbauten gemacht werden, und Sie werden finden, daß, vom finanziellen Standpunkte genommen, die alte Gemeinde Wien ein schlechteres Geschäft nicht hätte machen können, als die Einverleibung der Vororte. In dieser Beziehung haben sich die Vororte nicht zu beklagen.

Endlich ist das alte Lied gesungen worden von der Steuer, von Steuererhebung und Steuerbemessung. Das ist ja nicht unsere Angelegenheit. Das ist Sache des Staates, welcher die Steuern einhebt, und wenn gesagt worden ist, daß unsere Beamten, welche die Einschätzungen mit zu besorgen haben, strenge sind, so muß ich darauf hinweisen, daß dies beidete Beamte sind, die unter ihrem Amtseide Erhebungen pflegen und was sie erhoben, zu Protokoll gegeben haben. Auf diese Beamten darf weder in der einen noch in der anderen Hinsicht der geringste Einfluß genommen werden, weil sie eben unter Amtseid stehen.

Es ist weiter gewünscht worden, daß die Bauaufseher definitiv angestellt werden. Nun, meine Herren, der Gemeinderath geht in dieser Richtung ohnehin vorwärts, er hat für die Diurnisten Provisionen bewilligt und wenn sie länger bei der Gemeinde dienen, ihnen eine Altersversorgung oder definitive Stellung in Aussicht gestellt. Das geht aber nur successive und kann nicht auf einmal kommen.

Bezüglich dessen, was bei den Versorgungshäusern wegen des Urlaubes gesagt worden ist, bin ich nicht ganz genau informiert. Ich kann aber hier folgendes bemerken: In manchen Versorgungshäusern, namentlich in Mauerbach, soll es häufig vorkommen, daß die Pfründner an schönen Tagen alle fortgehen, ihre 26 fr., respective ihre Zulagen in den in der Umgebung befindlichen Gasthäusern anbringen, nach Hause kommen und dort nichts verzehren. Der Traiteur, der von uns subventionirt ist und zu außerordentlich billigen Preisen die Speisen herstellen muß — ich glaube, eine Fleischspeise kostet 12 fr. und ist recht gut, wie ich mich überzeugt habe — muß doch für eine gewisse Anzahl von Personen das Essen herrichten und muß doch wissen, daß sie beiläufig in dieser oder jener Anzahl kommen.

Wenn aber eines Tages niemand kommt und ihm das Essen stehen bleibt, so kann er seine Rechnung schwerlich finden. In dieser Sache muß Ordnung herrschen. Übrigens werde ich mich über die Sache erkundigen und den Herren Kollegen in der Specialdebatte nähere Auskunft geben.

Ich bitte Sie also schließlich, den Antrag des Herrn Gemeinderathes Steiner, die Angelegenheit an die Commission zurückzuweisen, abzulehnen und in die Specialdebatte einzutreten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Zustimmung der Versammlung vorausgesetzt, möchte ich vorschlagen, daß die Gruppen aufgerufen werden, und daß die Herren, die zu den einzelnen Gruppen zu sprechen wünschen, sich melden mögen.

Gem.-Rath Rauscher (zur Geschäftsordnung): Mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde, Herr Vice-Bürgermeister, sollten wir die Specialdebatte nicht mehr anfangen, sondern die Sitzung schließen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluß der Sitzung beantragt. Ich bitte jene Herren, die damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) **Abgelehnt.**

Ich bitte, die Sache ist ja sehr dringend. Wir haben ja dann noch den Voranschlag. Wir können doch gewiß einen minder wichtigen Theil erledigen. Wir kommen zur Gruppe I.

Gem.-Rath Steiner: Zur Rubrik III, Post 16 b finde ich bei den Remunerationen für Übersetzungen aus fremden Sprachen eine Überschreitung von 2570 fl. Ich würde den Herrn Referenten um Auskunft bitten, ob da vielleicht viele Übersetzungen aus der ungarischen Sprache dabei sind?

Referent: Ja wohl! Ich bitte, diese Übersetzungen aus fremden Sprachen sind eben eine gesetzliche Verpflichtung. Es kommen aus anderen Kronländern Zuschriften an die Gemeinde, die sich größtentheils auf die Zuständigkeit u. dgl. beziehen, wo wir also die Übersetzung veranlassen müssen. Es ist übrigens aus Anlaß dieser Überschreitung im Stadtrathe ausdrücklich ein Antrag dahin gestellt worden, daß die Übersetzungsgebühren herabgesetzt werden sollen. Dieser Antrag ist im Zuge und wird demnächst an den Stadtrath kommen.

Gem.-Rath Steiner: Dann ist hier eine Post Rubrik IV 18 d, die ich schon bei mehreren Budgetberatungen besprechen wollte; ich bin nicht dazu gekommen, weil ich entweder zufällig abwesend war oder die Post überhört habe. Sie heißt: „Instandhaltung der Galawagen und Pferdegeschirre“. Ich habe mich mit Sattlern ins Einvernehmen gesetzt, und die haben mir gesagt, daß sie nicht begreifen können, wie Geschirre, die höchstens einmal im Jahre verwendet werden, 510 fl. 71 fr. jährlich kosten können. Ich verstehe das auch nicht. Der Betrag scheint mir viel zu hoch und ich glaube, daß hier ein Ersparnis erzielt werden könnte; denn für 510 fl. kauft man sich bald neue Geschirre.

Über die baulichen Herstellungen habe ich mir heute schon eine Bemerkung erlaubt und ich will den Herrn Referenten nur um Aufklärung bitten. Seite 21, Rubrik IV, Post 23 steht: für die Neubeschaffung von Möbeln und Einrichtungsgegenständen für die magistratischen Bezirksämter eine Überschreitung von 3610 fl. 15 fr. und vergleichen Sie diese Post mit der Post vorne für Reparaturen, Nachschaffungen, Neuanschaffungen von Möbeln und Einrichtungsgegenständen für auswärtige Amtlocalitäten; das ist Rubrik IV 2 b. Ich halte die Bezirksämter auch für auswärtige Localitäten.

Referent: Was die 510 fl. 71 fr. betrifft, welche für die Galawagen verausgabt wurden, so hätte der Herr Collega in der Commission fragen sollen. Wir wären in die Buchhaltung gegangen und hätten uns die Rechnung vorlegen lassen. Ich bin nicht in der Lage, alle 6000 Posten auswendig zu wissen.

Was die Anfrage wegen der Möbel betrifft, so hat, wenn ich nicht irre, Dr. Lueger ausdrücklich den Wunsch ausgesprochen, daß die Neuanschaffungen von Möbeln und die Auslagen für Reparaturen und Instandhaltung von Möbeln getrennt, das heißt

unter zwei Rubriken vorkommen sollen, einmal unter „Neuanschaffungen“ und dann unter „Erhaltungskosten“.

Gem.-Rath Steiner: Der Herr Referent meint, ich hätte in der Commission die Frage stellen sollen. Das hätten ja die anderen Herren auch thun sollen. (Heiterkeit.) Ich weiß, wie man dort vorgeht. Da heißt es einfach: Gruppe I ist erledigt, Gruppe II ist erledigt, und so werden die Gruppen ohne Prüfung nach einander erledigt. Das kennen wir.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Darf ich bitten. Bezüglich der einen Post bitte ich den Herrn Referenten, bei den erläuternden Bemerkungen Seite 21, d zu lesen. Ich glaube, daß der Herr Gemeinderath Auskunft darüber erhalten wird.

Referent (liest): Für die Instandhaltung der drei Galawagen 200 fl. — fr.
Für die Aufbewahrung in den Remisen 100 „ — „
Für die Reinigung und Instandhaltung der drei Paar Galapferdegeschirre 200 „ — „
Prämie für die Versicherung der Galawagen . . . 10 „ 71 „

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Stellt der Herr Gem.-Rath Steiner einen Antrag in Bezug auf diese Post?

Gem.-Rath Steiner: Nein!

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird sonst das Wort gewünscht? (Niemand meldet sich.) Wird keine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Ich bitte jene Herren, welche die Gruppe I genehmigen, die Hand zu erheben. (Geschrieen.) **Angenommen.**

Ich bitte, Gruppe II in Verhandlung zu nehmen. Wünscht jemand das Wort? (Gem.-Rath Grünbeck meldet sich.)

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Gerade dieser Punkt gibt mir Gelegenheit, zurückzukommen auf das, was der Herr Referent gesprochen hat. Er sagte, daß die Marktcommissäre eidlich aussagen. Das ist richtig. Ich verlange auch nichts unbilliges von einem, der einen Eid geleistet hat. Dessen dürfen Sie, Herr Referent, mich nicht für fähig halten, daß ich von den Beamten so etwas verlange. Aber gehen Sie hinaus in die Vororte und nehmen Sie, wie die Leute früher besteuert gewesen sind, und fragen Sie an. (Gem.-Rath Dr. Mittler macht einen Zwischenruf.) Ja, Sie, Herr Dr. Mittler, haben es leichter, überhaupt die Doctoren, die

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, nur keine Aufregung.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ja, wenn man mich herausfordert, muß ich doch reagieren.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich erlaube mir an den Herrn Redner die Frage, zu welcher Post er spricht? Wir sind in der Specialdebatte, und ich bitte, sich darnach zu halten. Wir können doch nicht immer wieder in die Generaldebatte zurückgreifen.

Ich bitte also, zu der betreffenden Post, die eine Bemerkung herausfordert, einen Antrag zu stellen.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich werde über die Zuschläge zur Verzehrungssteuer sprechen.

Die Verzehrungssteuer ist ein Punkt, der gerade die Vororte am meisten berührt hat, und sie ist eigentlich dasjenige, was in den Vororten einen großen Theil der Geschäftsbranche total ruiniert hat. Wenn Sie hinausgehen, werden Sie am deutlichsten empfinden, daß durch die Schuld der überstürzten Einbeziehung ganz andere Verhältnisse herrschen. Wenn Sie die Verzehrungs-

steuer auf Wein mit 30 Percent nehmen, so macht das eine Heidensumme aus, ebenso ist es beim Bier, besonders beim Abzugbier, welches die arme Bevölkerung am meisten braucht. Das macht eine immense Summe aus.

Es ist zwar von Seite des Herrn Referenten ein Antrag gestellt, es möge die Regierung die Verzehrungssteuer herabsetzen. Aber, meine Herren, ich glaube nicht, daß die Regierung das thun wird; ich fürchte eher, daß die Verzehrungssteuer noch höher wird, wenn ihr das Geld zu wenig wird. Und wenn Sie sagen, wir haben keine Schulen gehabt, wir waren mit den Schulen schlecht bestellt, so sage ich: wir waren damit gut bestellt; es ist nur eben jetzt ein steigendes Bedürfnis. Wir haben auch alle zwei Jahre eine Schule bauen müssen. Und wenn Sie hie und da eine Straße pflastern, das hätten wir gewiß auch können. Das Mehrerfordernis ist immens; die Bevölkerung kann das absolut nicht tragen, wofür ein Beweis ist, daß viele Geschäftsleute dabei total zugrunde gehen. Gehen Sie einmal daran und setzen Sie die Tarife herunter. Verlangen Sie statt 30 Percent 20 Percent; gehen Sie dem Staate mit gutem Beispiele voran, vielleicht hat der Staat ein besseres Gewissen und sagt: Gut, ich setze die Tarife auch herunter. Sie haben ja eine befreundete Regierung. Außern Sie einen Wunsch, vielleicht kommt die Regierung entgegen und setzt die Tarife herab. Das wäre eine Reform des Steuerwesens, wofür Ihnen die Bevölkerung am ehesten danken möchte. Natürlich, die Herren Advocaten sind dagegen; die haben es viel leichter, sie schreiben Expensnoten, daß sich der andere nicht erholen kann. Man sollte also unbedingt an eine Steuerermäßigung gehen und die Tarife herabsetzen.

Gem.-Rath Steiner: Bei der Einverleibung der Vororte mit Wien wurde selbst von Seite der h. Regierung erklärt, daß eine Erhöhung der Steuern nicht platzgreifen wird. Meine Herren! Ich kann Sie versichern, daß eine Erhöhung der Steuern so platzgegriffen hat, daß im XIX. Bezirke sehr wenig Geschäftsleute mehr sind, welchen nicht die Steuer erhöht worden wäre. (Auf rechts: Das gehört nicht zum Rechnungsabschlusse!) — Gewiß, das gehört zur Specialdebatte, es wird noch länger dauern, Herr Dr. Nechansky. — Es ist z. B. vorgekommen — ich bin in in der Lage, Ihnen den Fall anzuführen, den ich schon einmal erwähnt habe, ich thue es noch einmal — daß ein Fuhrmann mit einem Pferde, welcher ein Krüppel ist und sechs Kinder zu ernähren hat, selbst mit dem Pferde sich sein Brot verdient, von 5 fl. auf 10 fl. erhöht worden ist, und das Marktcommissariat hat gar 21 fl. in Vorschlag gebracht. (Zwischenruf rechts: Es gehört zur Steuer!) Sie können hier bleiben, ich bleibe hier bis morgen in der Frühe. — Ein weiterer Fall: Ein Sattler, dessen Geschäft 30 Jahre auf dem Plaze ist, welcher mit einem Lehrlingen allein arbeitet, wurde von 5 fl. auf 10 fl. erhöht — das ist . . . (Zwischenruf rechts.) — Das gehört zur Gruppe II „Steuerwesen“, das bringe ich hier vor.

Meine Herren! Bezüglich der Verzehrungssteuer wurde auch von Seite des Gemeinderathes der Antrag angenommen, eine Petition an das Finanzministerium zu richten bezüglich einer nicht weiteren Einhebung der Verzehrungssteuer für innerhalb von Wien producierten Wein. Ich habe, wie das Gesetz gemacht worden ist, unzähligemale um Audienz ansuchen müssen und das ganze Material mit meinem Freunde Muth zu Sr. Excellenz dem damaligen Finanzminister Steinbach und dem Sectionschef Baumgarten bringen müssen. Von einer Abschreibung wird da keine

Nede sein. Wenn aber der Stadtrath oder die Majorität den Willen gehabt hätte, einzugreifen, so hätte etwas in dieser Richtung geschehen können. Wie war es mit der Fleischhauer-Genossenschaft? Als sie angejucht hat, es möge für ein in Wien gesallenes Thier die Verzehrungssteuer retour gegeben werden, hat der Stadtrath es abgelehnt, darauf einzugehen.

Die Fleischhauer sind gewiß heute mit Rücksicht auf die traurigen Verhältnisse am Wiener Markte und wegen des Zwischenhandels nicht auf Rosen gebettet und der Stadtrath hätte schon darauf eingehen können. Es ist aber auch für den Wirtschaftsmann sehr traurig. Ich habe einen abweislichen Bescheid der Finanz-Landes-Direction in der Hand gehabt, wo der betreffende Viehbesitzer die Bollette und alles mögliche gehabt hat; das Thier ist in sehr kurzer Zeit verendet, er hat um Rückvergütung der Verzehrungssteuer angejucht und ist abgewiesen worden, obwohl sein Gesuch belegt war. Also das Thier wurde nicht dem Consum zugeführt, wie das Attest des Marktcommissariates nachweist, und trotzdem wurde die Verzehrungssteuer nicht zurückgegeben.

Was die Verhältnisse der Schankgewerbetreibenden betrifft, so sind sie in den Vororten sehr traurig, weil von denen, die früher durch die Verzehrungssteuer etwas verdient haben, 10, 20 ja 100 zugrunde giengen; überhaupt alle, welche durch die Verzehrungssteuer belastet wurden, gehen successive zugrunde.

Wie ist es denn mit der Hundesteuer. Schon im Jahre 1892 wurde gelegentlich der Budgetdebatte auf die Hundesteuer hingewiesen, und ich habe schon einmal darüber interpelliert, man möge doch einen anderen Modus für die Einhebung treffen, damit die Wirtschaftsbefitzer, welche ihre Hunde zur Bewachung der Wirtschaft bedürfen und deren Gehöfte isoliert sind, von der Steuer enthoben werden.

Diese Interpellation wurde damit beantwortet, daß wird alles geschehen. Nun, meine Herren, seit der Einverleibung der Vororte ist gar nichts geschehen, alle Jahre müssen dieselben Hundebesitzer, obwohl sich die Verhältnisse gar nicht geändert haben, dieselben Gesuche machen, und das ist erstens zeitraubend für die Beamten des Marktamtes und für die Bezirksausschüsse, weil sie die Erhebungen pflegen und relationieren müssen, und zweitens für die Hundebesitzer selbst. Es wäre also wünschenswert, wenn vom Präsidium im Laufe der Jahre etwas geschehen wäre; denn jetzt, meine Herren, müssen Sie doch schon Klarheit über die Vororte haben, so daß Sie eine derartige Verfügung ändern können.

Es ist auch ein Fall vorgekommen, daß in Rusdorf von einem Wirte eine Ladung Wein übernommen und die Verzehrungssteuer bezahlt wurde, dann hat er den Wein nach Hause geführt und wie er nach Hause kommt und das Faß aufmacht, findet er, daß der Wein von schlechter Qualität ist, und daß er denselben um den Preis absolut nicht beziehen kann, um den er ihn gekauft hat. Nun war er der Meinung, er bekommt die Verzehrungssteuer zurück. Er ist auch sofort mit dem Wein zurückgefahren — ein Faß war noch ganz verschlossen — er wird aber abgewiesen, recurriert und wird wieder abgewiesen. Da wäre es auch an der Zeit, einzugreifen. Wenn aber solche Anträge gestellt werden, so bitte ich, daß vom Präsidium derartige Fragen, die doch rein wirtschaftlicher Natur sind, auf das kräftigste unterstützt werden, und daß nicht der Stadtrath den Standpunkt habe, das einfach abzuweisen, so daß man in 14 Tagen den Beschluß des Stadtrathes liest und die Verständigung des Präsidiums erlangt, daß der Antrag im Stadtrathe in Verhandlung gestanden ist u. s. w.

Ich muß also bitten, daß in Zukunft bei Bemessung der Gewerbesteuer darauf gesehen wird, daß das Votum der Bezirksvertretungen etwas gilt. Denn die Steueradministration kümmert sich gewöhnlich nicht darum. Der Bezirksausschuß, welcher Erhebungen pflegen muß und imstande ist, sich über die wirtschaftliche Lage des Steuerträgers zu informieren, stellt einen Antrag, der aber von der Steueradministration ignoriert wird.

Ich bin mit diesem Titel fertig und hoffe, daß ein anderer Herr mich unterstützen wird, damit die Herren Gelegenheit haben, hier zu bleiben.

Vize-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe übersehen, daß Herr Gem.-Rath Steiner einen vertagenden Antrag gestellt hat, welcher nach Schluß der Debatte zur Abstimmung zu bringen ist. Der Antrag lautet (liest): „Mit Rücksicht auf die ungeseglichen Ausgaben, welche der Stadtrath beschlossen hat, und mit Rücksicht auf die völlig ungenügende Prüfung des Rechnungsabschlusses seitens der Commission bin ich nicht in der Lage, dem Antrage derselben auf Genehmigung des Rechnungsabschlusses pro 1893 zuzustimmen, und stelle vielmehr den Antrag, es sei die gedachte Bewilligung zu verweigern und der Rechnungsabschluß nochmals der Commission zur Prüfung, Richtigstellung und Berichterstattung über die von mir gestellten Anträge zurückzuweisen.“

Bezüglich dieser Anträge wird vorbehalten, dieselben bei den einzelnen Titeln zur Kenntnis zu bringen.

Ich bitte jene Herren, die diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Abgelehnt.

Gem.-Rath Furscht: Daß thatsächlich die Steuererhöhungen vorgekommen sind, beweist am besten unser Handelsgremium in Hernalß. Es vergeht kein Tag, ohne daß ein Actenstoß von Reassumierungen kommt. Die 5¼ fl.-Steuer ist fast vollständig verschwunden. Die kleinen Geschäftsleute, die hiefür 5 fl. 25 kr. bezahlt haben, kommen jetzt auf 10½ bis 21 fl. Es ist vorgekommen, daß bei einem Geschäftsmanne, der ein Warenlager von circa 80 bis 100 fl. hat, eine 21 fl.-Steuer bemessen worden ist. Ich habe seinerzeit schon darauf hingewiesen, daß die Verzugszinsen gewiß nach dem heutigen Verhältnisse zu dem allgemeinen Zinsfuße viel zu hoch sind. Ich habe auch seinerzeit einen diesbezüglichen Antrag gestellt, daß der Zinsfuß von 6 Percent auf 5 Percent herabgesetzt werden soll. Bis heute ist nichts geschehen. (Widerspruch rechts.)

Im Verhältnis zum heutigen allgemeinen Zinsfuße sind die Verzugszinsen bei den Steuern viel zu hoch. Es kommt soweit — und ich habe Gelegenheit, das zu beobachten — daß manche Leute nie die Steuer bezahlen können. Mancher kleine Geschäftsmann nimmt kaum soviel ein, als er braucht, um die Steuer zu entrichten. Daher kommen auch so viele Executionen vor, und was dabei geschieht, ist geradezu unerhört. Es wird rücksichtslos gegen die Leute vorgegangen und das letzte weggenommen, um es hier zu einem Schundpreise zu veräußern. Ich habe schon sehr oft Anträge bezüglich der Vicitationen eingebracht, und noch immer ist nichts geschehen. Ich möchte daher zum Schluß bitten, daß die Verzugszinsen unter allen Umständen herabgesetzt werden (Referent: Ist schon geschehen!) und stelle den diesbezüglichen Antrag heute wieder.

Gem.-Rath Dr. Mittler (zur Geschäftsordnung): Da ohnehin nicht zur Sache gesprochen wird, beantrage ich Schluß der Debatte.

Vize-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Gem.-Rath Stehlik: Die jetzigen Vorgänge... (Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Charakterisieren die Herren!)

Vize-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Grünbeck, ich bitte Sie, die Verhandlung nicht zu stören. Es steht jedermann frei, sich zu melden, auch zu einer persönlichen Bemerkung, aber dreinzureden und dreinzuschreien geht nicht an, und ist auch nicht im Interesse der Redner gelegen.

Gem.-Rath Stehlik (fortfahrend): Den gegenwärtigen Vorgang, Schluß der Debatte und Wahl von Generalrednern habe ich mir schon im Sommer gedacht, als die Herren auf Ferien waren. (Heiterkeit rechts.) Lachen Sie nur, mehr verstehen Sie nicht als Höhnen, Lachen, Ausschließen, das ist Ihre Kunst; mehr verstehen Sie sammt dem Präsidium nicht. (Unruhe rechts.) Das sind die Provocationen, Herr Bürgermeister, da werden wir zum Staatsanwalt citiert oder ausgeschlossen. Das ist die Manier...

Vize-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich kann nicht zugeben, daß der Umstand, daß jemand in der Versammlung lacht, für einen anderen eine Provocation ist. So genau kann man die Sache nicht nehmen. Ich bitte fortzufahren.

Gem.-Rath Stehlik (fortfahrend): Ich habe mir also, wie die Herren auf ihren langen Ferien in den Sommerfrischen waren, gedacht, daß, wenn wir zum Budget kommen werden, eine Abkürzung durch Schluß der Debatte kommen wird. Das ist der böse Fluch der That, daß die alles verschweigen wollen. (Lebhafte Heiterkeit rechts.) Das ist der Fluch für Sie! Und jetzt wollen Sie uns den Mund stopfen! Das ist ungerecht, das sollen Sie nicht thun! Die Thüre wird abgesperrt, daß von Ihnen keiner geht, daß Sie aushalten. Halten Sie aus, und wir werden Ihnen noch viel sagen! Sie verdienen es!

Wenn wir von Steuerfragen sprechen, ich habe auch die Schule mitgemacht, ich habe auch mit der 5 fl.-Quote angefangen, ich muß sagen, wer die 5 fl.-Quote zahlt, zahlt eine höhere Steuer als die 5 fl., und wenn ich stufenweise emporgestiegen bin, habe ich immer gefunden, daß ich gegen die Großindustriellen immer viel zu hoch besteuert bin, der Tausende beschäftigt. Es ist gar keine Norm für diesen mehr in der Steuergesetzgebung. Der Höchstbesteuerter zahlt die 1650 fl.-Quote. (Rufe rechts: Auch die Einkommensteuer zahlt er!) Die Zuschläge! Das wissen wir. Wir haben das bei der Möbllinger Schuhfabrik gesehen. Alle Schuhmacher hat der Mensch umgebracht, alle sind zugrunde gegangen; der hat 30 fl. Steuer gezahlt. Das ist eine Norm, die uns drückt und die müssen wir besprechen.

Meine Herren, Sie haben Leute von Ihrer Seite im Parlament, im Landtag, die thun das nicht, natürlich, weil es Ihr Parteiinteresse nicht zuläßt. Sie dürfen das nicht thun, Sie sind von den Leuten gewählt. Ich finde das ganz richtig, wenn Leute aus Affecuranz-Gesellschaften an solchen Stellen stehen, so müssen sie die Affecuranz-Gesellschaften vertreten. Warum? weil sie ihr Brot von diesen Leuten kriegen, von dieser Stufe bis in den Reichsrath. Das ist eben auch die bezahlte Geschichte, aus diesem Grunde wählen die Gesellschaften solche Leute, weil sie ihre Interessen vertreten, wir aber müssen unsere Leute vertreten, deshalb sitzen wir ja hier.

Die 10½ fl.-Quote ist auch ganz ungerecht, da ist auch noch Einkommensteuer zu zahlen. Da wird nachgeschaut bis in den

Magen; ein Fabrikant oder Großindustrieller, er mag sein, wo er will, in Schattau oder in einer Glasfabrik, der hat Ruhe, weil er alle diese Fäden, die ihm wehethun könnten, in der Hand hat. Ich kenne die Geschichte, ich bin alt geworden dabei, trotzdem ich von der kleinen Stufe aufwärts gegangen bin, und ich glaube, daß gerade die Herren, die hier sitzen und die hier fette Posten vertreten, schauen sollten, daß die Kleingewerbetreibenden nicht so besteuert werden.

Wenn ein Fünfgulden-Mann gepfändet wird, nimmt man ihm die Uhr sammt der Kette, sammt dem Gilet — das habe ich ja mitgemacht — warum, weil man den strengsten Auftrag dazu hat. Was haben wir denn für einen Antrag vor kurzer Zeit gehört, als Colledge Steiner über den Lang gesprochen hat, der uns über die See zurückgeschickt wird. Da ist wieder die Steuerbehörde schuld, denn diese hat

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bin der Anschauung, daß der Herr Redner nicht zur Sache spricht. Wir haben heute keine Budgetberathung, sondern den Rechnungsabschluß, und es handelt sich darum, ob da gewisse Ziffern bemängelt und ob diesfalls Anträge gestellt werden; aber allgemeine — ich möchte sagen — Ergüsse über Steuerpolitik und die Erfahrungen, die der Herr Redner gemacht hat, gehören nicht zur Sache. Ich habe nur, um jedem Vorwurfe vorzubeugen, daß die Redefreiheit irgendwie beschränkt wird, den Herrn Redner nicht schon früher ersucht, sich an die Sache zu halten. Ich muß es aber jetzt thun und bitte ihn daher, zu den Ziffern, die uns beschäftigten, zurückzukehren und diesfalls Bemerkungen zu machen oder Anträge zu stellen.

Gem.-Rath Stehlik (fortfahrend): Die Ziffern sind eben unendlich hoch (Heiterkeit), und sie werden nicht herabzumindern gesucht im Interesse der kleinen Gewerbetreibenden, und das ist Ihre Kunst. Meine Herren! Ich lasse Ihnen Ihre fetten Pfunden; bleiben Sie dabei! Sie halten prächtig zusammen; wir werden auch zusammenhalten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent: Ich habe nichts zu bemerken; es ist keine einzige Zahl bemängelt worden; ich bitte daher, die Gruppe II zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte jene Herren, die die Gruppe II genehmigen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) **Angenommen.**

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 45 Minuten abends.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 19. Februar 1895.

Mittwoch, den 20. Februar 1895.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 4. Februar 1895.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Magenauer.

Anwesende: Dr. v. Billig, Mayer,
Boschan, Müller,
v. Götz, Dr. Mechansky,
Dr. Hackenberg, v. Neumann,
Dr. Huber, Schlechter,
Dr. Klotzberg, Schneiderhan,
Kreindl, Stiafny,
Federer, Dr. Vogler,
Dr. Lueger, Wigelsberger,
Matthies,

Bürgermeister Dr. Gröbl.

Krank: St.-R. Rüchäuf.

Beurlaubt: St.-R. Baugoin.

Entschuldigt: St.-R. Wurm.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Magenauer eröffnet die Sitzung.
St.-R. Wurm entschuldigt sein Ausbleiben.

(Zur Kenntniss.)

Geschäftsausweis des Stadtrathes pro Jänner 1895:

Einkauf im Monate Jänner	850 Acten
von diesen Acten erledigte der Stadtrath	369 "
wurden dem Magistrate zugewiesen	124 "
befanden sich noch am Schlusse des Monats in Be-	
rathung	357 "

Weiters erledigte der Stadtrath aus den Vormonaten 204 Acten	
hiez u obige	369 "

daher insgesamt im Monate Jänner	573 Acten
Gesamteinkauf vom 1. bis incl. 31. Jänner 1895	850 Acten

Recapitulation aus dem Monate December 1894:

Einkauf im Monate December 1894	822 Acten
von diesen Acten erledigte der Stadtrath	410 "
wurden dem Magistrate zugewiesen	110 "
befanden sich noch in Verathung	302 "

Außerdem erledigte der Stadtrath aus den Vormonaten 313 Acten	
hiez u obige	410 "

daher insgesamt im Monate December	723 Acten
--	-----------

(Zur Kenntniss.)

Das Verzeichniß der Local-Commissionen, Comité-Sitzungen u. des Stadtrathes im Jänner 1895 liegt zur Einsicht auf.

(Zur Kenntniss.)

(778.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Anschaffung von 3500 Stück 13 mm staatlich geachteter Wassermesser für das Jahr 1895 und beantragt, zu diesem Behufe auf Grundlage der vorgelegten Bedingungen eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung auszuschreiben. Die erforderlichen Kosten per circa 84.000 fl. finden in den Geldern des 35-Millionen-Kronen-Anlehens ihre Deckung. (Angenommen.)

(799.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über das Ansuchen des Sanitätsaufsehers Johann Weinmann des VII. Bezirkes um Fortbezug des Taglohnes während seiner Erkrankung und beantragt, dem Genannten den weiteren Bezug des Taglohnes per 2 fl. auf die Dauer von zehn Wochen, eventuell bis zu einer früher eintretenden

Provisionierung zu gewähren und für diese Zeit die Aufnahme eines Hilfs-Sanitätsaufsehers mit demselben Tagelohne zu bewilligen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt die Weglassung der Clausel „eventuell bis zu einer früher eintretenden Provisionierung“.

Referent accommodiert sich.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

(178 und 804.) St.-R. Dr. Huber referiert über die Aufrechterhaltung der elektrischen Beleuchtung am Kohlmarkt, I. Bezirk, und beantragt:

1. Das Anerbieten der Firma Siemens & Halske, den Kohlmarkt in der Zeit vom 5. December 1894 bis 5. Februar 1895 mit sechs Bogenlampen, im übrigen aber unter den mit dem Gemeinderaths-Beschlüssen vom 24. Mai 1893, Z. 2774, festgesetzten Bedingungen elektrisch zu beleuchten, wird angenommen.

Desgleichen wird das weitere Anerbieten dieser Firma, die vorerwähnten sechs Bogenlampen der Gemeinde Wien vom 5. Februar 1895 ab bis zur Fertigstellung der geplanten definitiven elektrischen Beleuchtung des Kohlmarktes, worüber die Verhandlungen gegenwärtig beim Magistrat anhängig sind, spätestens aber bis 5. Juni 1895 unentgeltlich (leihweise) zur Verfügung zu stellen, acceptiert.

2. Das Offert der Allgemeinen österreichischen Electricitäts-Gesellschaft, welche sich einverständlich mit der Firma Siemens & Halske bereit erklärt hat, die elektrische Beleuchtung des Kohlmarktes noch während der Monate December 1894 und Jänner 1895 ohne jedes Entgelt seitens der Gemeinde Wien fortbestehen zu lassen, und zwar eventuell im Jänner 1895 mit der halben Anzahl (sechs) Lampen, wird angenommen.

Ebenso acceptiert die Gemeinde Wien den von der genannten Gesellschaft bekanntgegebenen Preis von 17.5 kr. per Lampe und Stunde für die Stromlieferung inclusive Bedienung und Lieferung der Kohlenstoffe für die der Gemeinde Wien seitens der Firma Siemens & Halske leihweise zu überlassenden sechs Bogenlampen vom 5. Februar 1895 ab.

3. Die Kosten der Stromlieferung (mit Einschluß der Bedienung und Lieferung der Kohlenstoffe) für diese sechs Bogenlampen, welche bis 1/2 11 Uhr abends zu brennen haben, für die Zeit vom 5. Februar bis 5. Juni 1895 per 472 fl. 76 kr., welche auf Rubr. XXV 1 bedeckt sein werden, werden genehmigt.

4. An den Magistrat ist die interne Weisung zu erlassen, daß die Zahlung und Lieferung der Gasbeleuchtung ebenso zu erfolgen hat, wie vor Einführung der elektrischen Beleuchtung am Kohlmarkt.

Nach längerer Debatte werden vorstehende Anträge angenommen.

(127, 128, 454, 1613, 1653, 1654, 3729, 6343 ex 1894.)

St.-R. Dr. Sackenberg referiert über Projecte für elektrische Bahnenlinien im Wiener Gemeindegebiete und beantragt, nachstehenden Antrag des vom Stadtrathe eingesetzten Comité's zu genehmigen:

Programm für die Herstellung eines Bahnnetzes mit elektrischem Betriebe im Gemeindegebiete von Wien.

I. Für die Stadt Wien soll ein Bahnnetz für elektrischen Betrieb nach folgenden Grundsätzen geschaffen werden:

1. Der directe Verkehr ist aus dem Innern des I. Bezirkes bis in die entfernten Stadtbezirke und Sommerfrischen zu ermöglichen.

Hiebei ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß die neuen Bahnlinien möglichst nahe an entsprechenden, wichtigen Stationen der Stadtbahnlinie (Donaucanal-, Wienfluß-, Gürtel-, Vorort- und Donau-stadtbahnlinie) gelegt werden und daß dieselben auch zu den Bahnhofen der Hauptbahnen führen.

Um dies zu erreichen und um den Verkehr nach jeder Richtung zu erleichtern, sind Radiallinien und Kreislinien anzulegen.

2. Der I. Bezirk ist entweder von zwei sich schneidenden Linien zu durchqueren oder mit geschlossenen oder offenen Ringen zu durchfahren.

3. Unter Berücksichtigung der im Absatz 1 enthaltenen Grundsätze ist insbesondere auf eine Linienführung

- a) in den Prater und die Donaustadt,
- b) nach dem Central-Friedhofe mit eventueller Fortsetzung nach Schwechat und Kaiser-Ebersdorf,
- c) durch den X. Bezirk,
- d) nach Penzing,
- e) nach Ottakring,
- f) nach Dornbach und Neuwaldegg,
- g) nach Gersthof und Pögleinsdorf,
- h) nach Sievering und Grinzing

Bedacht zu nehmen.

4. Die Bahnlinien sind in dem vom Ring umschlossenen Gebiete der Inneren Stadt, sowie in den verkehrsreichen Straßen der anderen Bezirke unterirdisch (eventuell als Hochbahnen), in den übrigen Theilen der Bezirke im Straßenplanum, mit unterirdischer oder oberirdischer Stromzuführung und Stromleitung, zu projectieren.

5. Über die Wahl der Spurweite, der Krümmungs-Radien und der Gefälleverhältnisse haben die Projectanten Vorschläge zu erstatten, ebenso über die Art der Anlage der Stationen und über die Wagentypen. Normale Spurweite wird vorgezogen.

6. Die Ausführung kann in mehreren Bauperioden geschehen und hat der Projectant diesfalls Anträge zu stellen.

7. Der Verkehr ist im ganzen Stadtgebiete als ein einheitlicher zu gestalten, mit einem im Projecte anzugebenden Tariffaxe.

8. Der Projectant hat Vorschläge über die Dauer der Benützung des städtischen Grundes und über die Art und Höhe der hierfür an die Gemeinde zu leistenden Abgabe zu erstatten.

Hiebei ist das Heimfallsrecht an die Gemeinde Wien hinsichtlich der ganzen Anlage des elektrischen Bahnnetzes sammt Betriebs-Etablissements und Stromerzeugungs-Anlagen, sowie der Fahrbetriebsmittel in Aussicht zu nehmen.

9. Der Projectant hat die Art und Höhe der zu bietenden Sicherstellung anzugeben.

II. Die Gemeinde wird die einzureichenden Projecte prüfen und mit den Einreichern der zur Durchführung geeignet befundenen Projecte behufs Festsetzung eines Vertrages in weitere Verhandlung treten.

III. Die Gemeinde behält sich vor, die Concession für den Bau und den Betrieb von elektrischen Bahnen im ganzen Gemeindegebiete von Wien selbst zu erwerben.

Nach längerer Debatte beantragt Referent die Vertagung des Gegenstandes und Fortsetzung der Verathung in Anwesenheit des Bürgermeisters und des Vaudirectors.

St.-R. Dr. Lueger stellt folgende Anträge:

a) Die Gemeinde wird die Concession für den Bau und den Betrieb von elektrischen Bahnen im ganzen Gemeindegebiete von Wien selbst erwerben und den Bau und Betrieb derselben in eigener Regie ausführen.

Um die Grundlagen für die Werbung der Concession zu gewinnen, wird ein Concurrs mit drei Preisen ausgeschrieben, und als

1. Preis 10.000 fl.,
2. „ 5.000 fl.,
3. „ 3.000 fl. bestimmt.

Der Magistrat wird beauftragt, über die näheren Bestimmungen dieser Preisausschreibung baldigst Anträge zu stellen.

b) (Eventual-Antrag) I. Die Gemeinde wird die Concession für den Bau und den Betrieb von elektrischen Bahnen im ganzen Gemeindegebiete von Wien selbst erwerben.

II. Um die Grundlagen für die Werbung der Concession, sowie um Unternehmer für den Bau und Betrieb der elektrischen Bahnen zu erlangen, wird eine Offertverhandlung nach folgenden Grundsätzen ausgeschrieben.

(Es folgen nunmehr die Punkte I und II des vom Comité beantragten Programmes.)

III. Der Magistrat wird beauftragt, über die näheren Bestimmungen dieser Offertausschreibung baldigst Anträge zu stellen.

St.-R. Mitt. v. Neumann regt an, in den Anträgen Dr. Lueger statt „Bau und Betrieb“ „Bau, eventuell Betrieb“ zu setzen.

St.-R. Dr. Lueger erklärt sich hiemit einverstanden.

Bei der Abstimmung wird der Vertagungs-Antrag des Referenten angenommen.

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 6. Februar 1895.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Mahenauer.

Anwesende: v. Götz,	Dr. Rechansky,
Dr. Hackenberg,	v. Neumann,
Dr. Huber,	Schlechter,
Dr. Klotzberg,	Schneiderhan,
Kreindl,	Stiaßny,
Dr. Lueger,	Dr. Vogler,
Matthies,	Wigelsberger,
Mayer,	Wurm.
Müller,	

Bürgermeister Dr. Gröbl.

Entschuldigt: St.-R. Dr. v. Billing, Dr. Lederer.

Krank: St.-R. Rükauf.

Beurlaubt: St.-R. Vaugoin.

Experte: Baudirector Berger.

Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Mahenauer eröffnet die Sitzung.

St.-R. Dr. v. Billing entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung, St.-R. Dr. Lederer von der heutigen und der am 7. d. M. vormittags stattfindenden Sitzung. (Zur Kenntniss.) (127, 128, 454, 1613, 1653, 1654, 3729, 6843 ex 1894.)

St.-R. Dr. Hackenberg referiert über das Programm für die Herstellung eines Bahnnetzes mit elektrischem Betriebe im Gemeindegebiete von Wien. (Fortsetzung der Generaldebatte.)

Stadtbaudirector Berger beantragt, den Referenten-Antrag in folgender Weise zu modificieren:

I. Die Stadt Wien beabsichtigt die Ausführung eines Bahnnetzes für elektrischen Betrieb in Wien und wird die Concession für den Bau und Betrieb selbst erwerben.

II. Zur Erlangung von geeigneten Projecten im Zusammenhange mit Offerten für den Bau und den Betrieb dieser Bahnen wird ein allgemeiner Concurrs mit einer Dauer von . . . Monaten ausgeschrieben.

III. Bei der Verfassung der Projecte und Erstattung der zugehörigen Offerte haben folgende Grundsätze zu gelten (folgen die Punkte I, 1 bis 3 des Referenten-Antrages).

Im Punkte 4 des Referenten-Antrages ist das Wort „besonders“ einzuschalten, so daß es heißt: „sowie in den besonders verkehrsreichen . . .“

5. und 6. wie im Referenten-Antrage.

7. Der Verkehr ist im ganzen Stadtgebiete als ein einheitlicher zu gestalten mit einem im Offerte anzugebenden, unter bestimmten Voraussetzungen regulierbaren Tariffätze.

8. Der Projectant, respective Unternehmer hat in seinem Offerte anzugeben, für welche Zeit er das Benützungerecht des städtischen Grundes in Anspruch nimmt und in welcher Art und Höhe derselbe an die Gemeinde eine Abgabe zu leisten gewillt ist. Dabei ist festzuhalten, daß nach Ablauf der obenerwähnten Benützungsdauer die ganze Anlage des elektrischen Bahnnetzes, ob in städtischem oder anderem Grunde gelegen, sammt Betriebsétablissements und Stromerzeugungsanlagen, sowie der Fahrbetriebsmittel unentgeltlich in das freie Eigenthum der Gemeinde überzugehen hat.

9. wie im Referenten-Antrage, nur ist das Wort „Projectant“ durch „Unternehmer“ zu ersetzen.

IV. Die Gemeinde wird die einzureichenden Projecte und Offerte prüfen und mit den Einreichern der zur Durchführung geeignet befundenen Projecte und Offerte behufs Festsetzung eines Vertrages in weitere Verhandlung treten.

Der Referent accommodiert sich diesen Anträgen vorbehaltlich der Formulierung.

Über Antrag des St.-R. Schlechter wird die Generaldebatte geschlossen.

Der Antrag I des St.-R. Dr. Lueger, lautend:

„Die Gemeinde wird die Concession für den Bau und Betrieb von elektrischen Bahnen im gesammten Gemeindegebiete von Wien selbst erwerben und den Bau und Betrieb derselben in eigener Regie ausführen.“

Um die Grundlagen für die Werbung der Concession zu gewinnen, wird ein Concurrs mit 3 Preisen ausgeschrieben und als

erster Preis . . . 10.000 fl.

zweiter „ . . . 5.000 fl.

dritter „ . . . 3.000 fl. bestimmt.

Der Magistrat wird beauftragt, über die näheren Bestimmungen dieser Preisausschreibung baldigst Anträge zu stellen“ wird abgelehnt.

Es wird in die Specialdebatte eingegangen.

Referent beantragt:

„I. Die Gemeinde Wien beabsichtigt die Ausführung eines Bahnnetzes mit elektrischem Betriebe in Wien und wird die Concession für den Bau und Betrieb dieser Bahnen selbst erwerben.“

St.-R. Dr. Lueger beantragt: Die Gemeinde Wien wird die Concession für den Bau und den Betrieb von elektrischen Bahnen im gesammten Gemeindegebiete von Wien selbst erwerben.

Der Bürgermeister beantragt die Einschaltung „im gesammten Gemeindegebiete von Wien“ in den Referenten-Antrag.

Der Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird zurückgezogen.

Der Referenten-Antrag mit der Einschaltung des Bürgermeisters wird angenommen.

II. Zur Erlangung von geeigneten Projecten im Zusammenhange mit Offerten für den Bau und Betrieb dieser Bahnen wird ein allgemeiner Concurrs mit der Dauer von vier Monaten ausgeschrieben.

(Angenommen.)

III. Bei Verfassung der Projecte und Erstattung der zugehörigen Offerte haben folgende Grundsätze zu gelten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt: Für diese Concursauschreibung haben folgende Grundsätze zu gelten.

Der Referent accommodiert sich diesem Antrage.

Modificierter Referenten-Antrag angenommen.

1. Der directe Verkehr ist aus dem Innern des I. Bezirkes bis in die entfernten Stadtbezirke und Sommerfrischen zu ermöglichen.

St.-R. Dr. Huber beantragt die Streichung: „und Sommerfrischen“.

St.-R. Dr. Lueger beantragt: Der directe Verkehr ist aus der Inneren Stadt bis an die Grenzen des Gemeindegebietes, eventuell bis an die angrenzenden Sommerfrischen zu ermöglichen.

Referent accommodiert sich dem Antrage des St.-R. Dr. Huber.

St.-R. Wurm beantragt die ursprüngliche Formulierung des Referenten.

St.-R. Schlechter beantragt Schluß der Debatte.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Lueger zieht den zweiten Theil seines Antrages von „eventuell bis an die angrenzenden . . .“ zurück.

Der Antrag des St.-R. Dr. Lueger wird abgelehnt, der vom Referenten zuerst gestellte Antrag angenommen.

„Hiebei ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß die neuen Bahnlinien möglichst nahe an entsprechenden, wichtigen Stationen der Stadtbahnlinie (Donaucanal-, Wienfluß-, Gürtel-, Vorort- und Donaustadtlinie) gelegt werden und daß dieselben auch zu den Bahnhöfen der Hauptbahnen führen.“

Um dies zu erreichen und um den Verkehr nach jeder Richtung zu erleichtern, sind Radiallinien und Kreislinien anzulegen.“

(Angenommen.)

2. Der I. Bezirk ist entweder von zwei sich schneidenden Linien zu durchqueren oder mit geschlossenen oder offenen Ringen zu durchfahren.

St.-R. Dr. Lueger beantragt: Für den I. Bezirk sind entweder zwei sich schneidende, den I. Bezirk durchquerende Linien oder offene und geschlossene Ringe zu projectieren.

Referenten-Antrag angenommen.

3. Unter Berücksichtigung der im Absätze 1 enthaltenen Grundsätze ist insbesondere auf eine Linienführung

- a) in den Prater und die Donaustadt,
- b) nach dem Central-Friedhofe mit eventueller Fortsetzung nach Schwechat und Kaiser-Ebersdorf,
- c) durch den X. Bezirk,
- d) nach Penzing,
- e) nach Ottakring,
- f) nach Dornbach und Neuwaldegg,
- g) nach Gersthof und Pögleinsdorf,
- h) nach Sievering und Grinzing,

Bedacht zu nehmen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt die Streichung „nach Schwechat“ ad a und regt die Fortsetzung der Linie Penzing an.

Der Referent beantragt ad d nach Penzing „mit der Fortsetzung nach Hütteldorf“.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt ad f den Zusatz: „Salmannsdorf und Neustift a. W.“

St.-R. Dr. Lueger beantragt ad e: „durch Ottakring bis zum Liebhartsstale“.

Referent modificiert Punkt e: „durch Ottakring“.

St.-R. Kreindl beantragt, eine Linie Heiligenstadt—Rufsdorf zu beschließen.

Nach der Formulierung des Vorsitzenden werden die Linien wie folgt beschlossen:

- a) in den Prater und in die Donaustadt,
- b) nach dem Central-Friedhofe mit eventueller Fortsetzung nach Kaiser-Ebersdorf,
- c) durch den X. Bezirk,
- d) nach Penzing mit der Fortsetzung nach Hütteldorf,
- e) durch Ottakring,
- f) nach Dornbach und Neuwaldegg,
- g) nach Gersthof und Pögleinsdorf,
- h) nach Neustift und Salmannsdorf,
- i) nach Sievering und Grinzing,
- k) nach Heiligenstadt und Rufsdorf.

4. Die Bahnlinien sind in den vom Ring umschlossenen Gebiete der Inneren Stadt, sowie in den besonders verkehrreichen Straßen der anderen Bezirke unterirdisch (eventuell als Hochbahnen), in den übrigen Theilen der Bezirke im Straßenplanum, mit unterirdischer oder oberirdischer Stromzuführung und Stromleitung, zu projectieren.

St.-R. Mayer beantragt, „eventuell unter Anwendung von Accumulatoren“ einzuschalten.

Referenten-Antrag mit dem Zusatz des St.-R. Mayer angenommen.

5. Über die Wahl der Spurweite, der Krümmungsradien und der Gefällsverhältnisse haben die Projectanten Vorschläge zu erstatten; ebenso über die Art der Anlage der Stationen und über die Wagentypen. Normale Spurweite wird vorgezogen.

St.-R. Mayer beantragt, daß die normale Spurweite als Bedingung festgesetzt werde.

Antrag des St.-R. Mayer abgelehnt, Referenten-Antrag angenommen.

6. Die Ausführung kann in mehreren Bauperioden geschehen und hat der Projectant diesfalls Anträge zu stellen. (Angenommen.)

7. Der Verkehr ist im ganzen Stadtgebiete als ein einheitlicher zu gestalten, mit einem im Offerte anzugebenden unter bestimmten Voraussetzungen regulierbaren Tariffaße.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, der Projectant hat einen Betriebsplan, sowie die von ihm in Aussicht genommenen Tariffaße vorzulegen.

St.-R. Dr. Klotzberg beantragt, der Verkehr und der Tariffaß wird im ganzen Stadtgebiete als einheitlich gehalten.

Die Anträge der St.-R. Dr. Lueger und Dr. Klotzberg abgelehnt.

Der Referenten-Antrag angenommen.

8. Der Projectant, resp. Unternehmer hat in seinem Offerte anzugeben, für welche Zeit er das Benützungswert des städt. Grundes in Anspruch nimmt und in welcher Art und Höhe derselbe an die Gemeinde eine Abgabe zu leisten gewillt ist. Dabei ist festzuhalten, daß nach Ablauf der eben erwähnten Benützungsbauer die ganze Anlage des elektrischen Bahnnetzes ob in städtischem oder anderen Grunde gelegen, sammt Betriebs-etablissemments und Stromerzeugungsanlagen, sowie der Fahrbetriebsmittel unentgeltlich in das freie Eigentum der Gemeinde Wien überzugehen hat.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, statt Unternehmer „Differant“ zu setzen.

Der Referent ist hiemit einverstanden.

Weiters beantragt St.-R. Dr. Lueger der hat anzugeben, auf welche Zeitdauer er den Betrieb übernehmen und welche Beträge er hiefür an die Gemeinde Wien entrichten will. Er hat hiebei in Betracht zu ziehen, daß die Gemeinde Wien die unentgeltliche Übernahme der ganzen Anlage des elektrischen Bahnnetzes sammt Betriebs-etablissemments und Stromerzeugungsanlagen, sowie der Fahr-betriebsmittel nach Ablauf der Zeit in Aussicht nimmt.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, der Dfferent hat Vorschläge über Zeitdauer des abzuschließenden Vertrages und über das an die Gemeinde Wien zu entrichtende Entgelt zu erstatten.

Referent beantragt, die Beschlußfassung über den Punkt 8 zu sistieren und die Formulierung desselben dem eingesetzten Comité vorzulegen. (Angenommen.)

9. Der Dfferent hat die Art und Höhe der zu bietenden Sicher-stellung anzugeben.

St.-R. Mitt. v. Neumann beantragt, die Project- und Dffert-stellung ist auch für einzelne Linien zulässig; hiebei ist jedoch der Bezug zu dem anzustrebenden Gesamtneze klarzustellen.

Der Antrag des St.-R. Mitt. v. Neumann wird abgelehnt; der Referenten-Antrag angenommen.

IV. die Gemeinde Wien wird die einzureichenden Projecte und Dfferte prüfen und mit den Einreichern der zur Durchführung geeignet befundenen Projecte und Dfferte behufs Vereinbarung eines Vertrages beziehungsweise Feststellung von Bestimmungen über die eventuelle Übernahme des Baues durch die Gemeinde oder Übernahme des Betriebes oder des Bahnnetzes sammt Zubuße oder beider zugleich vor Ablauf der vereinbarten Vertragsdauer zc. in weitere Verhandlung treten.

Punkt IV wird gleichfalls dem Comité zugewiesen. desgleichen der Antrag des St.-R. Dr. Lueger: Der Magistrat wird beauftragt, über die näheren Bestimmungen dieser Dffertausschreibung baldigst Anträge zu stellen.

(1997.) St.-R. Mayer referiert über das Ansuchen des „Residenz-Club“ um Überlassung des Cursalon's für den 12. Februar 1895 zur Abhaltung eines Festes und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionnement.

Vorstenviehmarkt vom 12. und 14. Februar 1895.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine 2968 Stück
Fettschweine 7403 „

Summa . 10371 Stück

Angetauft wurden:

für Wien 8753 Stück
für das Land 1320 „
unverkauft blieben 298 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 36 bis 41 (—) fr. } per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine . . „ 35 „ 40 (—) „ }

Der Geschäftsverkehr war ziemlich lebhaft und haben sich die vorwöchentlichen Preise an beiden Markttagen behauptet.

Pferdemarkt vom 12. Februar 1895.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 350 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde 70—270 fl. per Stück.
„ Schlachtpferde 20—90 „ „ „

Der Markt war flau.

* * *

Stechviehmarkt vom 14. Februar 1895.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3306, Kälber lebend 9, Lämmer Waidner 2169, Lämmer lebend —, Schafe Waidner 278, Schafe lebend 6747, Schweine Waidner 1831.

2. Preisbewegung

Kälber Waidner per Kg. von 42 (—) bis 64 (66) fr.
Kälber lebend „ „ „ — (—) „ 44 (—) „
Schweine Waidner „ „ „ 40 (—) „ 52 (—) „
Schweine lebend junge „ „ „ — „ — „
Schweine lebend fette „ „ „ — „ — „
Lämmer Waidner „ Paar von 5 bis 12 fl.
Lämmer lebend „ „ „ — „ — „
Schafe Waidner „ Kg. von 35 (—) bis 48 (—) fr.
Schafe lebend „ „ „ 22 (—) „ 32 (—) „
Schafe lebend „ Paar von 11 bis 25 fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 288 Stück Kälber mehr zugeführt. Bei ruhigem Marktverlaufe sind die Preise von Prima-qualitäten unverändert geblieben, während jene der mittleren und minderen Sorten 2 fr. per Kilogramm einbüßten.

Auf dem Schafmarkte wurden um 670 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge ungünstiger Pariser Berichte flau und sind die Preise um 1 fl. per Paar gefallen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 14. Februar 1895 186 Stück Mast- und 190 Stück Beinvieh aufgetrieben und zu unveränderten Preisen des Montag-Hauptmarktes abgesetzt.

* * *

Bierpreise im Monate December 1894 und Jänner 1895.

En gros.

Abzug, Wiener I. 10 bis 11 1/2° fl. 8.50 bis fl. 9.50
„ böhmisches, oberösterr. II. 9 „ 10° „ 8.50 „ „ 8.75
Lager, Wiener 12 „ 13° „ 13.— „ „ 14.—
Märzen, Wiener (Export) 13 „ 14 1/2° „ 14.— „ „ 15.—
Böhmisches nach Pilsner Art 11 „ 12° „ 15.— „ „ 16.50
Pilsner 11 „ 12° „ 17.— „ „ 17.50
Bayrisches (importiert) — „ — „ —.— „ „ —.—

(Diese Preise verstehen sich franco Zustellung, incl. Verzehrungssteuer, netto Cassa, ohne jeden Sconto.)

En détail.

Abzug 12 bis 14 fr. per Liter über die Gasse,
„ 12 „ 16 „ „ „ im Locale,
Lager und Märzen 20 „ 30 „ „ „ über die Gasse,
„ „ 26 „ 32 „ „ „ im Locale,
Böhmisches (Pilsner) — „ — „ „ „
Bayrisches (importiert) — „ — „ „ „

Flaschenbier-Preise.

Abzug in Flaschen zu 1/2 Liter per Liter 11 bis 14 fr.
Lager „ „ „ „ „ „ 18 „ 24 „
Pilsner „ „ „ „ „ „ 24 „ 30 „

Armen-Angelegenheiten.

Standesbewegung der Pfründner der Wiener städtischen Versorgungs-Anstalten im Jahre 1894.

Tabelle I.

Versorgungs- Anstalt	Z u w a c h s									A b g a n g											
	neu aufgenommen			anher überseht			Zusammen			durch Entlassung			gestorben			versehrt			Zusammen		
	Männer	Weiber	Zu- sammen	Männer	Weiber	Zu- sammen	Männer	Weiber	Zu- sammen	Männer	Weiber	Zu- sammen	Männer	Weiber	Zu- sammen	Männer	Weiber	Zu- sammen	Männer	Weiber	Zu- sammen
Wien	1079	1107	2186	36	45	81	1115	1152	2267	486	496	982	257	340	597	324	256	580	1067	1092	2159
Mauerbach . . .	21	16	37	119	79	198	140	95	235	100	43	143	32	22	54	34	31	65	166	96	262
St. Andrä a. d. Tr.	4	2	6	104	60	164	108	62	170	52	15	67	21	26	47	14	14	28	87	55	142
Ybbs	13	11	24	94	97	191	107	108	215	52	31	83	52	61	113	11	17	28	115	109	224
Kiefing	27	27	54	43	56	99	70	83	153	20	34	54	38	49	87	12	24	36	70	107	177
Summe .	1144	1163	2307	396	337	733	1540	1500	3040	710	619	1329	400	498	898	395	342	737	1505	1459	2964

Tabelle II.

Versorgungs- Anstalt	Anfänglicher Stand			Zuwachs			Zusammen			Abgang			Stand mit Ende des Jahres 1894		
	Männer	Weiber	Zu- sammen	Männer	Weiber	Zu- sammen	Männer	Weiber	Zu- sammen	Männer	Weiber	Zu- sammen	Männer	Weiber	Zu- sammen
Wien	596	843	1439	1115	1152	2267	1711	1995	3706	1067	1092	2159	644	903	1547
Mauerbach . .	256	285	541	140	95	235	396	380	776	166	96	262	230	284	514
St. Andrä a. d. Tr.	123	149	272	108	62	170	231	211	442	87	55	142	144	156	300
Ybbs	259	405	664	107	108	215	366	513	879	115	109	224	251	404	655
Kiefing	301	501	802	70	83	153	371	584	955	70	107	177	301	477	778
Summe .	1535	2183	3718	1540	1500	3040	3075	3683	6758	1505	1459	2964	1570	2224	3794

Gewerbe-Angelegenheiten.

(Genossenschaft der Glaser, Glashändler und Glaschleifer.)
Bei der am 7. Februar d. J. unter Intervention des Genossen-
schafts-Commissärs Magistrats-Secretärs Sulka vorgenommenen
Wahl wurde Herr Leopold Augustin, Glaser, IV. Bezirk,
Schleismühlgasse Nr. 5, zum Vorsteher, und Herr Karl Glöckl,
Glaser, VI. Bezirk, Gumpendorferstraße Nr. 113, zum Vorsteher-
Stellvertreter der Genossenschaft der Glaser, Glashändler und
Glaschleifer gewählt.

* * *

**Ausweis über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt
des Wiener Magistrats.**

Vom 1. bis 31. Jänner 1895:

Meisteranmeldungen 26
Lehrlingsanmeldungen 25
Vermittlungen 6

Seit dem Bestande des Lehrlingsstellen-Nachweiseamtes
(d. i. seit 2. Mai 1888):

Meisteranmeldungen 4917
Lehrlingsanmeldungen 5367
Vermittlungen 2429

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der
Actenstücke im Baudepartement des Magistrats für den I. bis IX. Bezirk. —
Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäfts-
nummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 11. Februar bis 14. Februar 1895:

Für Neubauten:

- II. Bezirk: Haus, Vorgartenstraße, Grundb.-Einkl. 3076, von Mich.
Hoffinger, II., Erzherzog Karlsplatz 19, Bauführer H.
Reichelt (799).
" " Haus, Stephaniestraße 10, von Josef Hörandner, IX.,
Mariannengasse 32, Bauführer J. Freitag (795).
VIII. Bezirk: Haus, Langg. 12, von Franz Neumann, Baumeister (788).
XVIII. Bezirk: Haus, Gengasse 23, Einkl.-Z. 157, von Eduard Berger,
ebenda, Bauführer Leop. Klima, Stadtbaumeister (4329).

Für Zubauten:

- II. Bezirk: Hoftrakt, Klosterneuburgerstraße 12, von Johann und Josefina
Soltesz, Bauführer Johann Leitner (782).
XIII. Bezirk: Zubau und Adaptierung, Husterstraße 3, von Frz. Unzeitig,
Bauführer J. Mayer, Maurermeister (4572).
XVIII. Bezirk: Seitentrakt, Ecke der Schindlergasse und Hauptstraße, von
Paul Oberst, Maurermeister, XVIII., Neuwaldberger-
straße 28 (4342).

Für Abaptierungen:

- I. Bezirk: Lazzenhof 1, von Dr. Johann Kridl, Bauführer Chr. Binder (747).
 " " Sonnenfelsgasse 17, von Arthur Mitt. v. Holl-Stahlberg, VII., Schottenfeldgasse 36, Bauführer Josef Frosch (761).
 II. Bezirk: Franzensbrüdenstraße 6, von Johann Kreutzer, Maurermeister (792).
 IV. Bezirk: Schleismühlgasse 9, von Anton Angerer, Bauführer Ad. Hofbauer (777).
 VII. Bezirk: Siebensterngasse 24, von Johann Bachl, Bauführer Franz Mahr (760).
 VIII. Bezirk: Widenburggasse 9, von Ed. Frauenfeld & Berghof, Baumeister (755).
 IX. Bezirk: Porzellangasse 60, von Franz Klein, Baumeister (785).
 XII. Bezirk: Hauptstraße 32, von Katharina Oberndorfer, Bauführer Karl (3785).
 XVII. Bezirk: Haslingergasse 23, von Leopold Rauginger, ebenda, Bauführer August Schkeja (5692).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

- XIII. Bezirk: Breitensee, Grundb.-Einf. 347, von Karl und Katharina Birgmayer, X., Himbergerstraße 31 (746).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- II. Bezirk: Vorgartenstraße, Grundb.-Einf. 3076, von Mich. Hoffinger, II., Erzherzog Karlsplatz 19 (778).
 VII. Bezirk: Seibengasse 27, von Karl und Karoline Ritter, VII., Seibengasse 13 (783).
 IX. Bezirk: Fahngasse 6, von Franz Hutter (741).
 XII. Bezirk: Einf.-Z. 788, C.-Z. 112/67, Schönbrunnerstraße 110, von Ferdinand Scheuner (3855).
 XVII. Bezirk: Baugrund, Ecke der Mayßen- und Rosensteingasse, von Ferdinand Bittermann (5544).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

- II. Bezirk: Stephaniestraße 10, von Josef H. Brandner, IX., Mariannengasse 32 (770).
 VII. Bezirk: Kaiserstraße, von Anton Haunzwickl, Maurermeister (762).
 " " Neustiftgasse 135, von Franz Popp, VII., Halbgasse 26 (764).
 " " Spittelberggasse 34, von H. F. Lederer & M. Schweinburg (775).
 VIII. Bezirk: Kochgasse 6, von Alfred Schmeer, XVI., Baherg. 1 (748).
 " " Langegasse 12, von Franz Neumann, Baumeister (756).
 " " Langegasse 14, von Adolf Zwerina, Baumeister (759).
 IX. Bezirk: Lazarethgasse 10, von Rudolf H. Brandner, XVII., Pezsgasse 53 (769).
 " " Pfluggasse 6, von Alfred Schmeer, XVI., Baherg. 1 (748).
 XI. Bezirk: Hauptstraße 99, von Anton Kurz, XI., Hauptstr. 69 (2541).
 XVIII. Bezirk: Gengasse 23, von Leopold Klima, Stadtbaumeister, IX., Sechshimmelsgasse 9 (4330).

Gewerbebeanmeldungen vom 8. Februar 1895.

- Engelhardt Hugo — Anstreicher — VI., Mittelgasse 29.
 Zantisch Ferdinand — Anstreicher und Lackierer — XII., Ruckergasse 30.
 Böcke Ludwig — Bäcker — XVIII., Schoppenhauerstraße 21.
 Knoll Josef — Bildhauer — XIX., Sickenberggasse 9.
 Blüfowitsch Ignaz — Bürstenbinder — I., Nagelergasse 2.
 Baumgarten Emanuel — Commissionswaren-Verschleiß in verschiedenen Artikeln — IX., Servitengasse 19.
 Rüdauf Franz jun. — Einspänner — XIV., Ruckergasse 9.
 Erste Productiv-Genossenschaft der Wiener Ristentischler, registrierte Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung — Erzeugung und Weiterveräußerung von Risten und allen in das Fach der Tischler einschlagenden Gegenständen — VI., Kaffernengasse 14.
 Massarek Julius — Erzeugung gebrannter geistiger Getränke auf kaltem Wege und Handel mit denselben in verschlossenen Gefäßen — II., Blumenauergasse 24.
 Wagner Josef — Fabrik für Holzindustrie — V., Straußengasse 22.
 Frauenberger Marie Anna — Fäkerlicenz Nr. 544 — III., Hauptstraße bei der „goldenen Birne“.
 Kirchmayr Johann — Gastwirt — XIII., Hollergasse 45.
 Krestan Wenzel — Gastwirt — XIII., Siebensterngasse 14.
 Andeslinger Mathilde — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Fuchsthalergasse 4.
 Bielsch Ludmilla — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Alseggersstraße 23.
 Bleier Theresie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Untere Donaustr. 25.
 Eider Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Lazarethgasse 30.
 Emperer Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstr. 61.
 Gottlieb Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Klosterneuburgersstraße 32.

- Körber Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Erzherzog Karlsplatz 15.
 Kohl Leib — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Rügergasse 29.
 Kollnberger Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Pappenheimgasse 47.
 Pflaum Hermine — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Josefsbaderstraße 91.
 Bisling Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Köllnerhofgasse 3.
 Steiner Laurenz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Stiefriedplatz 1.
 Weiß Jidior — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Jägerstraße 18.
 Kral Ferdinand — Haderhandel — XV., Zingasse 23.
 Richter Bernhard — Handelsagentie in Weinen — I., Giselstraße 1.
 Rosenbaum Katharina — Handel mit gebrannten geistigen Getränken in verschlossenen Gefäßen — II., Rembrandtstraße 41.
 Weiser Jakob — Handel mit gebrannten geistigen Getränken in verschlossenen Gefäßen — II., Darwingasse 27.
 Mastin Leib, Schereschewsky David, Schereschewsky Jakob Hirsch — Handel mit Rauch- und Pelzwaren — VII., Mariahilferstraße 80.
 Panesich Johann Nep. — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Österr. illustrierte Familienblätter Bindobona“ — IX., Türkenstraße 25.
 Reichel Ferdinand — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Ceramischer Centralanzeiger“ — VIII., Lenuugasse 11.
 Kellner Josef — Claviaturmacher — V., Diehlgasse 23.
 Marschal Adalbert — Herrenkleidermacher — XV., Wurzbachgasse 22.
 Mayer Franz — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — II., Pillerisdorfergasse 9.
 Schenkstift Anna — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — X., Wielandgasse 20.
 Zickbauer Karl — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen zc. — XVI., Hubergasse 14.
 Tausch Heinrich — Krankentransport mit eigenen Transportmitteln — VIII., Schöffelgasse 24.
 Buchinger Anna — Marktvictualienhandel — I., Hoher Markt.
 Sturm Theresia — Metallbrecher — VII., Hermannsgasse 33.
 Friedrich Anton — Milchmeier — VI., Garbergasse 18.
 Kollnberger Johann — Milchmeier — II., Pappenheimgasse 47.
 Marcher Marie — Milchmeierei — XII., Murlingengasse 44.
 Smoboda Josefina — Modistin — VI., Mariahilferstraße 35.
 Pollak Marie — Musikergewerbe auf Bestellung — XVI., Gauslachergasse 41.
 Brummer Martin — Nutzviehhandel — XIII., Hirsiangasse 19.
 Bürgl Leopoldine — Pfadlergewerbe — XV., Schönbrunnerstraße 23.
 Koutny Karl — Schuhmacher — II., Schweidlgasse 4.
 Pfaff Vincenz — Spengler — IX., Bleichergasse 1.
 Subal Jda — Spirituosen-Verschleiß in handelsüblich verschlossenen Gebinden und Flaschen — IX., Weisengasse 2.
 Malachukinsky Josefa — Verschleiß von Cauditen und Zuckerbäckereien — VI., Magdalenenstraße 13.
 Wengersky Bertha — Verschleiß von Schmiedewaren — VII., Zieglergasse 74.
 Reiberger Rosa — Victualien-Verschleiß — II., Springergasse 18.
 Scholz Gertrud — Victualienhandel — XVIII., Anastasius Grün. 13.
 Wiener Kohlen-Consumverein, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung — Kohlenhandel — VI., Mollardgasse 30.
 Leiß Alois — Wildbret- und Geflügel-Verschleiß — XVI., Markt in der Brunnengasse.
 Hidel Antonia — Wirtwaren-Verschleiß — VII., Studgasse 12.
 Simicek Adolf — Zimmermeister — II., Laborstraße 101.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 9. Februar 1895.

- Sieghart Wilhelm — Agentiegewerbe — XVII., Geblergasse 42.
 Wiener Emilie — Agentur in Woll- und Filzhüten — VII., Kaiserstraße 43.
 Hartmann Rosine — Bäckergewerbe — XI., Hauptstraße 58.
 Jung Josef — Bäcker — VII., Studgasse 6.
 Doret Leo — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
 Herzfeld Paul — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
 Horowitz Samuel — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
 Ruhn Josef — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
 Lederer August — Commissionshandel mit Spiritus und Melasse — I., Bartensteingasse 8.
 Aufesser Ignaz — Commissions-Verschleiß von Silberwaren — II., Laborstraße 9.
 Köber Marie — Commissionswaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfelderstraße 15.
 Schwarz Johann — Drechsler — XVII., Weißgasse 1.
 Bahnik Katharina — Feilbieten von Obst- und Grünwaren im Umherziehen — XVII., Weidmannsgasse 29.
 Kaiser Marie — Feinputzerei — XIII., Ringerstraße 69.
 Allerhand Adolf — Fleisch-Verschleiß — II., Große Sperlgasse 8.
 Rohn Samuel — Fleisch-Verschleiß — XIV., Schönbrunnerstraße 61.
 Schulz Michael — Fleischer — VIII., Alferstraße 67.
 Stern Hermann — Fleischer — II., Rothen Sternegasse 12.

Schönbeck Karl — Fouragehandel — III., Vorberggasse 12.
 Seipl Antonia — Franchthilfsgewerbe — XIV., Karolinen-gasse 1.
 Kaiser Antonie — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Blutgasse 9.
 Klammer Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Kriechbaumgasse 31.
 Kornrater Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Friedmanns-gasse 24.
 Lettner Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — II., St. Pfarrgasse 28.
 Pischke Moritz — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Gr. Stadtgutgasse 29.
 Poschinger Anton — Gold- und Silberarbeiter — VII., Burggasse 36.
 Pucha Karl — Graveurgewerbe — VII., Neubaugasse 51.
 August Karoline — Handel mit Obstmost in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — XIII., Fenzlgasse 29.
 Jülke Gustav — Handel mit Tapezierernägeln — XIII., Bahnhofstr. 9.
 Jirid Franz — Hausadmi-nistratör — III., Obere Weißgärberstraße 14.
 Soukup Josef — Herrenkleidermacher — VII., Zieglergasse 81.
 Zifrit Johann — Herrenkleidermacher — III., Barichgasse 30.
 Bobal Aloisia — Holz- und Kohlenhändlerin — IV., Hauptstraße 51.
 Rosenmayer Stefan — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XVII., Geblerg. 9.
 Seisl Johann — Kleinfuhrwerksgewerbe — XVIII., Staubgasse 36.
 Daimel Johann — Kleinhandel mit Kohlen, Brennholz zc. — XVI., Hajnerstraße 47.
 Schmidt Johann — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — XVIII., Schöffelgasse 36.
 Schönbeck Karl — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — III., Vorberggasse 12.
 Novotny Josef — Milchhandel — XVII., Wallbadgasse 3.
 Koster Anna — Modistin — VII., Mariabühlstraße 98.
 Stepper Rosa — Naturblumenhandel — III., Hauptstraße 84.
 Schall Herich Israel, Schall Elias — Nürnbergerwarenhandel — VIII., Landongasse 6.
 Szolák Stefan — Pfaidler — XI., Hauptstraße 37.
 Hauer Franz — Schuhmacher — XV., Henriettenplatz 7.
 Hufschal Ludwig — Schuhmacher — VII., Neustiftgasse 54.
 Ramsel Karl — Schuhmacher — III., Pragerstraße 14.
 Hofinger Johann — Selchwaren-Verschleiß — XVIII., Schopenhauer-straße 15.
 Neubauer Anna — Selchwaren-Verschleiß — III., Obere Weißgärber-straße 24.
 Dieringer Johann — Tapezierergewerbe — XI., Hauptstraße 1.
 Felsheim Julius — Tischler — II., Blumauergasse 18.
 Szalay Ludwig — Tischler — XIV., Schweglerstraße 15.
 Zelenka Franz — Tischler — XIV., Geibelgasse 13.
 Vultus Michael — Vergolder — VIII., Biarsingengasse 20.
 Fod Johann — Verschleiß von Fahrrädern — II., Novaragasse 49.
 Müller Siegmund — Verschleiß von Papierwaren — II., Brigittenauer-lände 34.
 Homolka Jakob — Victualienhandel — XVII., Calvarienberggasse 25.
 Koliat Johann — Wagenlackierer — XI., Hauptstraße 116.
 Policzky Josefa — Weißbäckerin — II., Miesbachgasse 10.
 Anjezsky Wenzel — Wirt — VIII., Strozgasse 22.
 Arnoldo Peter — Zuderbäcker — VII., Neustiftgasse 39.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 11. Februar 1895.

Ferdl Anton — Christbaum-Verschleiß — II., Karmelitermarkt.
 Janz Theresie — Christbaum-Verschleiß — II., Karmelitermarkt.
 Scholz Karl — Erzeugung von Tinte — II., Ruppengasse 2.
 Stempel Josef — Fleischfelder — XI., Hauptstraße 86.
 Bilzer Natalie — Freireuergewerbe — IX., Salzergasse 14.
 Jilipshy Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Miesbachgasse 27.
 Herrmann Karl Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Märzstr. 40.
 Kohn Adolf — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 34.
 Mahner Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Mayergasse 14.
 Schwarz Paul Emil — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Kopernikusg. 1.
 Rühov Leo v. — Herausgeber der Druckschrift „Centralorgan der Portiere und Hausbesorger Wiens“ — IV., Hochtengasse 2.
 Novak Ignaz — Putzmachergewerbe — XV., Neubaugürtel 34.
 Wallner Katharina — Kaffeefleberin — XV., Neubaugürtel 35.
 Maistl Friedrich — Herrenkleidermacher — IV., Hauptstraße 21.
 Martinek Johann — Herrenkleidermacher — IV., Mayerhofgasse 18.
 Buchinger Marie — Klein-Verschleiß von Holz im Umherziehen — IX., Wiesengasse 3.
 Jadel Emilie — Marktviactualienhandel — IV., Phorushalle, Parc. 87.
 Friedrich Theodor — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IX., Porzellan-gasse 58.
 Posch Josefa — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Klosterg. 19.
 Bistl Cäcilie — Modistin — III., Radebühlstraße 8.
 Glaser Karoline — Pfaidlerin — VI., Mariabühlstraße 97.
 Kupka Paula — Pfaidlerin — VI., Sandwirtgasse 21.
 Schönbauer Barbara — Pfaidlerin — XVIII., Martinsstraße 39.
 Weißkirchner Pauline — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — IV., Zigelgasse 2.
 Verhönig Heinrich — Schloßergewerbe — IV., Favoritenstraße 25.
 Nečas Georg — Schuhmacher — IV., Wehringergasse 15.
 Karner Marie — Selchwaren-Verschleiß — XII., Penzingerstraße 44.

Mayer Regine — Selchwaren-Verschleiß — II., Untere Augartenstr. 1.
 Staubinger Johann — Expeditionsgewerbe — XVII., Bergsteiggasse 33.
 Nagl Leopold — Stadträger Nr. 10 — I., Rärnthnerstraße, beim Hotel Meißl.
 Biechi Carlo — Strohhut- und Hutformen-Erzeugung — IV., Margarethenstraße 12.
 Fattinger Johann — Thierfutterhandel — IV., Messelgasse 5.
 Wagner Theodor — Tischler — XIV., Rauchfangkehrergasse 17.
 Baumann Josef — Uhrmacher — IV., Margarethenstraße 45.
 Selinger Karl — Verschleiß von Bier und Wein in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — IV., Floragasse 10.
 Dangel Marie — Verschleiß von Grünwaren — IX., Bleichergasse 8.
 Spielmann Wilhelm — Verschleiß von Perlmutterknöpfen — XVII., Ottakringerstraße 92.
 Jorell Bertha — Verschleiß von Schnittwaren — II., Scholzgasse 4.
 Schneider Emilie — Verschleiß von Stroh- und Filzhüten — II., Tabor-straße 14.
 Epp Anton — Verschleiß von Wein und Obstmost in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — XIII., Fheringgasse 31.
 Böhm Nathan — Verschleiß von Wein und Spirituosen in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — IV., Favoritenstraße 20.
 Kupka Johanna — Victualienhandel — II., R. f. Prater, Hütte 144.
 Mitowitsch Agnes — Victualien-Verschleiß — II., Karmelitermarkt.
 Böckl Leopold — Weinschank — IV., Heugasse 62.
 Greipel Alois — Wirt — VI., Wallgasse 25.
 Fischer Josefine — Zeitungs-Verschleiß — IX., Adergasse 1.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 12. Februar 1895.

Chwojka Josef — Anstreicher — XVI., Müdertgasse 34.
 Dorn Georg — Bäcker — XIV., Seckshausenstraße 3.
 Grünwald Adolf, Grünwald Helene — Bank- und Commissionsgeschäft — I., Rärnthnering 2.
 Kraus Karoline — Brantweinschank — XII., Miesbachgasse 23.
 Moxengel Johann — Brantwein- Kleinverschleiß — XIII., Altgasse 21.
 Reith Georg — Concession zum Halten und zum Betriebe einer Hand-tiegelbuckpresse und zweier Tiegelbucktrittpressen — X., Columbusgasse 2.
 Hohlberger Johann — Drechsler — XVI., Rienstberggasse 48.
 Engel Andreas — Einspänner — I., Freyung.
 Engel Andreas jun. — Einspänner (Lic.-Nr. 193, 1286) — I., Bellaria.
 Rainrad Susanna — Einspännerergewerbe (Lic.-Nr. 626) — IX., Rufs-dorferstraße.
 Grager Josef — Fleisch-Verschleiß — II., Wallensteinstraße 50.
 Eder Anna — Gastwirts-gewerbe — XV., Turnergasse 23.
 Flöbner Walthasar — Gast- und Schank-gewerbe — XII., Ferdinands-gasse 19.
 Harold Heinrich — Gast- und Schank-gewerbe — XIX., Zahnradbahn-straße 38.
 Schöll Karl — Gast- und Schank-gewerbe — XIX., Greinergasse 31.
 Spatz Martin — Gastwirt — XVI., Neulerchenfelderstraße 17.
 Stüber Georg — Gast- und Schank-gewerbe — XIX., Heiligenstädter-straße 127.
 Krámar Johann — Gelbgießer — XVI., Wurlitzergasse 33.
 Bajer Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Gellertplatz 4.
 Frankmann Moses — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchen-felderstraße 42.
 Schmidt Robert — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Haslingerg. 26.
 Zimmerl Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Thaliastraße 64.
 Drapal Rosine — Glasergewerbe — XI., Hauptstraße 125.
 Fuhrmann Anton — Großfuhrwerk — XIII., Fainzerstraße 404.
 Scheinberger Emanuel — Handelsagentie — XIX., Willrothstraße 55.
 Singer Arnold — Handelsagentie in Tuch — II., Taborstraße 22.
 Kadnoska Alois — Handel mit Fouragewaren — III., Hainburger-straße 36.
 Schiffmann Josef — Handel mit gebrannten geistigen Getränken in verschlossenen Gefäßen — II., Kaufnerstraße 17.
 Radebühl Johann, Wagner Wenzel Wilhelm — Handel mit Wachs- und Ledertuch, Fußtapeten und Linoleum — I., Hoher Markt.
 Kohn Adolf Leopold — Holzhandel — I., Schottenring 30.
 Eisner Josef — Kaffeebrennerei — XVI., Grundsteingasse 6.
 Meitsch Nikolaus Johann — Herrenkleidermacher — VIII., Rerchenfelder-straße 38.
 Novak Josef — Kleidermacher — XVI., Reichartsgasse 6.
 Hartl Christine — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks zc. — XIII., St. Zeitgasse 64.
 Zibet Alois — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — I., Tuchlauben 18.
 Partl Josef — Marktfahrer — XIV., Braunhirschengasse 16.
 Fröhlich Wendelin — Messerschmied — IX., Währingerstraße 24.
 Böse Marie Elisabeth — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Martinsstraße 87.
 Lehner Leopold jun. — Milchmeier — XVII., Schumanngasse 88.
 Meyer Katharina — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Rutzcher-gasse 42.
 Poltrum Marie — Milch-Verschleiß — XIV., Sigmundsgasse 2.

Putz Johann — Milch-Verkehr — XVIII., Weinhauserstraße 112.
 Hadel Rudolf Josef — Musiker, Veranstaltung von Instrumental-Pro-
 ductionen mit einem aus 15 bis 20 Mann bestehenden Orchester — XV.,
 Dingseldgasse 9.
 Truffa Franz — Obst- und Grünwaren-Verkehr — XVI., Herbst-
 straße 37.
 Hauser Josef — Optiker — XVI., Neulerchenfelderstraße 42.
 Grndir Franz — Parfümeriewaren-Verkehr — I., Wollzeile 5.
 Postolil Katharina — Pfäidlerin — XVIII., Mitterberggasse 19.
 Wöginger Rosa — Pfäidlergewerbe — XVI., Einbaurgasse 38.
 Lederer Simon — Pferdehandel — XVI., Pypengasse 1.
 Neurath Wilhelmine — Privat-Schreibschule für Erwachsene — I., Franz
 Josefsquai 25.
 Chocholous Karl — Schneider — XVIII., Czermakgasse 20.
 Hampeis Vincenz — Schuhmacher — XIV., Goldschlagstraße 47.
 Heinge Karl — Schuhmacher — XVIII., Hildebrandgasse 24.
 Wimmer Johann — Schuhmacher — IX., Liechtensteinstraße 81.
 Ritzmund Franz — Schuhmacher — IX., Strohdgasse 6.
 Melchior Raphael — Spirituosen-Erzeugung auf kaltem Wege — X.,
 Angeligasse 54.
 Bauer Chaim — Stadträger (Ric.-Nr. 395) — II., Asperngasse.
 Goldfinger Moses — Stadträger (Ric.-Nr. 672) — I., Bärjegasse, Ecke
 der Werderthorgasse.
 Rohn Jakob — Stadträger (Ric.-Nr. 237) — I., Wildpretmarkt.
 Schwarzbart Juer — Stadträger (Ric.-Nr. 263) — I., Rärthnerstraße,
 Ecke der Friedrichstraße.
 Mattes Matthias — Verabreichung von Speisen aus Pferdefleisch — II.,
 Am Labor 30.
 Scheithauer Anton jun. — Verkauf von Gebet-, Schulbüchern und
 Kalendern — XI., Hauptstraße 33.
 Behatshel Marie — Verkauf von Pferdefleisch und Pferdefleisch-
 waren — II., Landelmarktstraße 2.
 Bittmann Agnes — Verkauf von Schulbüchern, Kalendern, Gebet-
 büchern und Heiligenbildern — XVI., Panikengasse 18.
 Steinhäuser Marie — Verkauf von Schul-, Gebetbüchern, Kalendern
 und Heiligenbildern — XVI., Altgasse 54.
 Käfer Ruppert — Verkauf von Zuckerwaren — VIII., Stodagasse 2.
 Eder Katharina — Victualien-Verkehr — XVI., Haberstraße 45.
 Prokop Marie — Wäscherin — XVIII., Eduardgasse 4.
 Weber Karl — Weinschank und Verabreichung kalter Speisen — I., Singer-
 straße 12.
 Storch Leopold — Zuckerbäcker — III., Fajangasse 22.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 13. Februar 1895.

Dr. Kaufmann Felix — Advocat — I., Tuchlauben 19.
 Dr. Reis Emanuel — Advocat — I., Maria Theresienstraße 30.
 Weiß Moriz — Agentie in Kurz- und Nürnbergerwaren — IX.,
 D'Orsaygasse 7.
 Ehrenfeld Hermann — Betrieb von Vorfängeschäften — I., Wiener
 Effectenbörse.
 Löwy Josef — Betrieb einer Kupferdruckpresse — I., Weihburggasse 31.
 Schimmerling Josef — Betrieb einer Maskenleihanstalt — I., Tiefer
 Graben 33.
 Holub Franz — Besteller auf dem Central-Viehmarkt — III., Central-
 Viehmarkt.
 Weiß Moriz — Commissions-Verkehr in Galanterie- und Nürnberger-
 waren — IX., D'Orsaygasse 7.
 Lorenz Adolf — Einpänner Ric. 1102 — I., Seilerstätte.
 Aueracher Emilie — Fleisch-Verkehr — XIV., Diefenbachgasse 4.
 Mayer Jhaaf — Fleischerhauer — III., Großmarkthalle.
 Stolin Josef — Friseur — XIV., Märzstraße 46.
 Eder Petrus — Frucht- und Viehfutter-Verkehr — XVII., Wichtelg. 51.
 Ezepepp Marie — Gas- und Wassereinleitung — XVII., Galvarienberg-
 gasse 56.
 Groß Josef — Gemischtwaren-Verkehr — VIII., Afferstraße 59.
 Leiß Martin — Gemischtwaren-Verkehr — XVI., Pienfeldergasse 11.
 Mischura Anton — Gemischtwaren-Verkehr — X., Lagenburgerstr. 46.
 Nidekty Karl — Gemischtwaren-Verkehr — XVIII., Ruckstergasse 40.
 Scholz Max — Gemischtwaren-Verkehr — VIII., Leberergasse 5.
 Steinacher Karl — Gemischtwaren-Verkehr — I., Tiefer Graben 25.
 Pawlisch Hermine — Geschirrhändler — XVII., Hauptstraße 31.
 Gott Böbl — Gewerbsmäßige Wohnungsvermietung an Mieter gegen
 Ründigung — I., Salzgras 15.
 Bonbi Max — Handelsagentie in Kurzwaren und Nürnbergerwaren —
 IX., D'Orsaygasse 7.
 Sager Franz — Handelsagentie — XV., Robert Hammerlinggasse 5.
 Ribtowitz Wilhelm — Handel mit Fahrrädern — I., Seilerstätte 17.

Schamberg Egmont — Herausgeber der periodischen Druckschrift „Wiener
 Kunst“ — I., Fleischmarkt 12.
 Bruba Josef — Herrenkleidermacher — XVII., Hornedgasse 7.
 Bittel Franz — Kleidermacher — XVI., Thaliastraße 31.
 Böhm Anna — Kleinhandel mit Holz und Kohlen — XIV., Arnstein-
 gasse 20.
 Kucera Lorenz — Krügen- und Manchetten-Maherei — XVI., Koppstr. 60.
 Kückl Josefina — Marktvictualienhändlerin — XIV., Am Markt in
 der Schwendberggasse.
 Arnold Anna — Milch-Verkehr — XVIII., Türkenstanzstraße 7.
 Kraß Anna — Milch- und Gebäck-Verkehr — XVI., Waggasse 43.
 Strasil Jakob — Milch- und Gebäck-Verkehr — XVIII., Schumann-
 gasse 28.
 Urbisch Franz Josef — Musiker — XVII., Dornbacherstraße 106.
 Matovics Daniel — Obst- und Grünwarenhandel — XVIII., Czermakg. 7.
 Rojko Anna — Obst- und Grünwaren-Verkehr — XVI., Gauslacher-
 gasse 30.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

	Seite
Gemeinderath:	
Sitzung des Gemeinderathes	363
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Ge- meinderathes vom 12. Februar 1895.	
Inhalt:	
Mittheilungen des Vorsitzenden:	
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Schneiderhan, Dehm und v. Stummer wegen Fernbleibens	363
2. Spende eines Ungenanntseinswollenden	363
3. Spende des Realitätenbesizers Adolf Schlud (Bild)	363
4. Spende des Eislaufplatzbesizers Hans Bodensteiner	363
5. Berichtleistung des Gem.-Rathes Villicus auf sein Mandat als Gemeinderath	363
6. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Eigner, betreffend die Verwendung von 10mm Bleiröhren bei Haus- wasserleitungen	363
7. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Tagleicht, betreffend seinen Antrag auf Befreiung der Sicherheitswachmänner von der allge- meinen Militärdienstleistung auf die Dauer ihrer Dienstzeit bei der Sicherheitswache	364
Einlauf:	
8. Petition von Pächtern von Bürgerhospitalfondsgründen im XI. Bezirke um Abänderung des Gemeinderaths-Beschlusses vom 25. Jänner d. J., betreffend die Verlegung der städtischen Baumschule (überreicht durch Gem.-Rath Bärtil)	364
Interpellationen:	
9. Gem.-Rath Hawranek, betreffend die Anbringung von Placaten an der Außenseite der Detailmarkthalle in der Stabiongasse	365
10. Gem.-Rath Sauerborn, betreffend angebliche Incorrectheiten beim Abwägen einer Fuhre Heu bei der öffentlichen Wage im X. Bezirke, Eugenplatz	365
11. Gem.-Rath Maresch, betreffend den Kompetenzconflict zwischen Bezirkschulrath und Stadtrath wegen der Berechtigung zur Ge- währung von Anstiften u. dgl. an Lehrpersonen	365
Referate:	
12. Gem.-Rath Boschan, betreffend den Hauptrechnungsabschluss der Stadt Wien pro 1893 (Gruppe I und II, Fortsetzung der Verathung)	365
Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	386
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 4. Februar 1895	386
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 6. Februar 1895	388
Allgemeine Nachrichten:	
Approvisionnement:	
Vorstenviehmarkt vom 12. und 14. Februar 1895	390
Pferdemarkt vom 12. Februar 1895	390
Stechviehmarkt vom 14. Februar 1895	390
Vierpreise im Monate December 1894 und Jänner 1895	390
Armen-Angelegenheiten:	
Staubesbewegung der Pfründner der Wiener städtischen Versorgungs- Anstalten im Jahre 1894	391
Gewerbe-Angelegenheiten:	
Genossenschaft der Glaser, Glashändler und Glaschleifer	391
Ausweise über das Lehrtagsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates vom 1. bis 31. Jänner 1895	391
Baubewegung:	
Gesuche um Baubewilligungen vom 11. bis 14. Februar 1895	391
Gewerbebeanmeldungen	392
Rundmachungen.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Friedrich Adler v. Radler, Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — J. B. Wallischhauser's k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Waack), Wien, I., Wallischgasse 10.